Der große Kurfürst und der polnische Thron

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der
Doktorwürde
genehmigt von der
Philosophischen Fakultät
der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

von
Max Lekus
aus Memel

Tag der Promotion: 4. Dezember 1929
Tag der mündlichen Prüfung: 17. 5. 1929

Buchdruckerei J. Herper G. m. b. H., / Berlin SO 36, Wrangelstraße 4
Fachdruckerei für Dissertationen


BIBLIOTEKA
UNIWERSYTECKA
W TORUNIU

Referenten:
Prof. Dr. Marcks
Prof. Dr. Hoetzsch

Meinen lieben Eltern in Dankbarkeit zugeeignet

Einleitung

Die vorliegende Arbeit behandelt die Pläne und Bemühungen um eine Erhebung des Großen Kurfürsten von Brandenburg auf den polnischen Königsthron.

Ein Gegenstand, der also in den Rahmen einer allgemeinen historischen Erscheinung gehört: Des Erwerbes von Kronen durch ausländische Fürsten. Den äußeren Anlaß dafür bildeten meistens Erb- oder Heiratsansprüche. Oft aber spielte hierbei auch, besonders in den Ländern, wo der Feudaladel neben der Krone großen Einfluß hatte, das Interesse der auf ihre Machtstellung bedachten Barone eine ausschlaggebende Rolle: Denn ein landfremder Regent war von seinen adligen Wählern mehr abhängig als ein einheimischer König, der, gestützt auf den aufstrebenden dritten Stand, die Machtstellung des Adels hätte gefährden können.

Ein besonders krasses Beispiel für die Herrschaft des Adels und die kraftlose Regierung der von ihm abhängigen fremden Wahlkönige bietet die Geschichte Polens:

Das Magnatentum war gegen Ende des 14. Jahrhunderts unter den letzten Königen aus der einheimischen Dynastie der Piasten, die Polen die Vormachtstellung in Osteuropa erkämpft hatte, auf Kosten der königlichen Zentralgewalt immer mehr emporgekommen. Unter dem folgenden Jagellonengeschlechte machte diese verhängnisvolle Entwicklung weitere Fortschritte. Beim Tode des letzten Regenten dieses Stammes, Sigismund II. (1572) wurde Polen Wahlmonarchie: Die Wahl des Königs bildete fortan das Grundprivileg des Adelsparlamentes, der Slachta.

Die beste Garantie für ihre Libertät sahen die Magnaten seitdem in der Berufung fremder Fürsten auf den polnischen Königsthron.

Unter den zahlreichen auswärtigen Kandidaten bei jeder Wahl waren die vornehmsten Bewerber die beiden Rivalen um die europäische Hegemonie, Habsburg und Frankreich. Besonders das letztere strebte eifrig nach dem Besitz Polens, der den Ring der osteuropäischen Verbündeten Frankreichs gegen Habsburg, der Schweden und Türken, geschlossen hätte.

Gleich bei der ersten Wahl von 1572 gelang es auch Frankreich, seinen Kandidaten Heinrich von Valois auf den Thron zu bringen. Doch ließ Heinrich die polnische Krone schon nach kurzer Zeit im Stich, um sich den durch seines Bruders Karl IX. Tod freigewordenen Heimatthron zu sichern.

In Polen folgten ihm weder französische noch habsburgische Prinzen, denn keine der beiden Parteien wollte die andere ans Ruder lassen. Auch schien es der Szlachta ratsamer, nicht den Kandidaten einer Großmacht zu erheben, der ein absolutes Regiment hätte einführen können. Seit 1574 bestiegen daher neutrale Bewerber den Thron: Der Sieben-

bürger Fürst Bathory (bis 1586), der katholische Wasa Sigismund III. (bis 1632) und sein Sohn Wladislaus IV. (bis 1648).

Polen focht in dieser Zeit mit Schweden und Rußland um die Behauptung seiner Hegemonie über Osteuropa. Bathory gelang es noch, die Machtstellung des Reiches im ganzen aufrechtzuerhalten. Doch während der schwachen Regierung der Wasas gewannen die Schweden immer mehr das Uebergewicht, während im Innern der Trotz der Barone und die furchtbaren Aufstände der Kosaken den Staat aufs tiefste zerrütteten. Mit der Wasaherschaft begann der endgültige Abstieg Polens.

Mit Polen im Lehnsverhältnis stand Brandenburg. 1594 hatte Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598—1608) seinen Sohn Johann Sigismund mit Anna, der Erbin von Preußen vermählt, welches seit 1466 als Ordensland und seit 1525 als weltliches Herzogtum Lehen der polnischen Krone war. Seit 1605 und 1611 hatten sich Joachim Friedrich und sein Sohn die Administration des Landes für den geisteskranken letzten Herzog übertragen lassen. Nach dessen Tode 1618 ging das Herzogtum endgültig auf das Kurhaus über.

Das Verhältnis der Hohenzollern zur polnischen Krone gestaltete sich nicht reibungslos. Bei jeder Belehnung machten die Polen anfangs Schwierigkeiten, um sich nachher ihre Einwilligung teuer bezahlen zu lassen. Einen direkten Einfluß konnte Polen infolge seiner ohnmächtigen Lage auf die Herzöge nicht ausüben. Doch hatte der König gegen sie einen treuen Verbündeten in den preußischen Ständen, die die eigentlichen Machthaber im Herzogtum waren. Sie hielten sich gegenüber den herzoglichen Machtansprüchen an Polen, und mit Hilfe ihres Appellationsrechtes an den König verhinderten sie jede Schmälerung ihrer Privilegien. Dabei waren sie einer völligen Einverleibung in das katholische Königtum als strenggläubige Lutheraner durchaus abgeneigt. Sie wahrten, indem sie Polen gegen den Herzog ausspielten, ihre Freiheit am besten.

Zu dem brandenburgischen Regiment, das anfangs von den Ständen nicht ungern gesehen wurde, standen sie seit dem 1613 erfolgten Uebertritt Johann Sigismunds zum Calvinismus in Opposition. Georg Wilhelms schwache Regierung im 30jährigen Kriege konnte ihre Macht nicht einschränken. Erst sein großer Sohn hat hier Erfolg gehabt und damit der absoluten Monarchie den Weg bereitet.

Der große Kurfürst hat nun während seiner Regierungszeit des öfteren die Möglichkeit zur Erwerbung der Krone des benachbarten polnischen Feudalstaates gehabt.

Rein territorial betrachtet, wäre eine polnische Union mit Brandenburg natürlicher gewesen als die noch im selben Jahrhundert mit Sachen erfolgte, das nicht einmal Polen berührte. Denn die vielfachen inneren Verschiedenheiten der Länder, besonders in der Frage der Nationalität, fielen für das 17. Jahrhundert, in dem das nationale Bewußtsein als gestaltende Kraft im Leben der Völker noch schlummerte, bei solchen dynastischen Verknüpfungen noch nicht ins Gewicht. Ob Friedrich Wilhelm eine organische Verbindung zwischen Brandenburg und Polen hätte schaffen und sich mit seinen verhältnismäßig geringen Machtmitteln gegenüber der polnischen Adelsmacht hätte durchsetzen können, bleibt zweifelhaft: Die Geschichte

hat ihm die Probe aufs Exempel erspart, denn alle Pläne und Bemühungen um seine Wahl zum Polenkönig scheiterten — an der Glaubensfrage.

Der Kurfürst hat gegenüber den polnischen Thronmöglichkeiten eine wechselnde Haltung eingenommen. Er hat sie im Anfang seiner Regierung, als er allein auf die Konsolidierung seines Staates bedacht war, von sich gewiesen. Später glaubte er, zu Macht und Ansehen gelangt, beide Kronen vereinen zu können und hat sich eifrig um den Polenthron beworben.

Diese Arbeit soll sich nun nicht nur mit den bisherigen Untersuchungen über einzelne der brandenburgisch-polnischen Unionsobjekte auseinandersetzen: Es soll der — soweit dem Verfasser bekannt — erstmalige Versuch gemacht werden, die gesamten brandenburgisch-polnischen Thronpläne und -bewerbungen, die mit der Persönlichkeit des Großen Kurfürsten in Zusammenhang stehen, zu behandeln: Ihre Vergleichung untereinander wird ergeben, daß die jeweils verschiedene Haltung Friedrich Wilhelms zu diesen Möglichkeiten eines Thronerwerbs durch die augenblickliche gesamtpolitische Lage seines Staates bedingt war.

Zum Schluß dieser einleitenden Bemerkungen sei noch zum verarbeiteten Quellenmaterial, das ebenso wie die Literatur vor jedem betreffenden Kapitel aufgeführt ist, folgendes mitgeteilt:

Was die Verwertung bisher noch unveröffentlichter Akten angeht, so konnte dank der gütigen Empfehlung des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Marcks, dem als seinem hochverehrten Lehrer der Verfasser für seinen steten gütigen Beistand zu größtem Dank verpflichtet ist, im Geheimen Preußischen Staatsarchiv mit Erfolg nach neuem Material gesucht werden. An dieser Stelle sei auch den Herren des Staatsarchivs, insbesondere Herrn Staatsarchivrat Dr. Dehio, für ihre zuvorkommende Hilfe gedankt.

Weiter wurde nach der Existenz noch nicht publizierten polnischen Aktenmaterials geforscht. Auf eine Anfrage hiernach teilte das Archivum Glowne Akt Dawnych (Hauptarchiv der alten Akten) im Mai 1928 mit: „In den Akten des Hauptarchivs gibt es keine Materialien, die Kandidatur Friedrich Wilhelms auf den polnischen Thron betreffend. Im besonderen sind sie nicht enthalten in den Beständen des Kronarchivs und der Libri legationum, auf die ganz besondere Aufmerksamkeit gerichtet wurde."

Ebenso hat Herr Staatsarchivrat Dr. Gollub in Königsberg, mit dessen Dissertation: „Der Große Kurfürst und Polen 1660/68" sich diese Arbeit auseinandersetzt, den Verfasser zu großem Dank durch die Mitteilung verpflichtet, daß Forschungen nach ungedruckten polnischen Akten, die er in den Archiven zu Breslau, Krakau, Lemberg, Posen und Wien, sowie in den Archiven der Familien Leszynski, Lubomirski und Radziwill entweder selbst oder durch andere Gelehrte hat anstellen lassen, erfolglos blieben.

Die polnische Literatur wurde, da der Verfasser das Polnische nicht beherrscht, von Herrn cand, phil. S. Levin aus Zoppot durchgesehen. Auch er sei herzlich bedankt.

I.

Die polnisch-brandenburgischen Heiratspläne 1636, 1640 und 1641

Quellen:

Philipp Hiltebrandt: „Die pästliche Politik in der preußischen und in der jülich-clevischen Frage" (in: „Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken", herausgegeben vom Preußischen Historischen Institut in Rom[1]), Band XIV, 1911, Seite 356—58 und 385—87).
Urkunden und Aktenstücke[2]) zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich 1864, Bd. II, hrsg. v. ß. Ed. Simon 1865.
Samuelis de Pufendorf: „De rebus gestis Friderici Wilhelmi Magni", Ausgabe v. 1733.
Ferner:
„Europäischer Mercurius Historicus . . . .", 1660.
„Theatrum Europaeum . . . . .", Bd. IV, 1692.

Literatur:

Joh. Gust. Droysen: „Geschichte der preußischen Politik", Teil III, 1. Abt. (2. Aufl. 1870).
Max Hein: „Johann von Hoverbeck", 1925. (Heins „Schwerin", 1929, erschien kurz vor der Drucklegung und konnte daher im einzelnen nicht mehr verarbeitet werden. Für die Hauptgesichtspunkte der vorliegenden Arbeit ergab das sonst erschöpfende Werk nichts Neues.)
L. von Orlich: „Geschichte des preußischen Staates im 17. Jahrhundert", T. I, 1838.
Hermann von Petersdorff: „Der Große Kurfürst", 1926.
Richard Schulze: „Das Projekt der Vermählung Friedrich Wilhelms von Brandenburg mit Christina von Schweden" (in: „Hallesche Abhandlung zur neueren Geschichte", hrsg. von J. G. Droysen, Heft 26, 1898).
Albert Waddington: „Le Grand Electeur Frédéric Guillaume de Brandenbourg", T. I, 1905.
Erdmann Hanisch: „Geschichte Polens", 1923.

Die ersten Projekte einer Erhebung des Großen Kurfürsten von Brandenburg auf den polnischen Königsthron fallen in die Regierungszeit Wladislaus IV.

Vermutlich im Jahre 1636 berichtete der damalige brandenburgische Resident in Warschau, Johann von Hoverbeck, an Georg Wilhelm: Wladislaus beabsichtigte, seine Schwester Anna Katharina mit dem (damals 16jährigen) Kurprinzen Friedrich Wilhelm zu verheiraten; es würde sich dadurch die Aussicht auf einen Erwerb der polnischen Krone nach dem Tode des kinderlosen Königs ergeben; immerhin bilde die Verschiedenheit der Religionen ein bedenkliches Hindernis für diesen Plan.

---

[1]) Abgekürzt PHI.
[1]) Abgekürzt UA.
Wilhelm von Brandenburg. Bd. I, hrsg. v. B. Erdmannsdörffer

Georg Wilhelm scheint auf Hoverbecks Vorschlag nicht geantwortet zu haben. Die Sorge um den eigenen Staat und dessen schlimme Lage im Dreißigjährigen Kriege mußte ihm jede Unternehmungslust rauben[3]).

Von neuem wurde der Plan einer brandenburgisch-polnischen Heirat 1640 von polnischen Magnaten aufgenommen Wladislaus IV. war damals so schwer erkrankt, daß mit seinem Tode zu rechnen war. Um ein Interregnum zu vermeiden, betrieben neben anderen Adeligen der damalige Krongroßkanzler und der Bischof von Przemysl noch zu Lebzeiten des Königs die Designierung eines Nachfolgers. Doch wollten weder die Litauen einen Polen, noch die Polen einen der ihrigen auf den Thron berufen, und so erwog man denn, einem ausländischen Fürsten und zwar wieder dem brandenburgischen Kurprinzen die Krone anzubieten; nur sollte er die Schwester des Königs heiraten und konvertieren.

Der König genas aber und war über die eigenmächtigen Pläne seiner Vasallen, die ihm bald zu Ohren kamen, sehr ungehalten[4]). Doch das brandenburgische Heiratsprojekt griff er wenig später selbst auf.

Friedrich Wilhelm war Ende 1640 zur Regierung gelangt und bemühte sich bald darauf, die Hand der jungen Schwedeekönigin Christine zu gewinnen[5]).

Eine brandenburgisch-schwedische Union hätte aber Polens Ostseestellung aufs schwerste gefährden müssen. Daher versuchte Wladislaus, diesen Heiratsplan zu durchkreuzen, und zwar eben dadurch, daß er 1641 wiederum die Ehe seiner Schwester mit dem Kurfürsten zustande bringen wollte[6]).

Von Anfang an betrieb er die Sache aufs energischste. Die bereits bestehende Verlobung Anna Katharinas mit einem Habsburger Prinzen hob er, obwohl die Heirat beschlossene Sache war und man schon die Zustimmung des Kaisers und des Königs von Spanien dazu eingeholt hatte[7]), kurzerhand auf. An dem Ketzertum des Kurfürsten nahm Wladislaus keinen Anstoß, obwohl im Testament seines Vaters, Sigismund III., seinen Kindern die Heirat mit Andersgläubigen streng untersagt war[8]). In religiösen Dingen war er durchaus tant[8*]) und hätte von sich aus vielleicht nicht einmal auf einem Glaubenswechsel des Kurfürsten bestanden.

Doch forderte einmal die polnische Verfassung die Wahl eines rechtgläubigen Königs und dann verlangte die Kurie durch ihren Warschauer Nuntius ausdrücklich den Glaubenswechsel des Kurfürsten im Falle einer Heirat[9]).

---

[3]) Vgl. Hein a. a. O., 27.

[4]) Hiltebrandt a. a. O., S. 356, Bericht des apostol. Nuntius aus Warschau 1640; vgl. „Europ. Mercur Histor.", S. 84.

[5]) Vgl. dar. Schulze a. a. O.

[6]) Vgl. Pufendorf a. a. O., I, § 41; Droysen a. a. O., III, 1, S. 174.

[7]) Hiltebrandt a. a. O., S. 386, Nr. 13.

[8]) Hiltebrandt a. a. O., S. 385, Nr. 12.

[8*]) Hanisch a. a. O., S. 200 f., 205.

Nr. 13.

[9]) Hiltebrandt a. a. O., S. 386, n. 1.

Entschiedene Gegner des ganzen Planes war die Umgebung des Königs, vor allem die Königin und die beiden Brüder des Königs, Johann Kasimir und Karl Ferdinand, denen die Aufhebung der habsburgischen Verlobung besonders peinlich war: Hatten sie doch den schon geschlossenen Ehevertrag für die polnische Seite unterschrieben[9*]. Auch machte man sich keineswegs Hoffnungen, daß allein um eine Heirat mit der, äußerlich übrigens wenig anziehenden[10]), Prinzessin der Kurfürst seinen Glauben wechseln würde. Dazu hätte man ihm die Thronfolge garantieren müssen.

Bald hörte man von der polnisch-brandenburgischen Heiratssache sogar schon auf dem Regensburger Reichstage, wo die Gesandten aus aller Herren Länder einander die neuesten Zeitungen kolportierten: Die Verbindung sei ziemlich sicher, besonders die polnischen Stände wünschten sie; doch wäre die Kurfürstin-Mutter[11]) besonders gegen die Ehe ihres Sohnes mit einer Katholikin[12]).

In der Tat war man am Berliner Hofe dem Plan von Anfang an nicht geneigt gewesen. Die Kurfürstin hatte dabei neben der Glaubensfrage noch einen ganz persönlichen Grund Wladislaus IV. hatte sich früher einmal mit einer pfälzischen (kalvinischen) Prinzessin und zwar einer Schwester von ihr verlobt, sie aber doch nicht geheiratet[13]). Das hatte die Kurfürstin dem Polenkönig nicht verzeihen können und war auch darum gegen die Heirat. Daß wir von diesem Umstand durch den Bericht des apostolischen Nuntius in Warschau nach Rom wissen[13*]), zeigt immerhin, daß die Kurfürstin ihre Abneigung gegen den Polenkönig nicht gerade verbarg.

Friedrich Wilhelm selbst wollte, abgesehen davon, daß er seinen Glauben nicht geändert hätte, auch aus politischen Gründen von einem Bund mit Polen nichts wissen.

Im Gegensatz zum Bündnis seines Vaters mit Habsburg im Dreißigjährigen Kriege, das dem Kurhause nur des Kaisers Undank und überdies die Feindschaft der Schweden eingebracht hatte, hütete sich der junge Kurfürst vor einer Stellungnahme für oder gegen eine der beiden Großmächte. Eine Verbindung mit Polen hätte aber das Ende dieser Politik der freien Hand fedeutet, denn Wladislaus war Parteigänger des Kaisers und Gegner der Schweden.

Die erste Absage erhielt Wladislaus, als er im April 1641 einen Grafen Dönhoff nach Berlin sandte, der offiziell mit dem Kurfüsten über die Gravamina der Preußischen Stände[14]) verhandeln, in Wirklichkeit aber die Hand der Prinzessin anbieten sollte. Er kehrte, was diesen Punkt seines Auftrags anbelangte, unverrichteter Sache nach Warschau zurück[15]).

[9*]) Hiltebrandt a. a. O., S. 386, Nr. 13.

[10]) Waddington a. a. O., I., S. 103; Hein a. a. O., S. 27.

[11]) Elisabeth Charlotte von der Pfalz, 1597 —1660, vermählt mit Georg Wilhelm 1616.

[12]) Bericht des brandenburgischen Gesandten aus Regensburg an den Kurfürsten nach Berlin vom 22. März 1641; UA., I, 786.

[13]) Hanisch a. a. O., 205.

[13*]) Hiltebrandt a. a. O., S. 358, n. 2.

[14]) Pufendorf, I, § 24.

[15]) Pufendorf, I, § 41.

Nun setzte am polnischen Hofe offene Kritik am Verhalten des Königs ein: Die Polen seien nicht gewohnt, ihre Frauen anzubieten, sondern wollten selbst darum gebeten sein. Das Verhalten des Königs verstoße gegen seine Würde und gegen die der Religion[16]).

Trotzdem verfolgte Wladislaus seine Absichten unbekümmert weiter, und noch eiimal wies der Kurfürst ein polnisches Heiratsangebot ab.

Als er anläßlich der Belehung mit Preußen vom 5. bis 11. Oktober 1641 in Warschau weilte[17]), gab er seine Gleichgültigkeit gegen die königliche Familie schon deutlich genug durch den nachlässigen Aufzug zu erkennen, in dem er auf einem Ball erschien, den Anna Katharina ihm zu Ehren gab[18]).

Dennoch hat der Polenkönig entweder selbst in Warschau oder wenig später durch den Grafen Dönhoff dem Kurfürsten noch einmal einen Heiratsantrag machen lassen, den Friedrich Wilhelm mit den Worten abgelehnt haben soll: „So lange ich mein Land nicht in Frieden regieren kann, darf ich mich nach keiner anderen Geliebten umsehen als dem Degen[19]) Der Kurfürst wollte also in der unsicheren Zeit des Krieges sich an keine Partei binden oder seine bewaffnete Neutralität aufgeben.

Die Prinzessin heiratete nach dem Scheitern der brandenburgischen Heiratsverhandlungen 1642 den Sohn des strengkatholischen Pfalzgrafen von Neuburg; nicht zuletzt übrigens auf Betreiben ihres Bruders des Prinzen Johann Kasimirs, dem bei einer Heirat seiner Schwester mit dem fähigeren Kurfürsten Anschluß vom Throne gedroht hätte[20]).

Uebrigens hat Wladislaus seine Bemühungen, eine schwedisch-brandenburgische Heirat zu hintertreiben, auch in den folgenden Jahren eifrig fortgesetzt[21]). Die Entwicklung selbst hat ihn hierin schließlich nicht enttäuscht.

II.

Der Kandidatur-Vorschlag Johann von Hoverbecks 1648

Von noch nicht angegebenen Werken:

Quellen:

Urkunden und Aktenstücke, Bd. IV, hrsg. von Erdmannsdörffer, 1867.

---

[16]) Hiltebrandt a. a. O., S. 387, n. 1.

[17]) Pufendorf, I, § 24.

[18]) Bericht des französischen Residenten in Warschau, UA. II, 7. (Die Datumsangabe hierbei, „September", muß nach allen anderen Angaben ein Irrtum sein; vgl. Note 17 u. 19.)

[19]) Waddington, I, 103, „Europ. Mercur. Histor.", 102 f.; „Theater. Europ.", IV, 491. Urkundlich ist dieser Ausspruch nicht bezeugt.

[20]) Hiltebrandt a. a. O., S. 358, n. 3.

[21]) Vgl. u. a. Pufendorf, I, § 41.

Literatur:

H. Exner: „Brandenburg-Preußen und Polen 1648—49" (in: „Schulnachrichten des kgl. Gymnasiums zu Ostrowo", Ostern 1910).

———

Der Tod Wladislaus IV. im Mai 1648 und die dadurch notwendige Neubesetzung des Thrones war der zweite Anlaß für den Vorschlag einer brandenburgischen Kandidatur zur polnischen Krone.

Als Kandidaten kamen vor allem die beiden Brüder des verstorbenen Königs, Johann Kasimir und Karl Ferdinand in Betracht[22]).

Da empfahl der bereits genannte brandenburgische Resident in Warschau Johann von Hoverbeck dem Kurfürsten, sich ebenfalls um den polnischen Thron zu bewerben.

Hoverbeck konnte dazu bei den gegenwärtigen brandenburgisch-polnischen Beziehungen mit gutem Grund raten. Bat doch in diesen Tagen die Republik, deren Truppen im gleichen Jahre zweimal von den aufständigen Kosaken geschlagen worden waren, in der „totalis conversio status"[23]) ihren ersten Vasallen in „ungewöhnlich Demüth und wehmütigen Stylo"[24]) um Hilfe gegen ihre Feinde[25]).

Am 4. 6. 1648[26]) schrieb daher Hoverbeck dem Kurfürsten: Wollte er in der Wahlangelegenheit Stellung nehmen, „so müßte es auch der Rede werth sein, daß Sie es entweder vor sich selbst oder einem anderen evangelischen Potentaten . . . . . zu gut thäten. Und möchten Sie vielleicht nicht viel mehr Mühe und Kosten vor sich selbst als einen anderen und doch Catholischen zu gut bedürfen . . ."

Empfahl hier in ruhiger, vorsichtiger Form der Diener dem Herrn eine Bewerbung, so redete Hovebeck eine ganz andere Sprache in einem Briefe an einen Gleichgestellten, und zwar an den feurigen und rasch entschlossenen Minister des Kurfürsten, Conrad von Burgsdorff. Bei der Schwäche der Republik, so schreibt er, sei zu überlegen, „ . . . ob die uff Seiten Sr. Ch. D. unsers gnädigsten Herrn befindende Vorteil nicht so beschaffen, daß Sie sich billig der Sachen etwas mehr als hiebevor geschehen, anzunehmen und diese Occasion zu Aufnehmen dero Hauses zu praevalieren hätten." Er empfiehlt sogar, „mit Hereinschickung dero auf den Beinen habenden Volkes" in die Wahlfrage zu Gunsten der brandenburgischen Kandidatur einzugreifen[27]).

Wenige Tage später bat Hoverbeck den Kurfürsten wieder: „Das Werk mit Ernst zu embrassiren[28])." Als Anlage zu diesem Schreiben übersandte Hoverbeck ein von ihm verfaßtes: „Supplementum, anreichend die Candidatos, so bei den jetzigen polnischen Wahltage sich angeben oder auch sonsten in Con-

———

[22]) UA., I, 256.
[23]) UA., I, 252 f.
[24]) UA., I, 255 f.
[25]) UA., I, 251 v. 8. Juni 1648.
[26]) UA., I, 247 ff.
[27]) Vom 20. Juni 1648; UA., I, 254 f.
[28]) 24. Juni 1648; UA., I, 255 f.

sideration kommen könnten[29]). Darin war neben einer Aufzählung der übrigen Kandidaten sowie ihrer Fehler und Vorzüge ausgerechnet, weshalb des Kurfürsten „Avantagen der anderen Candidatorum Vorteile leicht überwiegen könnten." Neben vermögenden Leibs- und Gemüthskräften würden ihm auch manche politischen Vorzüge zustatten kommen, so die „Angelegenheit" sowohl der märkisch und pommerschen als der preußischen Lande", „und in sonderheit ein fertiger Exercitus, welcher leicht mit Rekruten verstärkt werden und der Reipublicae bei jetziger hochdringender Noth zu Hülf kommen könnt".

Dagegen, das verhehlte Hoverbeck nicht, würden einer brandenburgischen Bewerbung vor allem „des Hauses Oesterreich Jalousie über des Hauses Brandenburg Aufnehmen" und „der Schweden Mißtrauen" im Wege stehen.

„Aber dies alles", so schloß er, wäre leicht zu überwinden, wann nur bei denen Catholischen der Haß und das Mißtrauen zu Sr. Ch. D. Religion gehoben wäre."

Noch mehrfach hat Hoverbeck versucht, den Kurfürsten zu einer Kandidatur zu bewegen. Im Juni teilte er mit, daß die Evangelischen sich für seine Wahl einsetzen wollten[30]); dann wieder berichtete er: der Schwedenkönig[31]) gönne dem Kurfürsten die Krone, wenn er selbst nicht gewählt werde[32]); auch würde ein Teil des Adels in Großpolen[33]) sowie der mächtigste Großgrundbesitzer Litauens, der reformierte Fürst Radziwill, für eine Erhebung Friedrich Wilhelms auf den Thron eintreten[34]).

Auch Schwerin, der spätere preußische Oberpräsident, hat damals dem Kurfürsten, wenn auch in vorsichtiger Form, zu einer Bewerbung um den polnischen Thron geraten[35]).

Schon fürchteten einige Magnaten, der Kurfürst wolle mit seinem trefflichen Heere sich gewaltsam die Krone aufs Haupt setzen. Denn wie klein auch an und für sich die Macht Brandenburgs noch war — die Polen fürchteten: Wenn der Kurfürst allein den Wunsch nach der Krone zu erkennen geben werde, und ihm uch nur die Evangelischen beifielen, würde seine Partei so stark überwiegen, „daß keiner auf ein ander Subjektum zu gedenken sich würde unterstehen dürfen[36]).

Friedrich Wilhelm ist jedoch auf die Pläne Hoverbecks nicht eingegangen. Er entschied sich vielmehr für eine Unterstützung der Bewerbung des Prinzen Johann Kasimir, der dann im November auch gewählt wurde.

Die ablehnende Haltung des Kurfürsten gegen eine eigene Kandidatur 1648 ist wieder aus seiner politischen Lage heraus zu verstehen.

---

[29]) UA., I, 256 ff.
[30]) UA., I, 257, n. 2.
[31]) Christine von Schweden
[32]) UA., I, 288.
[33]) UA., I, 291; vgl. Puf., III, § 27.
[43]) UA., I, 322 f.
[35]) UA., I, 266 f.; vgl. Hein, 52.
[36]) Berichte Hoverbecks, UA., I, 260, 290 f.

Damals richteten sich die Augen ganz Deutschlands auf Münster und Osnabrück, wo über den Friedensschluß des dreißigjährigen Krieges beraten wurde. Für das außerordentliche Interesse des Kurfürsten an diesen Verhandlungen ist seine Antwort[37]) auf jenen Brief Hoverbecks vom 4. 6. 1648 bezeichnend, in dem zuerst der polnische Plan aufgeworfen wird. Darauf geht Friedrich Wilhelm nicht ein, sondern spricht von seiner Hauptsorge: „Die Friedenstractaten im römischen Reich" kämen zu keinem günstigen Fortgang.

Wie bitter notwendig dieser Friede für seinen Staat war, hatte der Kurfürst in seinem im Juni 1647 selbst verfaßten „Bedenken" dargelegt[38]): „Mir und meinen Landen", heißt es da u. a., „kann nichts zuträglichers sein, als ein glücklicher Schluß und Frieden . . ." Denn die Untertanen sind „von fremden besessen und verderbet" und endlich wird gar des Kurfürsten „ruien" daraus entstehen.

Der Kurfürst befand sich also in ähnlicher Lage wie 1641. Die Verhältnisse wiesen ihn allein auf die Sicherung seines Staatswesens.

III.

Die polnischen Kronangebote 1655 – 1865

Von noch nicht angegebenen Werken:

Quellen:

„Diarium Europaeum . . . ., I.
Pierres des Noyers (Sécrétaire de la reine de Pologne 1655/59): „Lettres"; ed. Berlin 1859.
„Polnische Kriegs- und Staatssachen . . .", Nürnberg 1666.
L. R. Rudawski: „Historium Poloniae . . . .", Libri IX, 1755.
„Urkunden- und Aktenstücke . . . .", Band VII, hrsg. v. Erdmannsdörffer, 1877; Band IX, hrsg. v. Th. Hirsch, 1879.

Literatur:

Ludwig Kubala: Wojna szwecka w roku 1655 — 56 (1913).

Die nächsten Vorschläge einer Wahl Friedrich Wilhelms zum polnischen König kamen von seiten der Polen und zwar im Zusammenhang mit den Ereignissen des sogenannten ersten Nordischen Krieges (1655 bis 1660).

Als Anfang 1655 Schweden unter dem tatkräftigen Karl X. bereits vollständig zum Krieg gerüstet war, herrschte in Polen, wo seit 1648 der schwache Johann Kasimir auf dem Throne saß, eine unbeschreibliche Verwirrung.

---

[37]) Vom 4. Juli 1648; UA., I, 249.
[38]) UA., IV, 522 ff.; vgl. Petersdorff, 29.

Polnische und litauische Magnaten wollten in dieser Notlage den Kurfürsten an die Spitze des Reiches gegen die Schweden berufen[39]), zumal er als Nachkomme der Jagellonen ein besonderes Anrecht auf Litauen hätte[40]).

Friedrich Wilhelm hatte damals zur Sicherung Preußens ein Heer von 15 000 Mann aufgestellt. In Polen hielt man seine Truppen für die besten der Welt[41]).

Als dann im Verlaufe des Krieges die Schweden im Bunde mit dem Kurfürsten fast ganz Polen besetzten und der König Johann Kasimir vor ihnen nach Schlesien floh, erwog man am königlichen Hofe elbst seine Berufung des Kurfürsten als Nachfolger auf den verwaisten Thron. Der Sekretär der Königin des Noyers schrieb im Oktober 1655[42]): Wäre der Kurfürst katholisch, so würden der König und die Königin sich für seine Wahl beim Adel einsetzen, der für den Kurfürsten große Sympathien hatte. Auch dachte man an eine Designierung des im gleichen Jahre geborenen Kurprinzen Karl Emil[43]).

Als 1656 (Johann Kasimir lebte noch immer außer Landes) die Polen selbst die Neuwahl eines Königs beabsichtigten, wurde unter den aussichtsreichsten Kandidaten für den Thron wiederum der Kurfürst genannt[44]).

Im nächsten Jahre wurde eine Thronfolge Friedrich Wilhelms sogar von der Königin Marie Louise selbst vorgeschlagen.

Der Kurfürst war 1657 von der schwedischen auf die polnische Seite getreten. Die Polen hatten dafür die brandenburgische Souveränität über Preußen anerkannt und machten überdies dem neuen Bundesgenossen viele Versprechungen. So trug ihm die Königin im Einverständnis mit den einflußreichsten Magnaten, besonders den Fürsten Leszynski und Lubomirski, die Nachfolge des brandenburgischen Kurhauses auf dem polnischen Throne an und zwar für seinen im gleichen Jahre (1657) geborenen zweiten Sohn Friedrich (den späteren König Friedrich I.); auch wollte man nicht mehr auf einem Religionswechsel bestehen. Der Kurfürst bat jedoch, solche Erwägungen bis zum Friedensschlusse aufzuschieben[45]).

Noch einmal hat im vorigen Jahre Marie Louise anläßlich ihres Besuches in Berlin (28. VI. bis 3. VII. 1658), der das brandenburgisch-polnischr Bündnis weiter befestigen sollte[46]), dem Kurfürsten die Nachfolge eines seiner Söhne angeboten.

Er lehnte auch diesmal die Krone ab: er könne niemals einen Religionswechsel seiner Kinder (der jetzt wieder zur Bedingung gemacht wurde) zulassen. Auch sei es nun einmal

---

[39]) UA., VII, 370; Bericht Hoverbecks vom Juni 1655 aus Warschau.

[40]) Friedrich Wilhelms Großmutter väterlicherseits, jene Anna, Erbin von Preußen, stammte von König Kasimir IV. (1447—92), einem Jagellonen, ab. Dessen Urenkel war auch Johann Kasimir.

[41]) Noyers, 11.

[42]) A. a. O. 4.

[43]) Ebenda, 13.

[44]) Rudawski, VII, 322.

[45]) Pufendorf, VII, § 5.

[46]) Vgl. UA., II, 172, 249 ff.; Pufendorf, VII, 50 u. a.

das Geschick der polnischen Könige, andere glücklich zu machen, ohne es selbst zu sein[47]).

Der wahre Grund für Friedrich Wilhelm, das polnische Thronangebot rundweg abzuschlagen, war natürlich der gleiche, wie bei den vorigen Ablehnungen: Der Kurfürst hatte mit der Sicherung seines Staates genug zu tun, und war allein darauf bedacht, sich der Schweden zu erwehren und dabei die eben gewonnene Souveränität Preußens zu behaupten.

Daß aber Friedrich Wilhelm bei geeigneter Gelegenheit einem Erwerb der polnischen Krone durchaus nicht von vornherein ablehnend gegenüber stand, das sollte sich beim nächsten Anlaß, dem polnischen Wahlnegotium von 1661 bis 1662, zeigen.

IV.

Die Bemühungen Friedrich Wilhelms um die polnische Krone 1661 bis 1662

Von noch nicht angegebenen Werken:

Quellen:

Fr. Arnheim: Eine schwedische Denkschrift aus dem Jahre 1661 über die Wiederanknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen Schweden und Brandenburg (in: „Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte"[48]), Band VII, 1894, S. 193 ff.).

Casimir, Roy de Pologne, Paris 1680[49]).

F. Colson: „De la Pologne . . . . .", T. I, 1841.

Vespasian Kochowski: „Annalium Poloniae Climact", III, 1688.

M. Krajewski: „Dzieje Panowania Jana Kazmierza" (Geschichte der Regierung J. Kas.), T. I, 1840.

Gottfried Lengnich: „Jus publicum regni Poloni", T. I, 1742.

O. Meinardus: Kurfürst Friedrich Wilhelms Bemühungen um die polnische Königskrone (in: „Historische Zeitschrift"[50]), Band 72, 1894, S. 61 ff.).

Th. von Moerner: Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601—1700. 1867.

Johann Pasek: Pamietniki (Denkwürdigkeiten) 1656—1688. Deutsche Ausgaben von L. Stenzel, Breslau, 1838.

Recueil des instructions, données aux ambassadeurs et ministres de France, 1648—1798. T. II: Suède, hrsg. v. A. Geffroy, 1886; T. IV: Pologne, hrsg. v. L. Farges, 1881; T. XVI: Prusse, hrsg. v. A. Waddington, 1901.

„Urkunden und Aktenstück", Bd. VIII, hrsg. v. B. Erdmannsdörffer, 1884; Bd. XV, hrsg. v. Kurt Breysig, 1894.

A. Walewski: Historia . . . Jana Kazmierza, 1655—1660. Teil II, 1872.

K. Waliszewski: Polsko-Francuskie Stosunki[51]) w XVII wieku (Polnisch-Französische Bündnisse im 17. Jahrh.), 1889.

---

[47]) Vgl. UA., II, 249 ff.; Rudawski, IX, 414 f.

[48]) Abgekürzt FBPG.

[49]) Vgl. darüber bei Krebs in: „Zeitschrift der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen", Bd. III, 1888, S. 153, n. 6.

[50]) Abgekürzt HZ.

[51]) Abgekürzt Stos.

Literatur:

d'Aumale: „Histoires des Princes de Condé", Bd. VII, 1896.

L. von Baczko: „Geschichte Preußens", Bd. V, 1798.

H. Gollub: „Der Große Kurfürst und Polen 1660—68." Berlin, Dissert., 1914.

H. Grauert: Ueber die Thronentsagung des Königs Johann Casimir von Polen und die Wahl seines Nachfolgers (in: „Sitzungsberichte der kaiserlichen Akademie", Wien, Philos.-Histor. Klasse, Bd. VI, 1851, St. 342 ff.).

Philipp Hiltebrandt: „Preußen und die römische Kurie" (in: PHI., Bd. XI, 1908, St. 332 ff., St. 3 ff.).

Frd. Hirsch: „Otto von Schwerin" (HZ., Bd. 71, 1893, St. 193 ff.).

George Pagès: „Le grand Electeur et Louis XIV", 1905.

J. C. Plebanski: „Jan. Kaz. Wasa. Marya Ludwika Gonzaga." 1866.

Hugo Rachel: „Der Große Kurfürst und die Ostpreußischen Stände" (in: „Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen", hrsg. v. Gustav Schmoller und Max Sering, Bd. 28, Heft 1, 1905.).

L. von Ranke: „Zwölf Bücher Preußische Geschichte." Bd. I u. II: „Genesis des Preußischen Staates" (in „Sämtliche Werke" Bd. 25—26), 2. Aufl., 1879.

Sienkiewicz: „Skarbiec historia polska", 2. Bd., 1840.

---

a) Das polnische Wahlnegotium und die gesamtpolitische Lage Brandenburgs 1661

Durch den 1. Nordischen Krieg war Polen weiter verfallen. Die Grenzmarken mußten abgetreten werden: Preußen an Brandenburg, Livland an Schweden, während der Süden und Osten unter türkischen und russischem Einfluß geriet. Damals schon befürchtete man eine Teilung Polens zwischen den drei Nachbarn Brandenburg, Oesterreich und Rußland[52]).

Die Lage im Innern war ebenso traurig. Der schwächliche Johann Kasimir[53]) überließ die Regierung vollkommen seiner energischen Gemahlin Marie Louise, die dem italienischen Fürstengeschlechte Gonzaga entstammte, aber am Pariser Hofe erzogen worden war.

Marie Louise wollte nach dem Muster des französischen Absolutismus die Krone vom Adel unabhängig machen. Damit forderte sie aber die Opposition des Adels heraus, der dann durch das „Wahlnegotium" von 1661 und 1662 in offenen Konflikt zum Hofe trat.

Die Königin beabsichtigte nämlich, schon bei Lebzeiten ihres Gemahls einen Nachfolger wählen zu lassen, und zwar wollte sie die Krone einem französischen Prinzen übertragen, wobei sie die Festigung ihrer eigenen Position gegenüber den Magnaten durch die französische Macht im Auge hatte.

Begreiflicherweise setzte sich der Adel dagegen heftig zur Wehr, denn er war zwiefach bedroht: Einmal sollte die freie Königswahl, sein Grundprinzip, erst nach dem Tode des regierenden Monarchen von der Gesamtheit der Magnaten vorgenommen werden[54]). Dann aber mußte eine französische

---

[52]) Recueil . . . II, 39, IV, 81; Stos. 237.
[53]) Vgl. u. a. Krebs, 153, n. 6; Ranke a. a. O., 249 f.
[54]) Vgl. Lenglich a. a. O., Bd. I, Lib. II, cap. II, § 5.

absolutistische Regierung ihre „Libertät" schwer bedrohen.

So bildete sich gegen die Königin und den Hof eine starke Adelspartei zur Verhinderung einer Wahl und besonders einer französischen Thronbesteigung[55]). An der Spitze stand der Krongroßmarschall Fürst Georg Lubomirski; der uns schon begegnet war, als er sich 1657 mit der Königin für eine brandenburgische Nachfolge in Polen erklärt hatte.

Lubomirski war einer der reichsten Großgrundbesitzer in Polen, weitaus vermögender als die Krone und von ungeheurem Einfluß auf die Politik[56]). Gegenüber der französisch orientierten Politik der Königin stützte er sich auf den traditionellen Rivalen Frankreichs um den polnischen Thron, auf Habsburg, daß indeß nach 1648 und 1659 noch zu schwach war, um in die polnische Wahlfrage eingreifen zu können.

Die gleichen Interessen wie der polnische Adel hatte der Große Kurfürst an der Verhinderung einer Besitznahme Polens durch Frankreich.

Der Nordische Kieg hatte den Ruhm seines Heeres begründet und ihm die preußische Souveränität eingebracht. Zwar wollten die Stände die Alleinregierung des Herzogs nicht anerkennen und erst nach drei Jahren hat der Kurfürst dies durchzusetzen vermocht. Doch war im übrigen der preußische Staat konsolidiert, und Ludwig XIV. rühmte in einer Instruktion an seinen Berliner Gesandten de Lesseins von 1661: Der Kurfürst, ehemals der Letzte im Kurkollegium, sei jetzt der mächtigste Souverän unter seinesgleichen[57]).

Indeß war die außenpolitische Situation Brandenburgs keineswegs günstig. Im Nordischen Krieg hatte Friedrich Wilhelm neben der preußischen Souveränität sein altes Ziel, nämlich Pommern den Schweden abzunehmen, erstrebt. 1658 war er mit den Oesterreichern zusammen dort eingerückt. Aber Ludwig XIV., mit Schweden gegen die habsburgisch-brandenburgisch-polnische Koalition verbündet, zwang in Oliva den Kurfürsten, das Land wieder an Schweden herauszugeben.

So war durch Frankreichs Dazwischentreten der Kurfürst um die Hälfte seines Siegespreises gebracht worden, und die beiderseitigen Beziehungen schon ohnehin gespannt, als 1661 die französische Wahl in Polen und damit die Festsetzung Frankreichs, das die rheinischen Besitzungen Brandenburgs oft genug gefährdete[58]), auch in des Kurfürsten rechter Flanke drohte.

Die Lage Brandenburg-Preußen und später Deutschlands im Herzen Europas zwischen zwei Großmächten, Frankreich auf der einen und Polen oder Rußland auf der andern Seite, hat einen zwangsläufigen Zug in die Politik des Mittelreiches hineingetragen: Von vornherein muß es aus seinem Lebensinteresse heraus eine Vereinigung der beiden Nachbarn zu

---

[55]) Vgl. u. a. UA., IX, 28.
[56]) UA., IX, 224, Hoverbeck über Lubomirski.
[57]) Recuiel, XVI, 70.
[58]) So auch 1660, um den Kurfürsten zur Herausgabe Pommerns zu zwingen.

verhindern suchen, um sich frei und uneingeengt entfalten zu können.

Jetzt drohte die Gefahr einer Umklammerung dem Kurfürsten durch Marie Louises französisch-polnischen Wahlplan. Der Kurfürst hat denn auch, wie bald gezeigt werden soll, aufs eifrigste dies zu verhindern gesucht.

Aber nicht nur die Beziehungen zu Paris, auch die mit Warschau waren damals gespannt.

Der polnische Hof hatte den Verlust Preußens nicht verwunden und sah die Schwierigkeiten, die der Kurfürst mit den preußischen Ständen hatte, nicht ungern: Er knüpfte sogar mit den „Malcontenten" heimlich Verbindungen an: Man hoffte in Warschau, die brandenburgische Souveränität würde nicht allzu lange dauern.

Hinzu kamen offene Gegensätze, vor allem in der Frage Elbings. Friedrich Wilhelm hatte von Polen eine Summe von 400 000 Thalern zu erhalten. Als Pfand dafür war ihm die Besetzung der Stadt bis zur Tilgung der Summe zugebilligt worden. Doch die Königin verstand es, die Auslieferung Elbings an Friedrich Wilhelm auf alle mögliche Weise zu hintertreiben.

Mit dem polnischen Adel stand der Kurfürst dagegen in guten Beziehungen. Einmal verband sie die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Wahlpläne Marie Louises[59]). Dann erfreute sich Friedrich Wilhelm bei einem Teil der polnischen Armee, der 1658 in Holstein unter seinem Oberbefehl ruhmreich gegen die Schweden gekämpft hatte, großer Beliebtheit[60]). Bezeichnend für die Sympathien der Polen ist es, daß die Intrigen Marie Louises gegen den Kurfürsten in der Elbinger wie in der Preußischen Angelegenheit von großen Teilen des Adels mißbilligt wurde[61]).

Der Einfluß des Kurfürsten auf weitere Kreise Polens sollte sich zu seinem Vorteil in der Wahlfrage auswirken. Im Juni 1660 teilte Hoverbeck aus Warschau dem Kurfürsten mit: Es würde bei einer stattfindenden Wahl eines Nachfolgers „von allen Concurrenten derjenige obtenieren, zu dem der Kurfürst sich werde schlagen wollen[62]).

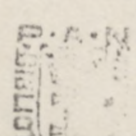
b) Die Politik Friedrich Wilhelms in der Wahlfrage 1661 bis 1663

Von Frankreich war anfangs, seit 1657, der Polenkönigin der Pfalzgraf von Neuburg als Kandidat vorgeschlagen worden[63]). Schon dagegen hatte sich der Kurfürst schroff gewandt: Eine französische Kreatur auf dem Nachbarthron wäre ebenso zu fürchten, wie ein Fanzose selbst[64]).

Aber auch Marie Louise war mit diesem Bewerber nicht einverstanden. Auf ihr erneutes Drängen nach der Nominierung

---

59) UA., IX, 182 ff., 193 f., 203 ff., 317 f.
60) UA., IX, 145, n. 2, und S. 4.
61) UA., IX, 184.
62) UA., IX, 28.
63) Stos. 231, 235 f.
64) UA., VIII, 711 ff.; IX, 28.



eines französischen Prinzen entschloß man sich 1660 in Paris für die Kandidatur des jungen Herzogs von Enghien, des einzigen Sohnes des berühmten Feldherrn Louis Condé.

Nun betrieb die Königin die Wahl aufs eifrigste: Sie beraumte zuerst für Ende März, dann für Mai 1661 einen Reichstag an, auf dem der Szlachta das Wahlprojekt mitgeteilt und die notwendige Verfassungsänderung beschlossen werden sollte[65]).

Der Kurfürst wandte sich gegen einen französischen Bewerber natürlich noch entschiedener als gegen Neuburg. Zunächst versuchte er eine Verständigung mit der Königin selbst wegen des „subjecti eligendi" herbeizuführen[66]): Einer Wahl an und für sich wollte er nicht entgegentreten, um, wie er sagte, der Königin „ohne Not keine Ombrange zu geben". Doch sollte Hoverbeck, der mit den Verhandlungen betraut wurde, falls die Königin auf der französischen Kandidatur beharrte, mit den Magnaten, besonders mit Lubomirski in Verbindung treten: Denn schon vorher hätte der Marschall durch einen Untergebenen sich dahin vernehmen lassen, daß er und etliche andere mehr sich mit dem Kurfürsten verbinden wollten, „damit die Sache bei ihrer Libertät weiter geschützt" werde[67]).

In Wirklichkeit war Lubomirski damals schon (1658) erheblich weiter gegangen und hatte dem Kurfürsten von sich aus die Krone angetragen[68]).

Die Königin ging auf Friedrich Wilhelms Vorschlag nicht ein, und betrieb die französische Wahl weiter.

Da wies der Kurfürst Hoverbeck an, wenigstens auf die Verschiebung des Wahlreichstages hinzuwirken, bis er wieder in Berlin sei (er weilte damals in Cleve) und die polnischen Vorgänge aus der Nähe besser respiciren könne[69]).

Im Februar 1661 entsandte Friedrich Wilhelm den Generalwachtmeister Joachim von der Goltz zu Verhandlungen über die Wahlfrage an einige ihm nahestehende Magnaten, vor allem den Erzbischof von Gnesen, Lescynski, nach Großpolen. Der Kurfürst, so sollte Goltz darlegen, sei von vornherein gegen eine Wahl zu Lebzeiten Johann Kasimirs: Vor allem aber wäre eine französische Thronbesteigung eine große Gefahr: Man dürfe keinen mächtigen Kandidaten zur Krone lassen, da ein solcher die Freiheit der Polen und ihrer Nachbarn bedrohen würde.

Wie Goltz dann berichtete, waren die Polen ebenfalls gegen eine Wahl; auf keinen Fall jedoch würden sie etwas gegen die Interessen des Kurfürsten unternehmen, für den sie „Große Inclination bezeugten[70])".

Im Februar reiste Hoverbeck aus der Krakauer Gegénd nach Warschau ab, um zu Beginn des Reichstages in der Hauptstadt zu sein. Unterwegs empfing er eine Einladung Lubo-

---

[65]) UA., IX, u. a. 172 f. u. 198.
[66]) UA., IX, 169, 178.
[67]) UA., IX, 176 ff.
[68]) Vgl. S. 19.
[69]) UA., IX, 169, 178, 191.
[70]) UA., IX, 200 ff.

mirskis auf seine Güter nach Großpolen (in der Nähe der Neumark), der Hoverbeck mit Unterbrechung seiner Reise auch Folge leistete. Denn er wußte, wie sehr es dem Kurfürsten um eine enge Fühlungnahme mit dem Marschall zu tun war[71]).

Im Verlaufe der zweitägigen Konferenz[72]), die Hoverbeck dann mit Lubomirski hatte, wurden zuerst die Streitigkeiten zwischen Brandenburg und Polen um Elbing behandelt. Am nächsten Tage kam man auf die „Succession" zu sprechen. Dabei spielte Hoverbeck auf ein Thronangebot an, das der Fürst schon 1658[73]) dem Kurfürsten hatte machen lassen. Lubomirski stritt dies ab. Wohl aber gab er zu, 1659 gegenüber dem damaligen brandenburgischen Stadthalter in Preußen, Fürst Radziwill, bei einer Zusammenkunft in Graudenz sich für eine Thronfolge Friedrich Wilhelms ausgesprochen zu haben Er wiederholte jetzt seine damaligen Worte: Er wisse keinen würdigeren Thronfolger als den Kurfürsten, und was die Religion angehe, so soll er es nur wie Heinrich IV. von Frankreich halten und die polnische Krone einer Messe wert sein lassen[74]). Gleichzeitig gab der Marschall seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der Kurfürst damals nichts daraufhin hätte vernehmen lassen.

Friedrich Wilhelm war seinerzeit infolge des Krieges auf dieses sowohl wie auf die anderen Thronangebote nicht eingegangen.

Lubomirski machte nun, so fährt der Bericht Hoverbecks fort, dem Kurfürsten wiederum den Antrag, sich zum polnischen König wählen zu lassen: Warum wollte der Kurfürst „durch Entziehung eines unverdammlichen Actus", nämlich des Religionswechsels, „sich und sein ganzes Haus eines so hohen Aufnehmens berauben."

Darauf antwortete Hoverbeck durchaus ablehnend: Der Kurfürst wolle um keinen Preis katholisch werden. Hätte er das beabsichtigt, so wäre ihm die Kaiserkrone gewisser als die Polens gewesen, bei der, „wann sie gleich ohne Conditionen angeboten würde, man wohl zu delibiriren hätte, ob sie anzunehmen wäre oder nicht". Lubomirski sollte lieber einen anderen, dem Kurfürsten genehmen, Kandidaten unterstützen.

Der Fürst war ärgerlich über diese Geringschätzung seines Angebots und parierte den Hieb Hoverbecks, indem er auf die bestehende Krise im brandenburgischen Staate hinwies. Die preußischen Stände hätten sich in Polen beklagt, „man legte ihnen ein eisernes Joch auf den Hals und wollte nicht über ihre Reden, sondern auch über ihre Gedanken inquirieren". Es würde für den Kurfürsten, falls er doch die Krone begehrte, ein „laudabilis ambitus und kräftige Bewerbung" bedeuten, wenn er sie zufrieden stellen würde.

---

[71]) UA., IX, 213 f.

[72]) Bericht Hoverbecks darüber aus Warschau vom 15. März 1661, UA., IX, 218 ff.

[73]) Vgl. S. 18.

[74]) Vgl. den Bericht Hoverbecks vom Juni 1659 aus Warschau, UA., VIII, 706, wonach Hoverbeck dies Angebot schon anzudeuten scheint.

Die preußische Krise hatte sich damals in der Tat verschärft. Lubomirski verschwieg, daß die preußischen Malcontenten sich im Januar an ihn selbst mit einer Petition gewandt hatten, in der sie um den Einmarsch eines polnischen Korps in Preußen baten[75]): Doch war der Fürst darauf nicht eingegangen, und daß er jetzt dem Kurfürsten die Beruhigung in Preußen zu Gunsten einer brandenburgischen Kandidatur empfahl, spricht für sein primäres Interesse an der Wahl des Kurfürsten und der Verhinderung einer fanzösischen Thronbesteigung.

Nun hat Gollub auf Seite 48 seiner Dissertation behauptet, der Marschall könne es mit seinem Kronangebot nicht ernst gemeint haben: denn im Falle seiner Wahl hätte der Kurfürst mit Hilfe seines tüchtigen Heeres der Macht des Adels und besonders der Stellung des Marschalls gefährlich werden können. Vielmehr habe Lubomirski sich nur durch ein leeres Versprechen den Kurfürsten verpflichten wollen, um bei einem Zerwürfnis mit dem Hof in Brandenburg Aufnahme zu finden.

Einwandfrei wäre diese Frage nur an Hand persönlicher Dokumente, besonders des Lubomirskischen Hausarchivs zu klären, die indeß nicht bekannt sind[76]). Doch kann gegen Gollubs Meinung folgendes geltend gemacht werden:

Wenn Lubomirski auch von vornherein gegen eine Wahl zu Lebzeiten des Königs gewesen wäre: er mußte, falls es doch dazu kam, der französischen Kandidatur eine andere Bewerbung von sich aus entgegenstellen können.

Vielleicht hat Lubomirski, wie man in Polen argwöhnte, selbst nach der Krone gestrebt. Doch wäre ihm der Neid der adligen Brüder ein schweres Hindernis dabei gewesen, und er hat auch, als Hoverbeck ihm die Krone mit schlauem Gegenzüge anbot, dieselbe von sich gewiesen[77]).

Wenn aber ein Kandidat für ihn in Betracht kam, so war es der Kurfürst. Die Macht des ehemaligen Vasallen wäre für das um vieles größere Polen von allen Uebeln das kleinste gewesen. Bemerkt doch der oben angeführte zeitgenössische Historiker Rudawski anläßlich der polnischen Kronangebote an Friedrich Wilhelm 1656: Seine Wahl hätte sich schon wegen seiner nicht zu großen Macht empfohlen[78]).

Hinzu kam, daß die Besitzungen des Kurfürsten zerstreut lagen, Preußen unruhig war: ein solcher König hätte, ganz nach dem Sinne der Polen, infolge der eigenen Schwierigkeiten die Libertät des Adels nicht antasten können.

Auf der anderen Seite brauchten die Polen für ihre beständigen Kriege einen tüchtigen Feldherrn zum König: Wer aber war hier geeigneter als der Sieger von Warschau? Hatte doch schon jener General Czarnecki, der unter Friedrich Wilhelm 1658 in Holstein focht, sich gewünscht, noch vor seinem Tode unter dem Kurfürsten gegen die Türken zu ziehen[79]).

---

[75]) Vgl. UA., IX, 182 ff.
[76]) Vgl. die Einleitung, auch Gollub 28.
[77]) UA., IX, 230.
[78]) Vgl. n. 44.
[79]) UA., IX, 145, n. 2; vgl. oben S. 17.

Die brandenburgische Kandidatur konnte also durchaus von Lubomirski durchaus ernsthaft gemeint sein, zumal er sie schon seit 1657 verschiedentlich vorgeschlagen hatte[80]).

Wenn G o l l u b jedoch weiterhin für seine Ansicht anführt (Seite 48 n. 1), daß Hoverbeck in jener Konferenz an Lubomirski „Kaltsinnigkeit" bemerkt habe, so bezieht sich diese keineswegs auf das Thronobjekt. Vielmehr war Lubomirski darüber „kaltsinnig", daß er zur Zeit des schwedischen Krieges als Kommandant des königlichen Preußens nicht wäre „genugsam deferiert" worden, besonders aber berührte es ihn peinlich, daß die Interessen des Kurfürsten durch polnische Offiziere verletzt worden waren, die ohne Befugnis dazu im herzoglichen Preußen Truppen angeworben und dadurch den Kurfürsten geschädigt hatten; mit dem Wahlvorschlag hat also die „Kaltsinnigkeit" Lubomirskis nichts zu tun.

Als man von der Konferenz des Marschalls mit Hoverbeck am polnischen Hofe erfuhr, argwöhnte man bezeichnenderweise sofort, Lubomirski habe mit ihm über die Wahlangelegenheit verhandelt. Zur Rede gestellt, leugnete Hoverbeck natürlich[81]).

Während der Kurfürst seit 1641 die polnische Thronmöglichkeit zurückgewiesen hatte, war er nun mit der ablehnenden Haltung seines Gesandten gegenüber dem Angebote Lubomirskis durchaus nicht einverstanden[82]). Er befahl vielmehr durch zwei Schreiben vom 26. April 1661 nach Warschau an Hoverbeck eine vollkommene Aenderung des bisherigen Verhaltens.

In der ersten Instruktion an Hoverbeck sowie an dessen Mitgesandten zum polnischen Reichstage Johann Ullrich von Doberzenski, verlangte Friedrich Wilhelm die Aufnahme weiterer Verhandlungen mit dem Marschall[83]).

Worin aber diese Verhandlungen bestanden, war in einem zweiten Schreiben ausgedrückt, daß der Kurfürst an Hoverbeck allein richtete: Es ist die oft behandelte Instruktion vom 26. April 1661[84]).

Der Brief war in Cleve eigenhändig vom Kurfürsten verfaßt worden. Der Entdecker des Aktenstückes, M e i n a r d u s, bemerkt dazu, daß es ein „wie die Falten zeigen, an den Adressaten abgesandtes Schreiben" ist.

Der Kurfürst hat sich, so beginnt die Instruktion den Bericht Hoverbecks vorlesen lassen, „in welcher ihr den weitläufigen Discurs, so mit dem Marschall gehalten, berichtet". Daß Lubomirski des Kurfürsten „bei der zukünftigen Wahl gedenken wolle" dafür ist ihm Friedrich Wilhelm „zum höchsten Obligir". Das Ansinnen eines Religionswechsels lehnt der Kurfürst allerdings rundweg ab. Könnte er aber bei seinem

---

[80]) Oder bereits 1655? Noyers a. a. O., 4 f.: „. . . cette noblesse, ayant assez d'inclination pour lui . . .", u. vgl. oben S. 13.

[81]) UA., IX, 230 f.

[82]) Davon berichtet auch Pasek 18.

[83]) UA., IX, 235 f.

[84]) Erst 1894 entdeckt und publiziert von O. Meinardus, a. a. O., jetzt auch bei Petersdorff, 276 ff.

Glauben bleiben, so hält er dafür, daß „Keiner . . . . . der Chron Polen mehr Avantage zubringen konnte, denn ich". Im Falle einer Wahl erbietet er sich sodann, auf die Elbinger Pfandsumme zu verzichten; „dann wann dieses noch zu wenig, mein Preußen . . . . . wieder zu Lehen von der Chrön Polen empfangen". Ferner will Friedrich Wilhelm mit 10 000 Mann Polen im Notfalle unterstützen. Ueber die Bedeutung, die eine Union der beiden Länder haben würde, sagt der Kurfürst: „Ich geschweige, wann diese beiden Staaten zusammen kämen, in was consideration die Republik sich sowohl bei Freunden und Feinden stellen würde, ja wo würde eine Macht gegen diese sein . . ." Daß er durch die Vorwürfe der Preußen, die Lubomirski erwähnt hatte, „als ein Tirann von Boßen Leuten der seine Untertanen übel traktierte, muß ausgerufen werden, solches gehet mich sehr zu Herzen." Er weist vielmehr auf seine jüngst erfolgte vollkommene Einigung mit den clevischen Ständen hin. Eigentlich, so fährt er fort, sollte er Bedenken tragen, nach der Krone als so hohem Ziele zu streben." „Weil aber sich . . . . . viele bei itziger Wahl angeben werden, so halte ich dafür, daß ich, gegen der posterität, es nicht würde verantworten können, wenn ich derjenige allein wäre der alles gehen ließe wie es wollte und nicht zum Wenigsten auch die ambition hätte derer, so niedriger Qualität und herkommen sein denn ich." Zumal er aus „selbigem Hause da der itzige König von Polen aus entsprossen ist[85]) und daher „billig für einen Fremden fürzuziehen wäre . . ." auch könnte sein Sohn die Nichte der Königin heiraten[86]).

Dann wendet sich Friedrich Wilhelm in persönlichstem Tone an Hoverbeck: „Ich eröffne Euch alle meine innersten Gedanken. Ihr wollte solche menagieren und keinem von meinen Räten und Bedienten solches kundtun, denn es unter uns beiden alleine bleiben muß."

In einem PS. wird Hoverbeck dann noch angewiesen, „die Schreiben in dieser materie" in einem besonderen Briefumschlag an den persönlichen Sekretär des Kurfürsten zu senden[87]).

Die große Mehrzahl der Forscher hat, soweit ihnen die Instruktion bekannt war, dieses Schriftstück für eine durchaus ernst gemeinte und charakteristische Aeußerung des Kurfürsten gehalten, der, so kann man die Urteile zusammenfassen, die unten genauer aufgeführt sind, darin seinen Wunsch nach der polnischen Krone in einer seinem feurigen rasch aufwallenden Temperament entsprechenden Weise zu erkennen gegeben hat.

Nur Gollub kommt auf Seite 50 bis 68 seines Buches zu einer gänzlich abweichenden Auffassung.

Er hält die Instruktion für ein Scheinmanöver des Kurfürsten, das unter dem Druck der Preußischen Krise entstanden. Friedrich Wilhelm hätte mit der Anknüpfung von

---

[85]) Vgl. n. 40.

[86]) Anna, Tochter des Pfalzgrafen Eduard von Simmern und Annas von Gonzoga-Nevers, Schwester der Königin.

[87]) Nicht also wie die sonstigen Relationen der Gesandten, die an die kurfürstliche Kanzlei gingen, dort gelesen und dann dem Kurfürsten vorgetragen wurden.

Beziehungen mit dem polnischen Adel, besonders mit Lubomirski durch das Eingehen auf sein Thronangebot, den Preußen jede Hoffnung auf Unterstützung von Polen her nehmen wollen. (Seite 53 ff, 59 ff.)

Dies schließt Gollub, da nach ihm (Seite 66) persönliche Aeußerungen Friedrich Wilhelms für seine Motive bei der Bewerbung um die Polenkrone fehlten, aus folgenden Ueberlegungen:

1. das Angebot des Kurfürsten an Polen, Preußens Souveränität wieder aufzugeben, könne nicht ernst gemeint sein, da Friedrich Wilhelm grade zur selben Zeit mit England und Frankreich über die Ratifikation des Olivaer Friedens verhandelte. (Seite 56.)
2. Die vom Kurfürsten angebotene Vermählung seines Sohnes Friedrich mit der Nichte der Polenkönigin sollte nur ein Lockmittel für die Königin gewesen sein, falls sie doch etwas von dem geheimen Schreiben erfahren hätte. Denn Friedrich Wilhelm war damals erst vier und Anna 13 Jahre. Zudem hätte der Kurfürst niemals die im Falle einer polnischen Heirat notwendige Konvertierung seines Sohnes zugelassen. (Seite 58 ff.)
3. Friedrich Wilhelm habe die Stellung eines polnischen Wahlkönigs verachtet. (Seite 67.)
4. Endlich sei nirgends eine Wirkung der Instruktion zu spüren. Hoverbeck hatte sie am 11. 5. empfangen. Am 23. 5. 1661 hatte er mit Lubomirski die erste Unterredung nach seiner Rückkehr nach Warschau von seinem Gute Hohenstein in der Neumark, wo er vom 13. 4. bis 11. 5. 1661 geweilt hatte[89]). Der Marschall wollte an diesem Tage (23. 5.) von Hoverbeck die Ansichten des Kurfürsten über die Wahl hören. Hoverbeck aber hätte nach seinem Berichte über diese Konferenz[90]) nichts davon verlauten lassen[91]). (Seite 65.)

Den Gründen Gollubs kann nun aus folgenden Ueberlegungen nicht stattgegeben werden:

1. Warum sollte Friedrich Wilhelm, wenn er den Gedanken einer Thronbesteigung und der Wiederaufgabe der preußischen Souveränität dafür nur erwägt, die offiziellen Ratifikationsverhandlungen mit Frankreich und England um einer bloßen Aussicht willen abbrechen?
2. Friedrich Wilhelm hat nicht so sehr an eine Vermählung als vielmehr an eine Verlobung seines Sohnes mit der Nichte der Königin gedacht. Im Wortlaut der Instruktion heißt es auch nur: Es „kuntte eine Heiradt . . . getroffen", d. h. verabredet, „werden". Solche Eheanbahnungen zwischen Fürstenkindern um politischer Zwecke willen waren bekanntlich zur damaligen Zeit an der Tagesordnung. Gollub wendet weiter das Religionshindernis ein. Aber Friedrich Wilhelm hoffte gerade wie er zwei Wochen später an Schwerin schreibt,

---

[89]) Vgl. Hein, S. 130 f.

[90]) Gollub, 139.

[91]) Zur Auffassung Gollubs von den Briefen der Kurfürstin aus diesen Monaten siehe den Exkurs.

daß die Polen angesichts so „großer Offerten . . . . . den Punkt der Religion fahren lassen" würden"[92]).

3. Für die Verachtung des Kurfürsten für den polnischen Königsthron beruft sich Gollub auf jene Worte, mit denen der Kurfürst das Thronangebot der Königin 1658 abgelehnt hatte: Es sei Schicksal der Polenkönige andere zwar glücklich zu machen, es selbst aber nicht zu sein. Gollub beachtet jedoch nicht, daß der Kurfürst die Krone damals zurückweisen mußte. Was kostete es ihm, gerade zur Verdeckung der Zwangslage, aus der heraus er so handelte, dies nun möglichst geringschätzig zu tun.

4. Schließlich habe Hoverbeck nach seinem Berichte vom 23. 5. 1661 mit Lubomirski nicht weiter über die Wahlfrage verhandelt. Gollub vergißt jedoch, daß Hoverbeck gemäß dem PS. der Instruktion vom 26. IV. die Schreiben in der geheimen Angelegenheit nicht in der Art seiner sonstigen Relationen nach Berlin senden sollte. Der Bericht vom 23. 5. 1661 aber ist eine gewöhnliche Relation, wie sie Hoverbeck ständig an die kurfürstliche Kanzlei sandte und kein geheimes Schreiben an den Sekretär des Kurfürsten: Es konnte demnach auch darin nichts von dem „Geheimen Werke" enthalten sein. Weiter ergibt sich aber aus dem Texte dieser Relation: Nicht nur Hoverbeck, der allein um die Sache wissen sollte, sondern „die kurfürstlichen Gesandten" also auch Hoverbecks Mitgesandter Ullrich von Dobrzenski, hatten beim Marschall Audienz.

Gollubs Deutung erscheint aus folgendem Grunde von vornherein wenig wahrscheinlich. Es liegt eine persönlichste Aeußerung des Kurfürsten vor: Er eröffnete seinem Diener „alle seine innersten Gedanken". Hoverbeck sollte die Angelegenheit völlig geheimhalten. Ist es nicht schon wenig glaublich, daß der Kurfürst seinen alten Vertrauten und Hauptberater in der polnischen Politik mit einem Scheinmanöver hintergeht? Und was hätte Friedrich Wilhelm, selbst wenn dem schon so gewesen wäre, mit einer Geheimhaltung der Instruktion auch erreichen können? Sie hätte doch auf die Preußen nur dann beruhigend wirken können, wenn ihr Inhalt irgendwie bekannt geworden wäre.

Aber auch den wenigen Beratern, die außer Hoverbeck noch ins Vertrauen gezogen waren, dem Prinzen von Anhalt, dem Fürsten Radziwill und vor allem von dem Freiherrn Otto von Schwerin, der als preuß. Oberpräsident im Mittelpunkt der Opposition der Stände, in Königsberg saß, war strengste Geheimhaltung auferlegt"[93]).

Und schließlich nicht zuletzt die aufrichtige Betonung der Glaubenstreue in der Instruktion die Möglichkeit eines Scheinmanövers vollends aus? Wäre der Kurfürst nur darauf ausgegangen, so wäre er zum Schein ganz auf die polnischen Vorschläge eingegangen und hätte nicht von sich den ganzen

---

[92]) Am 17. Mai 1661, UA., IX, 825 f.
[93]) UA., IX, 824.

Verhandlungen durch die Conditio religionis sine qua non eine deutliche Grenze gesetzt.

Veranlassung zum Versuche einer „Deutung" gibt allerdings der Umstand, daß Friedrich Wilhelm sich über die Motive seiner Kronbewerbung in der Instruktion nicht äußert — mit Ausnahme der allgemeinen Bemerkung, daß sich viele bei itziger Wahl angeben.

Daher mögen zur Untersuchung der wirklichen Beweggründe Friedrich Wilhelms die übrigen Aktenstücke dieser Zeit, also des Frühling und Sommers 1661, herangezogen werden.

Hierbei soll zu folgenden weiteren Ansichten Gollubs über die Bewerbung des Kurfürsten von 1661 im ganzen Stellung genommen werden.

Gollub meint nämlich, daß ebenso, wie die Instruktion vom 26. 4., die ganze Kandidatur des Kurfürsten 1661 bis 1662 (über deren Verlauf gleich berichtet werden wird), nur aus der Sorge um Preußen zu erklären sei. Zwar könne man dies für die Zeit vom 26. 4., also von jener Instruktion ab, bis zum 27. 6. 1661 aus Mangel an Quellen nicht ganz sicher behaupten. Am 27. 6. nämlich schrieb der Kurfürst an Schwerin: „Was das negotium in Polen betrifft, ist zu wünschen, daß es auf dem alten Fuß möge gerichtet werden[94])", womit der Kurfürst also von jeder weiteren Verhandlung über seine Kandidatur Abstand zu nehmen befahl. Aber man könnte annehmen, daß auch für diesen Zeitraum die Kandidatur vom Kurfürsten nur als Mittel zum Zwecke der Beruhigung und Sicherung Preußens gedacht worden sei. (Seite 66 ff.)

Gollub kann auch diese These nicht urkundlich belegen. Er stützt sie einmal auf die Entstehungsgründe, die er schon für die Instruktion vom 26. 4. annahm, nämlich die preußische Krise. Dann meint er, indem er auf die Haltung Friedrich Wilhelms bei den 1667 erfolgten Thronangeboten des polnischen Adels 1667 hinweist: Damals sei Friedrich Wilhelm von jeder Sorge um Preußen befreit, auf die Krone nicht mehr zurückgekommen, weil er sie nicht mehr brauchte. (Seite 66 ff.) Daß diese Anschauung nicht haltbar ist, wird auf Seite 45 nachgewiesen werden.

Zum Schluß wendet Gollub zwar selber zweifelnd ein: Es bestand für Friedrich Wilhelm nun durchaus nicht die unbedingte Notwendigkeit, die so dringende Sicherung Preußens auf einem solchen Umwege zu suchen (Seite 67). Eine tatsächliche Wahl hätte er abgelehnt. „Nur", und darin schließt sich Gollub der vor ihm von D r o y s e n[95]) vertretenen Ansicht an (der übrigens die Instruktion vom 26. 4. noch nicht kannte „die Sorge um Preußen habe den Kurfürsten gezwungen, den Antrag der polnischen Krone nicht völlig zurückzuweisen." (Seite 68.)

Zunächst ist überhaupt nicht einzusehen, wie der Kurfürst mit einer Bewerbung um die polnische Krone die Preußen hätte beruhigen können. Der „Tirann" hätte wohl mit der Absicht, Polen, die letzte Zuflucht der Malcontenten, ebenso

---

[94]) UA., IX, 829.

[95]) A. a. O., Bd. III, Abt. 2 (2. Auflage, 1871), 395.

wie Preußen zu unterjochen, den entschiedensten Widerstand bei den Ständen hervorgerufen.

Oder hat der Kurfürst etwa eine von Polen her drohende Einmischung in die preußische Krise mit seiner Bewerbung verhindern wollen? Die Republik lag völlig ohnmächtig darnieder, und nichts ist für das Kräfteverhältnis zwischen Brandenburg und Polen bezeichnender, als daß auf Verlangen Friedrich Wilhelms Johann Kasimir den Ständen 1661 und 1662 mehrere offizielle Schreiben sandte, worin er sie zur Ruhe mahnte, und auf die zu Recht bestehende Souveränität des Kurfürsten hinwies[96]). Ebenso mußte später der Hof dulden, daß der Kurfürst im Oktober 1662 mit Truppenmacht die Königsberger Aufständischen zur Ruhe brachte. Von der Hofpartei war also ein tatsächliches Eingreifen in Preußen nicht zu befürchten, zumal der Adel unter Lubomirski zum Kurfürsten hielt. Hier ist es nun gerade bezeichnend, daß der Marschall gerade im Interesse der brandenburgischen Kandidatur zum friedlichen Ausgleich mit den Preußen riet. Er hielt also den preußischen Konflikt für keine ernstliche Bedrohung der ständischen Libertät durch den Kurfürsten, denn einen absolutistischen Fürsten hätte er nie als seinen Kandidaten aufgestellt.

Selbst wenn Friedrich Wilhelm jedoch dem Hofe mit seiner Kandidatur ein Scheinmanöver hätte vorführen wollen: Die Geheimhaltung der Instruktion vom 26. IV. wäre da nicht am Platze gewesen. Tatsächlich hat das Königspaar erst 1662 von den Verhandlungen zwischen Friedrich Wilhelm, Hoverbeck und Lubomirski erfahren[97]).

Weiter ist die Frage zu stellen, wie der Kurfürst die Gefährlichkeit des preußischen Konflikts einschätzte. Schwerin, der Oberpräsident von Preußen, bat ihn am 1. VII. 1661 inständig, sich von den polnischen Affairen ab und den preußischen zuzuwenden[98]). Er hielt also die polnischen Pläne für ernst gemeint, sah sie aber als Ablenkung des Kurfürsten von Preußen an. In der Tat sollte es sich durch die lange Dauer des Konfliktes schwer rächen, daß Friedrich Wilhelm die Stände nicht von vornherein stark anpackte[99]). Das erklärt sich aber eben daraus, daß der Kurfürst, auf jenen Rat von Lubomirski hin das eiserne Joch der Stände im Interesse eines „landabilis ambitus" der brandenburgischen Kandidatur mildern wollte.

Aus allen diesen Ueberlegungen heraus ist also gar nicht zweifelhaft, daß der Preußische Konflikt zu einem derartigen Vorgehen Friedrich Wilhelms niemals hat Veranlassung sein können.

Verfolgen wir nun die weiteren Ereignisse durch die Akten hindurch, die zunächst bis zum 27. 6. berichten; jene Zeitspanne, die nach Gollub wegen des spärlichen Materials n i c h t g a n z klar die Sorge des Kurfürsten um Preußen als Veranlassung seiner Kandidatur hervortreten läßt.

---

[96]) UA., XV, 513 ff.; Baczko, V, 482 ff.

[97]) Vgl. S. 32.

[98]) UA., XV, 510 ff.

[99]) Vgl. H. Rachel a. a. O., 26.

Für den auf Anfang Mai festgesetzten Wahlreichstag instruierte Friedrich Wilhelm seine beiden Vertreter in Warschau[101]), zuerst auf die Verhinderung einer Wahl hinzuwirken, sollte dies aber unmöglich sein, so wäre dem Kurfürsten die Wahl eines nicht gar zu mächtigen Subjecti, das am besten ein deutscher Fürst sein würde, am angenehmsten. Wiederum eine deutliche Spitze gegen die französische Kandiatur.

Selbstverständlich konnte Friedrich Wilhelm in diesem Schreiben an beide Gesandte nichts mehr über die geheime Affaire als diesen allgemeinen Hinweis auf einen deutschen Fürsten verlauten lassen.

Schwerin befahl der Kurfürst unter gleichzeitiger Uebersendung der Instruktion vom 26. 4. 1661 am 4. Mai, „die Sache" geheim zu halten, damit der polnische Hof „keine jalousie for der Zeit" fasse[102]). Am 17. 5. sandte Friedrich Wilhelm jenes bereits auf Seite 24 erwähnte Schreiben: Er hoffte, die Polen würden angesichts seiner „Offerten" auf einen Glaubenswechsel verzichten. Denn auf keinen Fall würde er „das Zeitliche für das Ewige begehren". Hieraus ergibt sich doch ganz klar (vgl. auch Petersdorf auf Seite 137 seines Buches), daß Friedrich Wilhelm weiter auf einen Erfolg der Verhandlungen Hoverbecks mit dem Marschall im Sinne der Instruktion vom 26. IV. hoffte. Oder es bliebe die ganz unwahrscheinliche Annahme, daß der Kurfürst auch seinen vertrautesten Minister Schwerin mit einem Scheinmanöver hintergangen hätte. Unwahrscheinlich deshalb, weil, wie schon gesagt, auch Schwerin, der doch in Königsberg selbst am ehesten auf die Preußen hätte mit der Bekanntgabe der brandenburgischen Kandidatur beruhigend wirken können, — wenn dies eben ihr Zweck gewesen wäre —, die Sache geheim halten sollte.

Am 17. 5. forderte Friedrich Wilhelm weiter die Gesandten in Warschau ausdrücklich auf, zusammen mit dem dortigen österreichischen Gesandten Baron de Lisola der französischen Kandidatur entgegen zuarbeiten[103]).

In den Mai bis Juni fallen auch die Briefe der Kurfürstin Louise Henriette an Schwerin, die im Exkurs am Schlusse dieser Arbeit näher behandelt sind: Die Kurfürstin befürchtete daß ihr Gemahl sich um des Erwerbs der polnischen Krone willen mit der Absicht eines Glaubenswechsels trage. Ob die Kurfürstin zu ihren Sorgen wirklich Veranlassung gehabt hat, ist, wie die Untersuchung ergab, nicht sicher zu entscheiden: Immerhin ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Friedrich Wilhelm, impulsiv und feurig, wie er war, von dem Wunsche nach der Königskrone so ergriffen wurde, daß er eine kurze Zeit in seiner religiösen Ueberzeugung geschwankt hat.

In Polen kam indes das „Wahlnegotium" nicht vorwärts. Der Adel bereitete der Königin unüberwindliche Schwierigkeiten[104]). Schon fürchtete der Kurfürst, daß sich „frembde Chronen" — natürlich ist wieder Frankreich gemeint — darein-

---

[101]) UA., IX, 238 ff.

[102]) UA., IX, 824, vgl. oben S. 24.

[103]) UA., IX, 245 f.

[104]) Berichte Hoverbecks vom 4. und 7. Juni 1661; UA., IX, 257 u. 259.

mischen möchten[105]): Daher möge nur alles wieder „auf den alten Fuß" gerichtet werden; vielleicht könnte man sogar der Königin selbst die Nachfolge nach Johann Kasimirs Tode anbieten.

Hoverbeck muß währenddessen (entgegen Gollubs Annahme) mit dem Marschall im Sinne der Instruktion vom 26. 4. verhandelt haben. Am 5. 7. 1661 teilt er nach Berlin mit, Lubomirski[105*] trage sich mit dem Gedanken einer bayerischen Kandidatur, trotzdem bezeige er sich von Tag zu Tag dem Kurfürsten mehr zugetan[106]).

Lubomirski wollte also mit der Androhung der bayerischen Kandidatur den Kurfürsten zum Nachgeben in der Glaubensfrage veranlassen: Denn ohne einen Religionswechsel war die brandenburgische Kandidatur aussichtslos.

Endgültig scheiterte dann im Juli der ganze Wahlplan am Widerstand des Adels[107]) unt der Armee, die sich gegen den Hof wegen der langen Verzögerung ihrer Entlöhnung verbunden hatte und die königlichen Güter plünderte[108]). Auf dem Reichstag wurde Johann Kasimirs Antrag auf Wahl eines Nachfolgers zu seinen Lebzeiten abgelehnt[109]). (4. Juli.)

Die These Gollubs hat sich also in keiner Weise bestätigt: Gerade aus der Untersuchung der Berichte vom 26. 4. bis 21. 7. geht hervor, daß der Kurfürst aus Besorgnis vor einer französischen Kandidatur[110]) zu der polnischen Thronfolge Stellung genommen, und sich, auf das Thronangebot Lubomirskis hin, wie die Briefe an Schwerin vor allem zeigen, ernstliche Hoffnungen auf den polnischen Thron gemacht hat. Weder ist die preußische Krise dazu irgendwie Veranlassung gewesen, noch hat (Hoverbecks Bericht vom 23. 6. beweist das Gegenteil) die Instruktion keine weiteren Verhandlungen über die brandenburgische Kandidatur mit dem Marschall nach sich gezogen hat.

Auch die Betrachtung der Haltung Friedrich Wilhelms im weiteren Verlauf der polnischen Wahlfrage bestätigt die Ansicht Gollubs nicht.

Das Wahlprojekt lebte nämlich schon kurze Zeit nach dem Reichstage wieder auf[111]).

---

[105]) UA., IX, 828 f.

[105*]) Hier ist „Krongroßmarschall" im Text zu lesen, vgl. Gollub, 129.

[106]) UA., IX, 278; Gollub (S. 63): „Da überdies von polnischen Unterhändlern auch nicht die geringste Spur zu finden ist, wird man . . . schließen können, daß es sich nur um Beratungen zwischen dem Kurfürsten, Schwerin, . . . Hoverbeck und anderen Vertrauten gehandelt hat." Der hier mitgeteilte Brief widerlegt das und zeigt, daß gar keine Schwierigkeit besteht: Verhandelt wurde zwischen Hoverbeck und Lubomirski.

[107]) Bericht Hoverbecks vom 5. Juli, U.A., IX, 271 ff.

[108]) UA., IX, 249, 264, 268.

[109]) Gollub (S. 66): „Aber auch nach dem 5. Juli finden wir nicht die geringste Wirkung der Instruktion vom 26. IV. . . .". — Eben weil der ganzen Wahlsache jetzt der Boden entzogen war. Daher auch die Erklärung Hoverbecks in diesen Tagen, der Kurfürst erstrebe als evangelischer Fürst nicht die Krone (UA., IX, 284).

[110]) UA., IX, 201, 245 f.; angedeutet 178, 243, 829 f.

[111]) Vgl. die Ber. Hoverbecks vom Juli u. August 1661, UA., IX.

Im September 1661 schloß Frankreich mit Schweden, das schon während des ganzen Sommers unruhig gewesen war, einen Geheimvertrag: Schweden verpflichtete sich gegen reichliche Subsidien, die Kandidatur Enghiens in Polen gegebenenfalls mit 12 000 Mann zu unterstützen. Nach einem „Secret Artikel" zu diesem Abkommen wollten die Verbündeten besonders gegen eine österreichische, brandenburgische oder auch moskauische Kandidatur wirken[112]).

Das französisch-schwedische Bündnis mußte in erster Linie den Kurfürsten beunruhigen[113]), zumal seine Länder gerade zwischen den Verbündeten lagen. Von den Schweden her hatte Friedrich Wilhelm den ganzen Sommer 1661 über einen Angriff auf Preußen befürchtet[114]). Allerdings war seine Sorge grundlos: Gerade damals machte sich in Schweden eine von Frankreich ablenkende Strömung mehr und mehr geltend[115]), wodurch auch schließlich das Geheimabkommen wirkungslos blieb. ließ.

Vorerst aber konnte der Kurfürst angesichts der neuen Absicht Frankreichs auf Polen nicht stille sitzen.

Am 1. 11. 1661 wies er, jetzt wieder in Berlin, Hoverbeck an, mit Lubomirski wieder „vertrauliche Korrespondenz aufzunehmen[116])". Gleichzeitig verstand es Friedrich Wilhelm, eine neue innerpolnische Krise geschickt gegen die Königin auszunutzen.

Die Armeen hatten (vgl. Seite 28) ihren rückständigen Sold nicht erhalten. Sie „konfederierten" sich gegen den Hof und verheerten die Krongüter. Ermland und das königliche Preußen wurden in eine „Wüste Arabiens" verwandelt. Doch hatten die Ligisten den Kurfürsten sonderbaren Respekt zugetragen, auf dem Durchzug durch seine Lande niemanden gekränkt, und alles mit Gold bezahlt[117])."

Friedrich Wilhelm hatte nämlich auch mit der Armee angeknüpft. Beide verband die Gegnerschaft gegen Marie Louise, die ihren Truppen den Sold vorenthielt und gegen das Interesse des Adels und des Kurfürsten ihre französische Wahlpolitik betrieb. Die Aufständischen haben denn auch bis zu ihrer Auflösung 1663 immerfort mit dem Kurfürsten gute Beziehungen unterhalten[119]). So haben sie auch den königstreuen General Czarnecki verhindert, einem „Frühstück" im herzoglichen Preußen zuzusprechen, zu dem ihn die Stände eingeladen hatten[120]).

Nun versuchte Ludwig XIV. selbst, den Widerstand des Kurfürsten gegen die französische Bewerbung zu beseitigen. Im Januar 1662 wurde der Gesandte de Lesseins nach Berlin mit zwei Aufträgen geschickt, die nicht von einander getrennt werden sollten: Einmal den Kurfürsten von Habsburg abzu-

---

[112]) Vgl. u. a. bei Walewski, II, LXXIX.
[113]) Vgl. Stos., 242.
[114]) Vgl. UA., IX, 243, n. 2, u. 731.
[115]) Vgl. Arnheim a. a. O., 193.
[116]) UA., IX, 309.
[117]) UA., IX, 310.
[119]) Vgl. UA., IX, 354 ff., 382 f.; Gollub, 79, 137.
[120]) UA., IX, 386 f.

ziehen und zum Eintritt in den Rheinbund zu bewegen, und zweitens mit Frankreich und Schweden zusammen Enghiens Wahl in Polen durchzusetzen[121]). Auch erbot sich Ludwig XIV. beim Gelingen der französischen Wahlabsicht zur Garantie der brandenburgischen Souveränität in Preußen[122]). Pufendorf bemerkt hierzu treffend, wie wenig auf solche Versprechungen zu geben war[123]).

Schon nach kurzer Zeit berichtete de Lesseins nach Paris von der entschiedenen Abneigung des Kurfürsten gegen diese Forderungen und vermutete auch schon, daß der Kurfürst selber Absichten auf die Krone hege[124]).

Er sondierte den Kurfürsten daraufhin: Bei einer Audienz erzählte er ihm unvermittelt, der Schwedenkönig sei krank und im Falle seines Todes winke ihm, Friedrich Wilhelm die dortige Krone. Der Kurfürst unterbrach ihn unwirsch, „indem er die Farbe wechselte": Er wünsche nicht nach Schweden zu gehen. Aber dabei, so schien es de Lesseins doch, war der Kurfürst sehr verlegen[125]).

Friedrich Wilhelm hatte aber auch den Verdacht des Gesandten gemerkt und wollte ihn davon durch folgendes Manöver ablenken.

Er ließ ihm durch den Prinzen von Anhalt von jenem Besuch der Königin Marie Louise in Berlin mitteilen: Damals schon habe der Kurfürst die von ihr angebotene Krone und zwar aus Gründen der Religion abgelehnt[126]). Doch der Franzose argwöhnte, wie er nach Paris schrieb, „daß dieses nur gesagt war, um mich hinters Licht zu führen". Bald erfuhr er auch, daß der Kurfürst Beziehungen mit der konföderierten Armee, und besonders mit den Calvinisten unter ihnen[126*]) angeknüpft hatte, und daß man am Berliner Hofe die polnischen Ereignisse mit gespanntem freugen Eifer verfolgte.

De Lessein kam auch weiterhin mit seinem Auftrage nicht vorwärts. Der Kurfürst war gegen jede Annäherung an Frankreich, besonders in der polnischen Angelegenheit. Der Königin, seiner Feindin, könnte er nicht behilflich sein[127]. De Lesseins Berichte lauteten weiter beunruhigend: Als polnische und Danziger Gazetten verbreiteten, Johann Kasimir sei tot, baue der Kurfürst schon tausend Luftschlösser darauf und hoffe auf die Trennung Litauens von Polen. Auch weise er die Schmeicheleien seiner Höflinge, daß die Litauer ihn dann zum Großfürsten wählen würden, nicht zurück[128]).

---

[121]) Vgl. UA., IX, 599, und Recueil, XVI, 67 ff.; Pufend., IX, 34 ff.

[122]) Recueil, XVI, 81, UA., II, 258.

[123]) A. a. O., IX, 45.

[124]) UA., II, 246 ff.

[125]) UA., II, 249 ff.

[126]) Anhalt sagt dem Franzosen auch (s. vor. Note), die Reise der Königin hätte vor zwei bis drei Jahren stattgefunden. In Wirklichkeit waren es vier Jahre. Man wollte also die ablehnende Haltung des Kurfürsten als möglichst unmittelbar erfolgt hinstellen.

[126*]) Unter denen zwei ehemalige Pagen des Kurfürsten waren; UA., IX, 349, 354, 335.

[127]) Vgl. UA., II, 254.

[128]) UA., II, 257 ff.

Ludwig XIV. war infolge der Berichte seines Gesandten sehr besorgt und wollte er schon zufrieden sein, wenn der nächste Reichstag, der zur Entlohnung der Armee anberaumt war, der ganzen Konföderation und damit den brandenburgischen Thronabsichten den Boden entziehen würde[128*]).

Schwärzer sah die Lage de Lumbres, der fanzösische Gesandte in Warschau: Alles was man noch tun könne, sei jetzt nur noch, die Wahl zu Lebzeiten Johann Kasimirs überhaupt zu verhindern[129]).

Im März entsandte Friedrich Wilhelm an die polnischen Truppen einen preußischen Edelmann, der ihnen darlegen sollte, daß der Kurfürst großes Vertrauen auf ihren Aufstand setze; zugleich hatte er an die Häupter der Armee und an Lubomirski wertvolle Geschenke zu übermitteln. De Lessein, der darüber berichtete[130]), war nun überzeugt, daß der Kurfürst mit Hilfe der ihm freundlich gesinnten „Bündner" den polnischen Thron zu besteigen hoffte[131]). Als die Nachricht aus Polen kam, der dortige Adel würde die Wahl zu Lebzeiten Johann Kasimirs und damit die französische Thronbesteigung verhindern, rief der Kurfürst voller Freude aus: „Der Herzog von Enghien wird nicht König werden und die Königin nicht zu ihrem Ziele kommen[132])."

Wiederum zeigt sich hier deutlich die Richtung der brandenburgisch-polnischen Beziehungen von 1662 gegen die französischen Absichten auf Polen.

Im März berichtete de Lessein noch einmal[133]) der Kurfürst trage sich, nachdem er schon 1661 den Konföderierten seinen Religionswechsel angeboten habe, wiederum mit derselben Absicht um einer polnischen Kronerwerbung willen. Die Kurfürstin sei aus Angst darüber krank geworden, dem Kurfürsten jedoch lägen die polnischen Angelegenheiten mehr denn je am Herzen[134]).

Aus Paris bekam de Lessein Ende März Anweisung zur Trennung der beiden Punkte seiner Mission: wenigstens in der Rheinbundfrage sollte er zu einem Ergebnis kommen[134*]).

Doch riet der Gesandte auf das entschiedenste davon ab: Eine Teilverständigung über die deutschen Angelegenheiten würde den Thronabsichten des Kurfürsten freies Spiel gewähren; nur die drohende Haltung der französisch-schwedischen Koalition könnte Brandenburg von einem Eingreifen in Polen zugunsten der Konföderierten und von seinen weiteren Bemühungen um den Thron abschrecken[135]).

Er unternahm dann noch einen letzten Versuch zu einer Einigung mit dem Kurfürsten wegen der französischen Kandidatur. Anhalt, mit dem er darüber konferierte, wich aus: Bei dem jetzigen Stand der Dinge könne sich der Kurfürst

---

128*) UA., II, 258 f., 216.
129) UA., II, 258, 266.
130) UA., II, 260.
131) UA., II, 262 f.
132) UA., II, 262 f.
133) Vgl. n. 132.
134) Vgl. hierzu im Exkurs S. 65 f.; UA., II, 267 ff.
134*) UA., II, 267 ff.
135) Memorial de Lesseins vom 4. April 1662; UA., II, 272 f.

nicht festlegen. De Lessein entgegnete darauf: Mit dieser „Constitution" sei es nicht abgetan; der Kurfürst könne doch unmöglich zwischen Frankreich und Oesterreich parteilos bleiben, wenn er nicht selbst die Krone „prätendiere". Anhalt sagte weder ja noch nein: Der Kurfürst wisse wohl, daß von allen möglichen Bewerbern die Rede sei[136]).

De Lessein hat dann beleidigt[137]) und ohne den geringsten Erfolg Ende April den Berliner Hof verlassen[138]).

Um dieselbe Zeit hatte der Kurfürst seine Beziehungen zu den Gegnern der französischen Wahl in Polen und besonders zu Lubomirski immer enger gestaltet. Die „Ligisten" bezeigten im April den Wunsch, ihn zum König zu wählen[139]), der Erzbischof Lescynski und sein Bruder, der Unterkanzler, waren neben anderen einflußreichen Magnaten[140]) eifrig um die Interessen des Kurfürsten bemüht[141]).

Wieder bot ihm Lubomirski den Thron an, allerdings „mit condition einiger Messe". Wäre der Kurfürst erst katholisch, dann würden er und sein Bruder, die man beide „vor Brandenburgisch ausrufe, sich ungescheut vor denselben declarieren[142]").

Am 1. Mai kam ein neuer Reichstag zum Schluß, ohne daß die Frage der Wahl oder der Löhnung der Armee zu einer Klärung gebracht war[143]). Nun brach auch bei den Truppen in Groß-Polen der Aufstand los.

Am Hofe fürchtete man den Anmarsch des Kurfürsten mit 24 000 Mann, „um der Armee zu secundieren und sich zum Könige wählen zu lassen[144]).

Das Zutrauen der Aufständischen zum Kurfürsten ging unterdeß so weit, daß sie die „Zahl-Commissionen", die sie entlöhnen sollten, an die brandenburgische Grenze verlegt wissen wollten, um an Friedrich Wilhelm einen Rückhalt gegen die Königin zu haben[145]).

Daß die Armee „so avantageusement" vom Kurfürsten sprach[146]), beunruhigte weiterhin den Hof. Außerdem erfuhr der König jetzt von der Sendung Goltzens und dem Thronangebot Lubomirskis von 1661. Doch versicherte Hoverbeck: der Kurfürst habe seinerzeit nur die Lage sondieren wollen.

Im Juni ließ der Kurfürst durch Hoverbeck dem Hofe und dem Adel die drohende Gefahr einer französischen Invasion in Polen mitteilen[148]): De Lessein hatte zu erkennen gegeben, „wie man mit seinem als einem auswärtigen Könige

---

[136]) UA., IX, 612. —
[137]) Pufendorf, IX, 36.
[138]) UA., II, 276; IX, 345.
[139]) Gollub, 79, n. 3.
[140]) UA., IX, 369.
[141]) Bericht des franz. Residenten in Danzig bei Colson a. a. O., I, 319.
[142]) Hoverbeck an Friedrich Wilhelm am 27. April 1662 bei Gollub, 136.
[143]) UA., IX, 343.
[144]) Stos., 252; UA., IX, 348 f.; Gollub, 139.
[145]) Juni 1662, Gollub, 137 f.
[146]) UA., IX, 354 f.
[148]) UA., IX, 616, n. 2; Gollub, 84, n. 3.

pasciscieret, daß man einen König auch wider der Stände Willen und Gewalt in Polen einführen wollte[149]).“

Vergeblich bemühte sich der Hof, den Kurfürsten bei Lubomirski zu verdächtigen, daß er „sub specie recusantis aufs aller heftigste um die Krone würbe und zwar wolle er es mit Gewalt mit Unterstützung der Conföderierten durchsetzen und . . . . . nach Unterdrückung der Katholischen den Calvinismus einführen.“ Doch der Marschall glaubte dem Gerede nicht und wiederholte: Wollte der Kurfürst nur katholisch werden, „so werde keine Macht der Welt noch Praktik stark genug sein, ihn vom Thron zu ercludieren.“ Er wolle „eher 100 000 Vota für den Kurfürsten als drei für Frankreich erhalten und berge es nicht, daß er in solchem Falle sich zum Caput Factionis machen werde, da er keinen Potentaten in der Welt sehe, der der Republik zerrütteten Staat besser als Brandenburg redressieren könnte[150]).“

Große Teile des Adels, die Armeen, überhaupt die Partei der Frankreichgegner hatten also in diesem Jahre Friedrich Wilhelm zum König gewünscht. Wie sich Friedrich Wilhelm zu diesen Thronangeboten von 1662 stellte, ist nicht klar zu entscheiden. Ein Zeugnis für seinen eifrigen Wunsch nach der Krone wie die Geheiminstruktion vom 26. IV. 1661 fehlt für dieses Jahr, ebenso auch sonstige zustimmende Aeußerungen des Kurfürsten. Vielleicht sah er von vornherein, daß die Verhandlungen wieder wie im Vorjahre an der Glaubensfrage hätten scheitern müssen. Auf jeden Fall hat er die Möglichkeiten nicht von sich gewiesen und gegen die französische Bewerbung ausgenutzt.

Vom Herbst ab hören wir nichts mehr von Verhandlungen über eine Thronbesteigung des Kurfürsten. Die Schweden machten keine Miene zum Einmarsch in Polen. An der vereinten Gegnerschaft des Kurfürsten, des Adels und der Armee war die Wahlabsicht Marie Louises abermals gescheitert.

Nach der Abwendung dieser Gefahr von außen wandte sich der Kurfürst seit dem Jahresende 1662 den inneren Problemen seines Staates zu. Hier hatte sich die Vernachlässigung der preußischen Krise verhängnisvoll ausgewirkt. Der Kurfürst mußte Ende Oktober mit Truppenmacht in Königsberg Ruhe schaffen und erreichte schließlich im Oktober 1663, daß ihm die Stände als erblichen Souverän huldigten.

Diese hier betrachteten Ereignisse ergeben wiederum eine ganz andere Auffassung von den Zusammenhängen als die Gollubs. Die preußischen Verhältnisse riefen in keiner Weise die Absichten des Kurfürsten auf den polnischen Thron hervor. Wohl bestand, wie jetzt nach einer kurzen Zusammenfassung des ausgebreiteten Sachverhalts gezeigt werden soll, eine gewisse Verknüpfung zwischen der polnischen und der preußischen Frage, die schon oben kurz angedeutet wurde, die aber freilich eine ganz andere ist, als wie sie Gollub darstellte.

---

[149]) UA., IX, 358.
[150]) Bericht Hoverbecks vom 15. Juli 1662, UA., IX, 365 f.

c) Zusammenfassung

Im Frieden von Oliva hatte Frankreich den Kurfürsten um die Hälfte seines Siegespreises, um Pommern, gebracht.

Gleich danach drohte es mit Unterstützung des polnischen Hofes den polnischen Thron zu besetzen und so den preußischen Staat zu umklammern.

Zur Abwehr dieser Gefahr verband sich Friedrich Wilhelm mit den Magnaten, die von einem französischen Regiment die Einführung des Absolutismus befürchten mußten. Lubomirski als Führer der Adelspartei bot dem Kurfürsten die Krone als Gegenkandidaten an.

Friedrich Wilhelm zauderte nicht lange. Er mußte gegen Frankreichs Bewerbung Stellung nehmen, zugleich winkte ihm dabei die Aussicht auf einen Thron. Mit einem Schlage hätte er dadurch den Verlust von Oliva um das Vielfache wieder wettmachen können.

Schon sah sich Friedrich Wilhelm, dessen feuriger und fantasiebegabter Charakter von der Aussicht auf eine Königskrone rasch entflammt war, an der Spitze eines mächtigen brandenburgisch-polnischen Reiches. Nur die Religion verhinderte ihn an der Verwirklichung des Planes. Vielleicht hat er da einen Augenblick geschwankt, ob er konvertieren sollte[151]). Aber bald hatte er seine Glaubensfestigkeit zurück: Er begehrte, wenn ihn die Polen vor ein Entweder-Oder stellen sollten, „das Zeitliche für das Ewige immer".

So hoch dieser Entschluß persönlich zu werten ist, — die Krone war damit aufgegeben. Schon drohte Lubomirski die brandenburgische Kandidatur zugunsten einer katholisch-bayerischen fallen zu lassen, als das ganze Wahlnegotium durch den Reichstag im Juli 1661 zu Fall gebracht wurde.

Doch bald lebten die Kandidaturumtriebe durch das französisch-schwedische Geheimabkommen wieder auf. Abermals knüpfte Friedrich Wilhelm dagegen mit den Polen an — und erhielt zum zweiten Male den Thron von ihnen angeboten.

Diesmal war die Stimmung für eine Wahl Friedrich Wilhelms noch größer. Der Adel, die Senatoren, die vom Hof um ihren Sold betrogene Armee traten dafür gegen den französischen Wahlvorschlag ihrer Königin ein.

Wir besitzen für das Jahr 1662 kein ähnliches Zeugnis für die Hoffnungen des Kurfürsten auf den polnischen Thron, wie die Geheiminstruktion von 1661. Vielleicht hat Friedrich Wilhelm auch jetzt, wo die Möglichkeiten für ihn ungleich größere waren, durch Lubomirski besonders auf den Thron zu kommen gehofft[152]). Jedenfalls ist die drohende französisch-polnische Union das Hauptmotiv für die neue Bewerbung des Kurfürsten gewesen.

Wiederum wurden die brandenburgisch-polnischen Verhandlungen wie die Wahlfrage überhaupt durch den Widerstand des Adels und der Armee gegen den Hof gegenstandslos.

Welche Rolle spielten bei den Kandidaturplänen des Kurfürsten die preußische Angelegenheit? Von Polen her war

---

151) Vgl. den Exkurs.
152) Vgl. Hein, 144.

eine Einmischung in Preußen bei der ohnmächtigen Lage des Staates nicht zu fürchten, zumal der Hof sich des Adels zu erwehren hatte, der unter Lubomirski gegen die Wahlpläne der Königin war und den Kurfürsten als Gegenkandidaten in Aussicht genommen hatte.

Lubomirski hatte in diesem Sinne geraten, die preußischen Stände zufriedenzustellen, da dies für eine brandenburgische Wahl günstig ins Gewicht fallen würde.

Friedrich Wilhelm folgte dem Ratschlag des Marschalls, so sehr war ihm an der polnischen Krone gelegen. Schon in der Instruktion vom 26. 4. verwahrt er sich gegen den Vorwurf einer allzustrengen Behandlung der Preußen. Und daß er weiterhin die preußische Angelegenheit im Interesse der polnischen Bewerbung sogar vernachlässigte, davon zeugt der oben erwähnte Brief Schwerins, der die Haltung des Kurfürsten durchaus nicht billigte.

Wenn Friedrich Wilhelm die polnische Krone ernstlich erstrebte, so war eine milde Behandlung der Preußen unerläßlich, denn er durfte den polnischen Adel durch eine absolutistische Politik den Ständen gegenüber nicht von der brandenburgischen Kandidatur abbringen: Um der Krone willen hat Friedrich Wilhelm also die preußische Krise vernachlässigt, jedenfalls nicht so energisch behandelt, wie er es von Anfang an hätte tun müssen, hätte er allein ihre Beseitigung im Auge gehabt.

Mit dieser Beziehung der Dinge aufeinander, gewinnen auch die verschiedenen Probleme wieder ein richtiges Verhältnis zueinander.

Wie hätte der Kurfürst, um der Sicherung Preußens willen, die polnische Krone erstreben können? Selbst Gollub gibt zu, daß die unbedingte Notwendigkeit eines solchen Umweges für den Kurfürsten nicht bestand. Er hat sich dann auch durch die Anknüpfung mit dem polnischen Adel eine Rücksichtnahme auf diesen auferlegt, die nur aus dem Wunsche nach der Krone zu begreifen ist, und die für ihn eine ungeheure Belastung dargestellt hätte, wäre es ihm in erster Linie um die Unterdrückung der Unruhen in Preußen zu tun gewesen.

Gollub sieht das ganze Problem lediglich von der preußischen Frage aus.

Diese Gefahr mußte eben jener größeren, dringenderen einer französischen Einschnürung untergeordnet werden. Erst als die Bemühungen Frankreichs in Polen gescheitert waren, konnte sich Friedrich Wilhelm dem inneren Brandherd zuwenden und ihn ersticken.

Die bisherige Forschung hat die Gründe für das Verhalten des Kurfürsten in ganz verschiedenen Zusammenhang gesehen.

Droysens Ansicht wurde schon kurz erwähnt[153]): Grundmotiv für den Kurfürsten wäre die Sorge um Preußen gewesen.

Meinardus, der Entdecker der Instruktion vom 26. 4. 1661 sah schon, wie er in der Einleitung seiner Publi-

---

[153]) Vgl. S. 25, und zwar 1871.

kation[154]) zum Ausdruck brachte, voraus, daß man bald zu einer anderen Auffassung als der Droysens kommen würde[154]).

Breysig, der im gleichen Jahre wie Meinardus den XV. Band der „Urkunden und Aktenstücke", der auch die Archivalien über die preußischen Vorgänge 1661 bis 1663 enthält, veröffentlichte, hat vielleicht schon die Instruktion vom 26. 4. gekannt: Er erwähnt zwar die Bewerbung des Kurfürsten um die polnische Krone, bringt sie jedoch mit der preußischen Angelegenheit in keinem Zusammenhang[155]).

Daß Friedrich Wilhelm ernsthaft nach der Krone gestrebt hatte, wurde dann von Philippsohn[156]) und Pagès[157]), allerdings ohne Auseinandersetzung mit dem ganzen Problem behauptet.

Genauer hat Waddington[158]) die Frage unter Heranziehung der Geheiminstruktion untersucht. Er fand die Vermutung Meinardus' bestätigt: Der Kurfürst wollte polnischer König werden. Aber dieses Bestreben wertet Waddington als „vent de folie, imprudence, intemperence": Dem kann nicht zugestimmt werden. Der Kurfürst wurde bei seinen Bemühungen um die Krone durch die zwingende französische Umklammerungsgefahr mitbestimmt.

Waddingtons Meinung über die Beweggründe für die Thronbewerbung Friedrich Wilhelms wurde von Hiltebrandt[159]) wiederholt.

Gollubs abweichende Anschauung[160]) wurde nur von Hintze als möglich aufgenommen[161]).

Hein[162]) und Petersdorf[163]) haben dann zuletzt die Frage untersucht. Das Urteil beider Forscher ist von dem Gollubs durchaus abweichend. Hein hat die Bewerbung Friedrich Wilhelms als durchaus ernst angesehen und keine Veranlassung durch die preußische Krise festgestellt. Petersdorff hat Gollubs Ansicht ausdrücklich zurückgewiesen.

---

[154]) A. a. O., S. 61 ff., 1894.
[155]) Besonders S. 462.
[156]) In „Der Große Kurfürst", 1903, Bd. II, S. 12 ff.
[157]) 1905, S. 55 ff.
[158]) 1908, besonders S. 84 f., Bd. II.
[159]) 1908, in PHI., XI, S. 331 f.
[160]) 1914.
[161]) 1915, S. 212.
[162]) 1925, S. 144.
[163]) 1926, S. 137.

V.

Kandidaturgerüchte und polnische Thronangebote 1664 – 1669

Von noch nicht angegebenen Werken:

Quellen:

Ph. Hiltebrandt: „Preußen und die römische Kurie“[164], Bd. I, 1910.
Frd. Hirsch: „Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1669“, Danziger Gesandtschaftsberichte 1668—1669 (in: „Zeitschrift des Westpreußischen Geschichts-Vereins“, Heft 25, 1889[165]).
Joachim Jerlicz: „Latopisiek“ (Jahreschronik), hrsg. v. KW. Woicicki, 1853.
Küntzel-Haß: „Politische Testamente der Hohenzollern“, Bd. 1, 1919 (in: „Quellensammlung zur deutschen Geschichte“, hrsg. v. E. Brandenburg und G. Seeliger).
W. Lòs: „Pamietniki 1646—1676“, ed 1858.
Vetera Monumenta Poloniae et Lithuaniae ....“, hrsg. v. A. Theiner, Teil III: 1585—1686, ed. 1863.
Marquis de Pomponne: „Mémoires . . . .“, ed. par I. Mavidal, Teil I bis II, 1860.
„Relacye Nuncyaszow Apostolkich od Roku“ 1548—1690, Teil II, 1864.
„Urkunden und Aktenstücke“, Bd. XI, hrsg. v. F. Hirsch, 1867; Bd. XII, hrsg. v. F. Hirsch, 1892; Bd. XIV, hrsg. v. A. F. Pribram, 1890—91.

Literatur:

S. Celischowski: „De fontibus . . ad abdicationem Joannis Casimir“, 1871.
Wictor Czermak: „Sprawa Lubomirskiego w roku 1664“ (Prozeß gegen Lubomirski), 1866.
W. Czermak: „Komiec Lubom“ (Ende Lub.) (in: „Kwartalnik historyczni“ IV, 1890).
J. G. Droysen: „Zur Kritik Pufendorfs“ (in: Droysens „Abhandlungen zur neueren Geschichte“, 1876. S. 307—386).
R. Hassenkamp: „Die Bewerbung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg um die polnische Krone“ (in: „Zeitschrift der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen“, Bd. XI, 1876, S. 275, b. 320).
Oscar Krebs: „Vorgeschichte und Ausgang der polnischen Königswahl im Jahre 1669“ (in: „Zeitschrift der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen“, Bd. III, 1888, S. 151—210).
Gottfried Lengnich: „Geschichte der preußischen Lande polnischen Anteils von 1526 bifl 1748“, Bd. VIII, 1748.
Zaluski: „Epistolae historico-familiares 1709—10“.

a) Polen 1663 bis 1669

Nachdem Marie Louisens Wahlpläne wiederum gescheitert waren, versuchte sie zuerst, ihre Gegner in Polen selbst loszuwerden.

Im Sommer 1663 gelang ihr die Auflösung der Konföderierten, die mit 4½ statt der von ihnen geforderten 32 Millionen abgefunden wurden.

---

[164]) Abgekürzt: PRK.
[165]) Abgekürzt: Westpr. 25.

Dann ließ sie Lubomirski, ihrem Hauptgegner, den Prozeß wegen Rebellion und Majestätsverletzung durch einen von ihr zusammengesetzten Gerichtshof machen, der gegen den Marschall auf Todesstrafe und Konfiskation seiner Güter erkannte (Dezember 1664). Aber der Reichstag, der damals tagte, erklärte sich mit überwiegender Mehrheit für den Marschall und verwarf die Gerichtsbeschlüsse. (Januar 1665).

Als die Königin trotzdem das Urteil vollstrecken lassen wollte, floh Lubomirski nach Breslau und begann von hier aus mit geheimer Unterstützung Oesterreichs und Brandenburgs[166]) den Krieg gegen den Hof, nachdem der Kurfürst durch Hoverbeck vergeblich für ihn am Warschauer Hof zu vermitteln gesucht hatte[167]).

Im September 1665 schlug Lubomirski die königlichen Truppen entscheidend, worauf der Hof nachgab und Frieden mit ihm schloß. (Ende 1665). Das Urteil gegen ihn wurde aufgehoben; dafür sollte der nächste auf den Februar 1666 anberaumte Reichstag über den Marschall zu Gericht sitzen, der außerhalb des Landes den Spruch abzuwarten sich verpflichtete. Der König versprach hingegen, die Konstitution künftig zu respektieren und nicht mehr eine Wahl zu seinen Lebzeiten zu betreiben[168]).

Doch diese Zusicherung wurde vom Hof nicht eingehalten. Kaum war man den Marschall los, als die Wahlumtriebe von neuem begannen.

Auch vorher hatte Marie Louise im stillen ihre Fäden weiter gesponnen. Im Dezember 1663 hatte sie ihre Nichte Anna nach vorheriger Adoption mit dem Herzog von Enghien vermählt, und Ludwig XIV. rechnete jetzt darauf, daß, wenn auch der Herzog von der Königin adoptiert würde, die Nachfolge in Polen Frankreich nicht mehr zu nehmen wäre[169]).

Jetzt, nach dem Frieden von 1665, bereitete Frankreich und der Hof den entscheidenden Schlag vor. 1666 sollte unter dem Prinzen Condé (für dessen Kandidatur man sich jetzt entschieden hatte, da sein Sohn Enghien noch zu jung war), ein französisches Truppencorps von 5 000 Mann nach Polen gesandt werden, angeblich zur Hilfe gegen Türken und Kosacken; in Wirklichkeit sollte Condé gewaltsam auf den Thron erhoben werden. Doch scheiterte das Vorhaben an der Verweigerung des Durchzuges durch Brandenburg und Neuburg[170]).

Indessen nahm bei der überwiegenden Mehrheit des polnischen Adels die franzosenfeindliche Stimmung und der Haß gegen die Ränke der Königin immer mehr zu[171]). Im Mai 1666 beschloß der dazu angesetzte Reichstag fast einhellig die Restitution Lubomirskis. Als der Hof dies nicht zubilligen wollte, griff Lubomirski abermals zum Schwerte und schlug die Hoftruppen an der Netze zum zweiten Mal

---

[166]) Vgl. u. a. Krebs, 168; UA., XIV, 1, 203.
[167]) 1665, UA., XII, 254, 273.
[168]) Vgl. u. a. UA., XII, 279.
[169]) Recueil, IV, 41.
[170]) Vgl. u. a. Krebs, 169.
[171]) Vgl. u. a. Pasek, 278.

vollständig aufs Haupt (Juli 1666). Polen befand sich damals in der ohnmächtigsten Lage, von der die polnische Flugschriftenliteratur ein eindringliches Bild verleiht[172]). Während Kosacken und Russen von außen her das Reich zerrütteten, tobte im Innern der Bürgerkrieg.

Da starb Lubomirski am 31. Januar 1667 zu Breslau und Marie Louise wie Ludwig XIV. meinten nun gewonnenes Spiel zu haben[173]). Wieder beabsichtigte man in Paris den Einmarsch von nunmehr 10 000 Mann unter Condé nach Polen Da ließ der Tod der Königin Marie Louise am 10. Mai 1667 sowie die Ablenkung Frankreichs durch den Ausbruch des Revolutionskrieges mit Spanien die französischen Pläne auf Polen zum dritten Male zu nichte werden. Jetzt (im Sommer 1667) einigte sich Ludwig XIV. mit Brandenburg und Oesterreich auf die gemeinsame Unterstützung der Neuburgischen Kandidatur des Pfalzgrafen von Neuburg zum polnischen Thron, denn Johann Kasimir wollte abdanken.

Kaum aber hatte Frankreich im August 1668 den Krieg beendet, als es wieder die Kandidatur Condés betrieb. Auch Habsburg unterstützte jetzt nicht mehr Neuburg, sondern stellte seinerseits den Prinzen Karl von Lothringen als Anwärter auf die polnische Krone aus. Nur der Kurfürst hielt an Neuburg fest.

Doch keiner der drei Kandidaten wurde gewählt. Während des Interregnums war das Land „ein Feld der Intrigen". Im September 1668 entsagte Johann Kasimir dem Thron. Die Polen wurden durch die allzuheftigen „Recommendationes" der Großmächte für ihre Kandidaten mißtrauisch gemacht und befürchteten im Falle der Entscheidung für einen Bewerber den bewaffneten Widerstand der Gegenpartei. So erwählte man einen „Piasten": Am 19. Juni 1669 bestieg der bis dahin wenig bekannte Graf Michael aus dem alten groß-polnischen Adelsgeschlecht der Wisniowiecki als König Michael I. den Thron.

b) Gerüchte über eine brandenburgische Kandidatur 1664 bis 1666

Trotzdem Friedrich Wilhelm seit Ende 1662 sich von den polnischen Vorgängen abgewandt hatte, verstummten in den nachfolgenden Jahren nicht die Gerüchte über neue brandenburgische Kandidaturabsichten.

Im November 1664 wies die Kurie ihren Warschauer Nuntius an, den Versuchen verschiedener polnischer Adliger den Kurfürst trotz seines Ketzertums auf den Thron zu erheben, entgegenzuarbeiten[174]).

Der Nuntius glaubte aber nicht daran: Der Kurfürst habe zwar im nördlichen Polen viele Anhänger; doch würde seine Wahl ohne einen Uebertritt zum Katholizismus an der glaubenstreuen Haltung des Adels scheitern. Er wolle viel-

[172]) Vgl. Celichowski, 1 ff.
[173]) UA., XII, 323, Recueil, IV, XLV.
[174]) FBl., XI, 333.

mehr nach dem Tode des Königs einen Teil von Polen abtrennen, was leichter durchzuführen sei, als eine Thronbesteigung: Die Kandidaturgerüchte aber gingen wohl von denen aus, die schon jetzt eine katholische Wahl sicherstellen wollten und deshalb die Gefahr einer ketzerischen an die Wand malten[175].

Es scheint, als ob solche Befürchtungen der Kurie von Paris aus eingeblasen wurden: wollte doch Ludwig XIV. gegen eine möglicherweise drohende brandenburgische Wahl vor allem die Kurie und den polnischen Klerus mobilisieren[176].

Im März 1665 fragten kurmainzische Vertreter anläßlich einer Konferenz mit brandenburgischen Beauftragten bei diesen an, ob der Kurfürst auf die polnische Krone abziele; man antwortete ihnen, daß dem Kurfürsten die Religion entgegenstände und er daher die Krone nicht begehre[177]. Auch der kaiserliche Gesandte Baron von Goeß, der 1665 zu Verhandlungen nach Berlin gesandt wurde[178], vermutete mehrmals ein neues Interesse des Kurfürsten an der Polenkrone wahrzunehmen. Doch wies man in Berlin derartige Vermutungen zurück: Die Kurfürstin wollte ihre Söhne lieber auf den Kirchhof tragen, als nach Abkehr vom evangelischen Glauben auf dem Thron sehen. Schwerin erzählte dem Gesandten, der Kurfürst habe sogar auf das persönliche Thronangebot der Königin keine „Reflektion gemacht". Eine Taktik, die den Oesterreicher wie 1662 den französischen Gesandten von seinem Verdacht ablenken sollte.

Schließlich war von Goeß selbst von der Grundlosigkeit seines Argwohns überzeugt[179].

Am Pariser Hofe war man allerdings der Meinung der Kaiser wolle dem Kurfürsten für einen seiner Söhne, wenn dieser konvertierte, seine Schwester zur Gemahlin geben und ihn auf den polnischen Thron erheben; eine Lockung, die den Kurfürsten noch immer mächtig anziehe, obwohl er sich sagen müßte, daß Habsburg nie eine weitere Vermehrung der schon jetzt so stattlichen brandenburgischen Macht dulden würde[180].

Doch waren alle diese Befürchtungen[181] um neue Wahlabsichten des Kurfürsten grundlos, denn Friedrich Wilhelm dachte damals in keiner Weise an eine polnische Kandidatur. Zu erklären sind diese Gerüchte vielleicht als Folgen der engen Beziehungen Friedrich Wilhelms mit dem polnischen Adel und insbesondere der Thronangebote Lubomirskis 1661—62.

Friedrich Wilhelm schlug dann aber in den folgenden Jahren 1667 bis 1669 mehrere wirkliche Thronangebote ab, die ihm die Polen wiederum machten.

[175] PRK., I, 28, n. 3.
[176] Recueil, IV, 84.
[177] UA., XI, 417 f.
[178] Seine Instruktion: UA., XIV, 1, 199, vom Januar 1665.
[179] Berichte des von Goeß nach Wien, UA., XIV, 1, 206 u. 264
[180] Recueil, II.
[181] Auch Christine von Schweden argwöhnte, daß Friedrich Wilhelm nur durch seine Gemahlin von einem Religionswechsel um der polnischen Krone willen abgehalten wird. Bildt: „Lettres de Christine de Suède", ed 1899, S. 199.

c) Polnische Thronangebote Friedrich Wilhelm 1667 bis 1669

Als nach Lubomirskis Tode (Januar 1667) die Wahl Condés wieder eifriger von der französischen Partei betrieben wurde, wandten sich im Februar 1667 die Geistlichen der Kosacken an Hoverbeck in Warschau: Der Kurfürst als evangelischer König würde ihnen lieber sein, als ein Katholik, da sie Rom nicht trauten.

Doch ließ sich Hoverbeck in keine weiteren Verhandlungen mit ihnen ein, um bei Hofe keinen Argwohn zu erregen: Nur „wenn sie alles bis nach Thorn überwältigt hätten, könne er sie des Kurfürsten Protektion versichern[182]).

Der Kurfürst war mit der Haltung seines Gesandten einverstanden. Die Kosacken sollten sich nur wieder mit dem Hofe vertragen, sie könnten ihn dann zum Garanten des Vergleichs fordern[183]).

Im Juli 1667 erzählte der damalige französische Gesandte in Berlin dem Kurfürsten: Hoverbeck sei nach seiner eignen Erzählung von der verstorbenen Kurfürstin[184]) gehaßt worden, weil er ihren Gemahl zur Annahme der polnischen Krone und zur Religionsänderung habe bewegen wollen. Friedrich Wilhelm merkte, wohin der Franzose zielte, und versicherte ihn unvermittelt daß er niemals seinen Glauben wechseln würde; er befinde sich, so wie er sei, am besten und würde die polnische Krone nicht aufheben, selbst wenn sie zu seinen Füßen läge; denn die Lage der polnischen Könige sei keineswegs beneidenswert[185]). Eine Aeußerung, die an jene von 1658 anklingt.

Und doch hatte der Franzose mit seinem Verdacht einer erneuten Erörterung des brandenburgisch-polnischen Thronplanes nicht unrecht.

Die Groß-Polen, die für den Kurfürsten schon immer besondere Sympathien gezeigt hatten[186]), sandten eben im Juli 1667 eine Abordnung an Friedrich Wilhelm unter der Führung des Abtes von Plesen Oppalinski zu einer Konferenz, die nach einem Berichte darüber[187]) am 27. 7. 1667 in Küstrin stattfand. Anfangs wurde über die Gefahr eines französischen Einmarsches in Polen gesprochen. Der Kurfürst konnte die Polen mit der Mitteilung der Verweigerung des Durchzuges beruhigen[188]).

Sodann kam man auf die Wahl zu sprechen. Dabei „bezeugten die Polen, daß sie nichts hohers wünschten, dann daß ‚der Kurfürst' eine Messe hören mögte, dann sie niemand

---

182) Bericht Hoverbecks, UA, XII, 324.
183) UA., XII, 324, n. 4.
184) Louise Henriette starb am 18. Juni 1667.
185) Bericht des Gesandten nach Paris, UA., II, 460 f.
186) Dies u. a. die Ansicht des Nuntius, vgl. S. 39 oben, und Ludwigs XIV. in Recueil, IV, 56.
187) Im Geh. Preuß. Staatarchiv, Rep. 9, 17, a. 4.
188) Vgl. oben S. 38.

post fata regis die Succession lieber als den Kurfürst genneten." Doch Friedrich Wilhelm lehnte dankend ab: Was könnten sie für Zuversicht zu ihm haben, wenn er seinem Schöpfer nicht die Treue hielte. Außerdem wäre er „von dem höchsten Gott mit so vielen Landen und Provintzien begabt, „daß er bei dem Neide seiner Gegner nicht noch zu einer so mächtigen Krone gelangen wollte[189]). Er riete ihnen vielmehr als eingeborener Pole[190]), nicht als Kurfürst und Markgraf, denn dann müßte er anders reden, einen solchen zu wählen, der den Nachbarn, besonders Oesterreich und Schweden nicht „unanständig"; er schlug ihnen auch den Pfalzgrafen von Neuburg vor.

Diese Groß-Polnische Gesandschaft blieb in Warschau nicht unbemerkt. Nach einigen Tagen bereits meldete von dort Hoverbeck[191]): Es hatte „des Herrn Hofschatzmeisters . . . Hausfrau . . . allhier vorgebracht: . . . Die Herren Großpolen verführen, als wann sie keinen Herrn über sich hätten, sondern von dem Corpore Reipublicae ganz abgesondert wären. Sie wüßte ganz wohl, was unlängst zu Blesen vorgegangen, man wollte den Kurfürsten von Brandenburg zum König in Polen machen."

Auch in den beiden folgenden Jahren wurde Friedrich Wilhelm, als die Abdankung Johann Kasimirs[192]) und die Wahl in Aussicht stand, der Thron angeboten.

Im August 1668 schrieb Stefan Niemeryez, ein polnischer Edelmann in brandenburgischen Diensten[193]), an den Kurfürsten: Es gäbe keinen Bischof, Priester oder Politiker, der nicht die ablehnende Haltung des Kurfürsten beklagte; man wollte sogar nach Rom senden, und um Zustimmung dafür bitten, daß Friedrich Wilhelm die evangelische Religion als Polenkönig beibehalten könne[194]).

Im September 1668 äußerte der Posener Woywode Grudinski gegenüber dem Kammersekretär des Kurfürsten Scultetus, der in Polen für Pfalz-Neuburg warb: Man würde dem Kurfürsten zur Zeit der Wahl die Krone einhellig anbieten und er solle um einer Messe willen nicht eine so stattliche Offerte ausschlagen. Doch Scultetus bat ihn, solche Gedanken fahren zu lassen und dafür den Neuburger als den Kandidaten Brandenburgs zu unterstützen[195]).

Auch der Danziger Resident in Warschau berichtete im September 1668, daß die Großpolen Friedrich Wilhelm zum König wünschten[196]).

---

[189]) Fast übereinstimmende Worte im politischen Testament des gleichen Jahres 1667, vgl. noch unten.

[190]) Der Kurfürst besaß das polnische Indigenat.

[191]) Am 20. August 1667, GStA., Rep. 6, 56.

[192]) UA., XII, 368, im Juni 1668.

[193]) UA., XII, 248.

[194]) GStA., rep. 9, 17a, vom 23. August 1668, auch bei Droysen, III, 3, 169 u. n. 233: Das hier angegebene Datum vom 25. Juli ist wohl ein Lesefehler.

[195]) Bericht Scultetus v. 20. September 1668; GStA., rep. 9, 17b.

[196]) Westpr. 25, 95.

Im Oktober schrieben an Fürst Radziwill, den damaligen Statthalter des Kurfürsten in Preußen „fuftzen litauische Senatoren", „daß sie E. Ch. D. zu ihrem König erwählen wollen, doch mit dem Vorbehalt, daß man die Religion ändere, welches ich mich zu persuadieren nicht will unterstehen[197]).

Der Warschauer Nuntius traute angesichts der „Offerten", die der Kurfürst von allen Seiten empfing, seiner ablehnenden Haltung nicht recht. Im Oktober fragte er vorsichtshalber in Rom an, wie er sich zu einer Kandidatur Brandenburgs stellen sollte, falls der Kurfürst den Glauben ändern wollte[198]). Aus Rom wurde ihm geantwortet: Vorerst habe man sich zweifellos dieser Kandidatur entgegenzustellen; sei aber die Wahl des Kurfürsten unvermeidlich, dann müsse der neue König (selbstverständlich nach dem Glaubensübertritt) schwören, dem Ketzertum keine Aemter zu geben und seine Ausbreitung zu hindern[199]).

Noch kurz vor der Wahl drang der Erzbischhof von Gnesen in Scultetus: Der Kurfürst möge doch den Intrigen ein Ende machen und nach dem Glaubenswechsel zum Thron kandidieren. Scultetus bat auch ihn, seinen „Favor" gegen den Kurfürsten auf den Pfalzgrafen als dessen Kandidaten zu übertragen[200]).

Unzweifelhaft hätte Friedrich Wilhelm wie 1661 und 1662, so auch jetzt ernsthafte Aussichten auf eine Wahl gehabt, wenn er seinen Glauben geändert hätte[201]). Daß der Kurfürst im Gegensatz zu 1661 eine Kandidatur von vornherein ablehnte und über die Glaubensfrage sich mit den Polen nicht einmal in Verhandlungen einließ, hat wiederum seine Ursache in der damaligen politischen Situation Brandenburgs.

c) Die gesamt-politische Lage Brandenburgs 1663 bis 1669 als Ursache für die ablehnende Haltung Friedrich Wilhelms

Gollub hat die negative Haltung Friedrich Wilhelms gegenüber den polnischen Angeboten 1667 bis 1669 mit den Bemühungen um den Thron 1661 bis 1662 in Vergleich gesetzt[202]). Er meint, daß der Kurfürst 1667 in viel günstigerer Lage als 6 Jahre zuvor gewesen sei; hätte er jetzt die Krone begehrt, keine andere Macht, besonders Frankreich, daß 1667 den Revolutionskrieg führte, hätte ihn an der Erwerbung hindern können. Doch wenn er sich in diesem Moment nicht um die Krone bewarb, so hätte dies seinen Grund in der seit 1663 vollkommen gesicherten Lage Preußens: er brauchte jetzt die Krone nicht mehr. (Seite 67 und 118).

---

[197]) Radzwill am 6. Oktober 1668 an Friedrich Wilhelm, GStA., Rep. 9, 17a, 6.

[198]) PRK., I, 28, n. 3.

[199]) PRK., I, 28.

[200]) Scultetus am 29. April 1669, UA., XII, 391.

[201]) Vgl. auch die Flugschrift: „Vertrauliche Gespräche .... wegen der Wahl eines polnischen Königs", Danzig 1669.

[202]) Vgl. oben S. 25.

Der Kurfürst selbst hat, wie wir sahen, seine Ablehnung der polnischen Angebote 1667 bis 1669 neben dem Punkte der Religion mit der schon ohnehin großen Last der Regierung seiner Staaten, sowie mit dem Neid der anderen Mächte begründet, die ein weiteres Anwachsen Brandenburgs durch eine Vereinigung mit Polen nicht geduldet hätten. Damit sind schon alle Gründe umrissen, die Friedrich Wilhelm an einer Thronbewerbung in diesen Jahren hinderten.

Seit 1666 hatte sich der Kurfürst zur Unterstützung einer anderen Kandidatur auf den polnischen Thron verpflichtet.

Mit dem Pfalzgrafen von Neuburg, dessen Bewerbung der Kurfürst 1661 so heftig entgegengestanden hatte, bestand ein alter, unbeglichener Streit um Cleve, das 1614 Brandenburg zugesprochen wurde. Doch hatte Neuburg die Rechtmäßigkeit dieses Besitzes seitdem bestritten.

Der Kurfürst, der seit 1663 vollkommen der inneren Ordnung seines Staatswesens zugewandt war, knüpfte seit diesem Jahr mit Neuburg zur Regelung dieser Frage und damit seines westlichen Besitzstandes an[203]).

Nach dreijährigen Verhandlungen einigte man sich dahin, daß Cleve endgültig in brandenburgischen Besitz überging — wofür sich Friedrich Wilhelm zur Unterstützung der neuburgischen Kandidatur in Polen verpflichtete[204]).

Wie es im Vertrage vereinbart worden war, wies Friedrich Wilhelm noch 1666 seine Gesandten in Warschau, Stockholm, Wien und Paris zur Beförderung der pfalzgräflichen Kandidatur an den betreffenden Höfen an.

In Polen war man über das neue Bündnis geteilter Meinung: Am Hofe verhehlte man schlecht seinen Aerger darüber[205]), daß der Kurfürst sich der französischen Kandidatur mit diesem neuen Schachzug entgegenstellte. Andere meinten, jetzt erst könne Neuburg mit Aussicht kandidieren[206]). Lubomirski sagte den Verbündeten seine Unterstützung zu[207]).

Mit Schweden, wo noch immer eine starke Stimmung gegen Frankreich herrschte, gelang 1667 und 1668 der Abschluß zweier Verträge zur gemeinsamen Unterstützung der Neuburgischen Bewerbung[208]).

Dagegen stieß dieser Wahlvorschlag am kaiserlichen Hofe auf Widerstand, da man hier an eine eigene Kandidatur und zwar an die des Prinzen von Lothringen dachte[209]).

Ebenso erklärte Paris im Dezember 1666: Man sei bereits für Condé „engagiert"[210]).

Eine vorübergehende Wandlung trat ein, als Ludwig XIV. während des Revolutionskrieges an die deutschen Fürsten

---

[203]) Vgl. u. a. UA., XI, Abschnitt 8.
[204]) Moerner, 286 ff.
[205]) UA., XII, 316, 318.
[206]) UA., XII, 307.
[207]) Ebenda, 301 u. 308 ff, Ende 1666.
[208]) Moerner, 314 u. 328.
[209]) UA., XII, 580 ff.
[210]) Ebenda, 694, März 1667.

wegen der Verhinderung des Durchzuges kaiserlicher Hoftruppen nach den Niederlanden herantrat[211]). Brandenburg und Neuburg ließen sich für ihre Zusage die Aufgabe der Kandidatur Condés und die Unterstützung der Neuburgischen als Gegenleistung zusichern[212]) Auch der Kaiser erklärte sich jetzt für Neuburg[213]).

Doch nach Beendigung des Krieges betrieben sowohl Habsburg wie Frankreich wieder ihre eigenen Kandidaturen[214]), wogegen der Kurfürst weiterhin Neuburg und zwar so unterstützte, daß er in den Verdacht geriet, er wolle die Wahl des Pfalzgrafen gewaltsam durchsetzen[215]); dann hieß es wieder, er unterstütze Neuburg nur zum Schein und würbe selbst um die Krone[216]).

Doch versicherten wohl unterrichtete Personen, wie z. B. der kaiserliche Gesandte von Goeß, der wie wir gesehen hatten, anfangs der brandenburgischen Politik in Polen sehr mißtrauisch gegenüber gestanden hatte, die Grundlosigkeit dieser Befürchtungen[217]).

Es bleibt nur noch die Frage, warum für den Kurfürsten der Vertrag mit Neuburg von 1666 auch wirklich bindend gewesen ist, und warum er nicht, daneben wenigstens und insgeheim, seine eigene Kandidatur betrieben hat.

Während die europäischen Verhältnisse 1661 eine Bewerbung des Kurfürsten außerordentlich begünstigten, hätte er 1666 mit einer eigenen Kandidatur die gerüsteten Großmächte, vor allem aber Frankreich, herausgefordert, das wieder den Thron begehrte. Und doch durfte Friedrich Wilhelm dieser neuen Gefahr einer französischen Besitznahme Polens nicht tatenlos zusehen. Daher versuchte er die Großmächte auf gemeinsame Unterstützung des Neuburgers als neutrale Kandidatur festzulegen

Doch lehnten Habsburg und Frankreich ab und betrieben mit einer kurzen Unterbrechung durch den Revolutionskrieg ihre eigenen Bewerbungen.

Entgegen der von Gollub aufgestellten Ansicht hat Friedrich Wilhelm die Krone 1667 bis 1669 nicht darum abgelehnt, weil er sie nicht brauchte, sondern weil er sie bei der damaligen politischen Situation nicht erwerben konnte[218]).

---

[211]) Recueil, XVI, 132 ff. [212]) Vgl. u. a. Krebs, 173.

[213]) UA., XIV, 1, 400, 411.

[214]) Berichte Hoverbecks vom September 1668 bis Juni 1669.

[215]) Celichowski, 34, 43 u. a.

[216]) Vgl. Hirsch, Westpr. 25, 34; Celich., 36, 38.

[217]) Vgl. Waddington, II, 176, n. 4. Ebenso sind die beiden Briefe, in denen Radzwill noch 1669 die Kosaken zur Unterstützung der brandenburgischen Kandidatur aufforderte (bei Theiner, „Vetera Monum.", S. 574 ff.), entweder dem Nuntius (sie liegen im Vat. Arch.) fälschlich als echt übrgeben oder ohne jedes Einverständnis mit dem Kurfürsten geschrieben. In den brandenburgischen Urkunden finden sich keine Beziehungen darauf.

[218]) Dieses Urteil auch ungefähr bei Ranke, a. a. O., 292, und Waddington, a. a. O., II, 176. Dagegen Krebs, 171: „Einen Realpolitiker, wie er war, konnte der nichtige Glanz der polnischen Krone auf die Dauer nicht blenden." Wie sehr diese Urteil danebentrifft, zeigt das folgende Kapitel.

Denn einen Krieg wollte Friedrich Wilhelm durchaus vermeiden. Seine damalige Stimmung war, wie Küntzel[219]) es ausdrückt, die des „saturierten Friedensfürsten, der auf die Sicherung seines Besitzes allein ausgeht, und von politischen Ehrgeiz nach neuem frei ist".

Friedrich Wilhelm selbst hat dies in seinem politischen Testament von 1667 so zum Ausdruck gebracht: Dieweil der Höchste das Haus Brandenburg für andere Häuser im römischen Reiche mit vielen und stattlichen Landen so reichlich gesegnet, und daher viel Feinde hat, so solchem Segen dem Hause herzlich mißgönnen, . . . so hutet Euch[220]), daß Ihr durch Appetierung mehrer Lande nicht großen Neid und Feindschaft auf Euch ladet". Doch empfiehlt er nicht ängstliches Ducken, sondern vielmehr, „allzeit in Postur zu stehen".

Diese politischen Grundsätze hat der Kurfürst auch in seiner Stellung zur polnischen Wahlfrage 1667 bis 1669 angewandt. Er hütete sich zwar, durch eine eigene Bewerbung den Neid der anderen Mächte zu erregen und die Jahre der friedlichen Entwickelung seines Staatswesens zu unterbrechen. Doch saß er angesichts der französischen Gelüste auf den polnischen Throne nicht still. Er stand dagegen durch sein energisches Eintreten für den Neuburger in Postur. Denn Polen durfte eben nicht in die Hände einer der Großmächte und besonders Frankreichs fallen: Daher müsse Brandenburg, so spricht es Friedrich Wilhelm an einer anderen Stelle des politischen Testaments aus, „der Republik zur Manutenierung Ihrer alten Freiheit allzeit beistehen".

Aber, so führt Küntzel an der erwähnten Stelle weiter aus: „Der leidenschaftliche Machtdurst hat den Kurfürsten auch fortan davor bewahrt, sich dem testamentarischen Rate anzubequemen, durch Appetierung mehrer Lande nicht die Jalousie gegen sein Haus zu verstärken". Wie sehr diese Auffassung auch für die Stellung des Kurfürsten zur Frage der polnischen Thronbewerbung zutrifft, wird die folgende Darstellung der ernsthaften Kandidatur Friedrich Wilhelms zum polnischen Thron im Jahre 1673 und 1674 zeigen.

---

[219]) In FBPG., Festschrift für Schmoller, 1908, S. 116.
[220]) Das Testament hat den Rahmen einer „väterlichen Ermahnung an den Sohn".

VI.

Die Bemühungen Friedrich Wilhelms um die polnische Krone 1673 bis 1674

Von noch nicht angegebenen Werken:

Quellen:

„Acta Res Gestas Poloniae illustrantia“[221]. Vol. II, 1 u. 2: „Acta Joannis Sobieski“, hrsg. v. F. Kluczycki, 1880—1881; Vol. III, 1: „Acta . . . . ad Joannis III. regnum . .“, hrsg. v. K. Waliszewski, 1878.

Cover: „Geschichte Johann Sobieskis“, 1762.

Philipp Dupont: „Mémoires . . de Jean Sobieski“ (zeitgen.), hrsg. v. L. Janicki (in: „Biblitheka Ordinacyi Krasinskich“, VIII, 1885.

Ferdinand Hirsch: „Zur Geschichte der polnischen Königswahl von 1674.“ Danziger Gesandtschaftsberichte (in: „Zeitschrift des Westpreußischen Geschichtsvereins“, Heft 43, 2, 1901).

Jolli: „Histoire de Pologne“, 1698.

„Urkunden und Aktenstücke . . .“, Bd. XVII, hrsg. v. R. Brods, 1901; Bd. XIX, hrsg. v. F. Hirsch, 1906; Bd. XX, 1, hrsg. v. F. Fehling, 1911.

Literatur:

F. Hirsch: „Die Wahl Johann Sobieskis zum König von Polen 1674“ (in: HZ., 87, 1901, S. 224 ff.).

G. Lengnich: „Mémoires pour servir à l'histoire et au droit public de Pologne 1741“.

Salvandy: „Histoire de Pologne avant et sous Jean Sobieski“, Bd. II, 1830.

A. Waliszewski: „Marysienka, reine de Pologne“, 1898.

---

a) Polen 1669 bis 1673

König Michaels Wahl war zwar als Kompromiß zwischen der österreichischen und französischen Partei zustandegekommen. Doch trieb der neue König eine einseitig habsburgisch orientierte Politik.

Noch 1669 heiratete er eine habsburgische Prinzessin. Dann ließ er sich zur Entlastung Habsburgs 1672 leichtsinnig in einen Türkenkrieg ein, in dessen Verlauf die ganze Ukraine verloren ging.

Dazu kam eine innere Krise. Die zurückgesetzte französische Partei verschwor sich 1672 unter dem bei der Armee beliebten Krongroßmarschall Johann Sobieski zum Sturze Michaels und zur Erhebung eines französischen Prinzen.

Michael berief nun gegen seinen Feldherrn und die Armee das Aufgebot der Szlachta. Wieder einmal drohte ein Bürgerkrieg, als dem König der Abschluß eines, wenn auch schimpflichen, Friedens mit dem äußeren Feinde gelang (1672).

Zugleich trat eine innere Entspannung dadurch ein, daß die französische Partei ihres Kandidaten, des Herzogs von Longeville, durch den Tod beraubt wurde.

---

[221]) Abgekürzt: Act.

Nun näherte sich Sobieski und der König wieder. Ein neuer Türkenkrieg wurde beschlossen. Schon war das Heer unter Michaels und Sobieskis Führung auf dem Marsche, da erkrankte der König schwer. Er verließ die Armee und starb am 10. November 1672 in Lemberg. Am gleichen Tage erfocht Sobieski bei Chocim einen entscheidenden Sieg über das ungleich stärkere Türkenheer.

Wieder einmal war der Thron vacant. Die Polen wollten nur einen unverheirateten Prinzen wählen, der die junge verwitwete Königin heiraten könnte. Auch sollte der Kandidat drei Eigenschaften erfüllen: Er mußte „Prudens, Peritus rei militaris und Pecunsiosus" sein[222]).

b) Die Lage Frankreichs und Österreichs bei der polnischen Wahl 1673 bis 1674

Für die beiden Hauptrivalen um den polnischen Thron traf die Wahl zu sehr ungelegener Zeit. Seit 1672 führten Frankreich und Oesterreich miteinander Krieg und konnten sich infolgedessen der polnischen Wahl nicht widmen. So entschloß sich Ludwig XIV. auf eine französische Kandidatur, die doch nicht hätte genügend unterstützt werden können, zu verzichten. Zudem war Condé, der allein als französischer Anwärter auf den Thron in Betracht gekommen wäre, bereits vermählt und auch ziemlich unbemittelt. Auch waren große Teile des Litauschen und Polnischen Adels, sowie vor allem die „Jalousie" Schwedens und Brandenburgs gegen ihn und er mußte befürchten, ebenso schimpflich abgewiesen zu werden wie 1669[223]).

Frankreich betrieb daher die Kandidatur des Pfalzgrafen von Neuburg, der diesmal für seinen Sohn die Krone erwerben wollte und sich jetzt zuerst an Paris mit der Bitte um Unterstützung gewandt hatte[224]).

Günstiger war die Lage für Habsburg, da es als Nachbar Polens seinen Einfluß in gewissem Maße geltend machen konnte. Sein Kandidat war wieder der Prinz Karl von Lothringen, der unverheiratet war und auch über ein ziemliches Vermögen verfügte.

Doch befleißigten sich beide Mächte bei der Empfehlung ihrer Kandidaten großer Zurückhaltung, um nicht wie 1669 durch allzuheftige Bewerbungen eine neutrale Wahl zu veranlassen. Die Polen selbst wiesen hierbei „auf des letztverstorbenen Königs (Michael) Exempel, welcher gewiß zur Kron nicht gelanget wäre, wenn ihn einiger Potentat recommendirt hätte[225]).

In Polen standen sich die zwei „Factiones", Habsburg und Frankreich schroff gegenüber[226]). Die erstere trat unter der Führung des litauischen Großkanzlers Pac für Lothringens Wahl

---

[222]) Nach dem Bricht Hoverbecks aus Warschau vom 27. Januar 1674, GStA., rep. 9, 26a, 3.

[223]) Ludwig XIV. an den französischen Gesandten in Berlin Verjus, UA., XX, 1, 254 f., ebenso an den Warschauer Gesandten Forbin-Janson, Recueil, IV, 120.

[224]) Recueil, IV, 121.

[225]) Aus dem Ber. Hoverbecks v. 20. März 1674, GStA., a. a. O.

[226]) Vgl. u. a. Pufendorf, XII, 73.

ein. An der Spitze der Anhänger Frankreichs bemühte sich Johann Sobieski um eine Wahl Condés, ohne indes von Ludwig XIV. die Zustimmung zur Nominierung desselben als offiziellem französischen Kandidaten erreichen zu können[227]). Für eine Wahl Neuburgs war aber Sobieski nicht zu haben: er wünschte einen Feldherrn auf dem Thron, der den Krieg gegen die Türken mit Umsicht hätte leiten können[228]). Noch entschiedener aber war er gegen den Habsburger Kandidaten und verschwor sich hoch und teuer: Eher würde man ihm und den meisten von der Armee den Hals brechen und den Kopf zertreten, als daß er zulassen sollt, den Prinzen von Lothringen auf den königlichen Thron zu bringen. „Zumal es ihm unmöglich fallen würde, unter eines Herrn Botmäßigkeit zu stehen, der ihm an Kriegserfahrenheit und Mitteln nicht gleich sei[229])."

Pac und seine Parteigänger fürchteten dagegen bei der Erhebung Condés eine absolutistische Regierung. Lieber wollten sie die Union Polens und Litauens auflösen, als ein französisches „Subiectum" zur Krone gelangen zu lassen[230]).

So stand wieder einmal eine Doppelwahl und der Bürgerkrieg zu befürchten, da keine Partei einen Sieg des anderen Kandidaten dulden wollte[231]).

Unter diesen Umständen mußte eine neutrale Kandidatur große Aussicht haben, und so hatten sich denn zahlreiche andere Bewerber gemeldet. Der russische Zar begehrte für seinen erst zehnjährigen Sohn die Krone, doch waren weite Kreise gegen ihn, weil die russische Macht zu groß und die Religion beider Länder nicht gleich war[232]). Ferner bewarben sich mit mehr oder weniger geringen Aussichten: Der Schwedenkönig, Karl XI., der Herzog von York, der Prinz von Oranien, die Herzöge von Florenz und Hannover.

Dagegen war einer der meistgenannten und aussichtsreichsten Kandidaten der brandenburgische Kurprinz Karl Emil[233]), der älteste, damals 18jährige Sohn des Kurfürsten, für den Friedrich Wilhelm eifrig um die Krone warb.

c) Brandenburg — Preußen, 1669 bis 1673

Ein kurzer Blick auf den weiteren Gang der brandenburgischen Politik wird das aktive Interesse des Kurfürsten an der polnischen Wahl verstehen lassen.

Nach der Konsolidierung seines Staates hatte der Kurfürst seit etwa 1670 wieder in stärkerem Maße an dem Gang der europäischen Entwicklung Anteil genommen. Hier war die

---

227) Vgl. die vergeblichen Briefe des Fr. Sobieski und des Kämmerers Andreas Morstein deswegen an Ludwig XIV. und dessen Minister Pomponne, Act. III, 1, 2—6, UA., XIX, 32.

228) Hoverbeck am 27. Januar, GStA.

229) Bericht Hoverbecks vom 3. Februar 1674, GStA.; vgl. auch Bericht Hoverbecks vom 6. Februar, ebenda, u. a. XIX, 32.

230) Bericht Hoverbecks vom 30. Januar 1674, GStA.

231) Bericht Hoverbecks vom 10. Februar 1674, GStA.

232) Bericht Hoverbecks vom 3. Februar 1674, GStA.

233) Geboren am 16. Februar 1655, gestorben am 7. Dezember 1674 zu Straßburg.

Macht Frankreichs immer bedrohlicher angewachsen und hatte durch den Ueberfall auf Holland 1672 den Kurfürsten an die Seite seiner Glaubensgenossen geführt.

Anfangs kämpfte Friedrich Wilhelm allein im Bunde mit den Generalstaaten, später trat noch der Kaiser hinzu. Doch war dessen Heer zu keiner Offensive zu bekommen und erwies sich für den Kurfürsten nur als hindernd.

Allein aber konnte Friedrich Wilhelm den weit stärkeren französischen Truppen nicht Widerstand leisten und wurde durch Turenne zum Sonderfrieden von Vossem genötigt (Juni 1673). Die Bedingungen waren für Brandenburg keineswegs ungünstig. Frankreich gab alle besetzten rheinischen Gebiete Brandenburgs heraus, nur in Wesel und Rees blieben bis zum Kriegsende französische Besatzungen. Ludwig XIV. wollte sich den Kurfürsten nicht zum dauernden Feinde machen.

Seitdem blieb der Kurfürst neutral, doch hegte er im Stillen die Absicht, im gegebenen Moment wieder gegen Frankreich zu Felde zu ziehen.

Die Beziehungen Brandenburgs zu seinem östlichen Nachbar hatten sich unter König Michael anfangs nicht günstig gestaltet. Es spielte sich damals gerade der letzte Akt des preußischen Dramas ab. Die Führer der ständischen Partei gegen den Kurfürsten, besonders der Oberst Kalkstein hetzten offen in Warschau gegen Brandenburg, ohne daß der König es ihnen gewehrt hätte.

Da ließ der Kurfürst 1670 durch seinen Warschauer Residenten Brandt Kalkstein in Warschau aufheben und nach Preußen schaffen. Zwar protestierte der König gegen diesen völkerrechtswidrigen Akt, und Friedrich Wilhelm ordnete auch zum Schein die Bestrafung des Brandt und seiner Helfer an. Doch wurde Kalkstein trotz aller polnischen Interventionen zu Memel 1672 enthauptet.

Die brandenburgisch-polnische Verstimmung dauerte indeß nicht lange an. Der König brauchte kurfürstliche Hilfstruppen zum Türkenkrieg[234]) und erneuerte daher, was er vorher geweigert hatte, im März 1672 die brandenburgisch-polnischen Verträge von Bromberg von 1657 über die Souveränität Preußens und den gegenseitigen Schutz und Trutz. Seitdem besserten sich die gegenseitigen Beziehungen weiter.

Da bot sich durch König Michaels Tod für den Kurfürsten infolge vielfacher Anträge von seiten der Polen die glänzende Gelegenheit, die im Westen erlittene Schlappe durch Erwerb der polnischen Krone wieder wett zu machen. Frankreich und Oesterreich waren miteinander im Kriege, beide bemühten sich durch ihre Gesandten in Berlin den Kurfürsten auf ihre Seite zu bringen[235]). In Polen stand Friedrich Wilhelm mit dem größten Teil des Adels in guten Beziehungen und konnte hoffen, als neutraler Kandidat die „beide aemulierenden Parteien zu etcludieren". Der Kurfürst betrieb denn auch von Anfang an die Verhandlungen über die Wahl seines Sohnes mit großem Eifer.

---

[235]) Oesterreich durch Baron von Goeß, Frankreich durch Verjus, UA., XIV, 1, 507 f., u. UA., XX, 1, S. X, PRK., I, 44. Der Warschauer Nuntius nach Rom im März 1674.

[234]) UA., XII, 553, 558 ff., im Sommer 1673.

d) Die Kandidatur Karl Emils 1673 bis 1674

König Michael war noch nicht tot, als der litauische Untermarschall Felix Morstein mit dem Freiherrn von Schwerin, der wieder in Berlin weilte, durch Vermittlung des schon erwähnten Niemirycz in Briefwechsel trat und ihm das Angebot der Wahl des Kurprinzen nach dem Ableben des Königs machte. Schwerin, der 1661 heftiger Gegner der brandenburgischen Kandidaturpläne gewesen war, ging jetzt mit großer Bereitwilligkeit darauf ein. Er habe, so antwortete er Morstein, im November 1673, dem Kurfürsten und dem Kurprinzen von Morsteins Anerbieten Mitteilung gemacht und Karl Emil interessiere sich bereits lebhaft für den Plan.

Auch Friedrich Wilhelm nahm, nach dem Bericht des französischen Gesandten Verjus aus Berlin, vom Ende November 1673[236]), an dem Morsteinschen Angebot großen Anteil.

Doch nur unter Beibehaltung seines Glaubens wollte der Kurfürst seinen Sohn zum König wählen lassen. Karl Emil aber, ein Jüngling von der lebhaften und feurigen Art Friedrich Wilhelms[237]), doch ohne dessen religiöse Skrupel, grollte dem Vater, der ihm einen Königsthron um den Preis einer Messe zu erwerben nicht gestattete[238]).

Indessen war man in Berlin im Falle einer Wahl ohne einen Glaubensübertritt bereit, Truppen für den Türkenkrieg zu stellen. Ferner wollte der Kurprinz die verwitwete Königin heiraten. Man erwog auch anfangs, wie 1661, Preußen wieder zu Lehen zu nehmen. Aber Hoverbeck[239]) riet entschieden dagegen. „Wäre die Kron in solcher Not, daß die Geistlichen . . . den Religionseifer müßten fahren lassen", so würden sich andere Mittel und Wege, als die „Inkorporation" Preußens finden lassen; denn dieser Preis wäre zu hoch, selbst wenn der Kurprinz dafür „bei freiem Exercitio dero Religion" auf den Thron kommen könnte[240]).

Der Kurfürst sandte dann auf den Rat Hoverbecks im Dezember 1673 den Grafen Dönhoff[241]) zum Großkanzler Lescyinski mit der Anfrage, ob ein protestantischer heiratsfähiger Kandidat Aussicht auf Wahl hätte: Der katholischen Religion würde dabei alle Sicherheit garantiert werden und der betreffende seinen Gottesdienst nur auf seinem Gemach verrichten.

Lescynski wußte sofort, wen der Graf im Auge hätte: Er räumte einer brandenburgischen Kandidatur nur im Falle des Religionsübertrittes Aussichten ein: dann sollte aber der Kurfürst selbst kandidieren, denn niemand könne außer ihm Polen wieder emporbringen.

Für die Stimmung weiter polnischer Kreise für eine brandenburgische Wahl ist es nun bezeichnend, daß von dort aus

---

236) Vgl die Berichte Verjus' nach Paris v. 26. November, 27. November, 2. u. 5. Dezember 1673, UA., XX, 1, 244 ff.

237) Petersdorff, 134 f.

238) Verjus am 27. November u. 2. Dezember 1673; vgl. auch die Ansicht Schwerins, UA., XIX, 27 f.

239) Er weilte damals auf seinem Gute Hohenstein in d. Neumark.

240) UA., XIX, 21.

241) Vgl. über seine Sendung: GStA., Rep. 9, 26a, 5; UA., XIX, 21, n. 3, u. a.

und zwar gerade von kirchlicher Seite Vorschläge zur Umgehung der allein hindernden Glaubensfrage gemacht wurden.

Der Bischof von Krakau, Andreas Trzebicki, der an Stelle des erkrankten Gnesener Erzbischofs während des Interregnums die Staatsgeschäfte führte, und der Vizekanzler und Bischof von Kulm Olszowski boten an: Der Kurprinz könnte kalvinisch bleiben, jedoch sollte er „propter populum" die Messe hören; dabei könnte er seine Gebete verrichten oder irgend etwas anderes lesen. Auch wollte man von dieser Seite auf die Inkorpodation Preußens verzichten, und wäre mit der Stellung von 10 000 Mann brandenburgischer Hilfstruppen zum Türkenkriege sowie der Rückgabe der Ländchen Lauenburg, Bütow und Draheim an Polen zufrieden gewesen.

Diese Vorschläge übermittelte Felix Morstein in Warschau dem dortigen Residenten Wichert (im Dezember 1673)[242]), der sie an Schwerin mit der Anmerkung übersandte, er würde diese „temperaments de la religion" nicht für ernst genommen haben, wäre ihm nicht von anderer Seite in Warschau ihre Glaubwürdigkeit bestätigt worden[243]).

Schwerin sah durch diese zugestandene „libertas religionis" bereits alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt: Er antwortete Morstein, der Kurprinz habe sogar schon eine Messe gehört, die auf ihn großen Eindruck hinterlassen hätte[244]).

Für Friedrich Wilhelms Stellung zu diesem Vorschlag sind persönliche Aeußerungen von ihm nicht bekannt. Wohl aber spricht Schwerin in dem zuletzt angeführten Briefe von der großen Freude des Kurfürsten über Olszewskis Vorschlag. Ebenso berichtete Verjus in diesen Tagen[245]) von den polnischen Kompromißvorschlägen nach Paris: Am Berliner Hofe mache man sich bereits große Hoffnungen.

Wenigstens hat sich Friedrich Wilhelm nicht gegen diese „temperaments de la réligion" gewandt und es ist daher wohl anzunehmen, daß er diese Scheinkonvertierung seines Sohnes um der polnischen Krone willen gestattet hätte.

Doch schon im Januar berichtete Niemiricz aus Polen nach Berlin, daß die Stände der Republik die Wahl des Kurfürsten nur nach dem öffentlichen Bekenntnis zum katholischen Glauben und zwar vor der Krönung gestatten würde, da das polnische Gesetz die Wahl eines orthodoxen Königs ausdrücklich verlange. Jetzt zog Olszowski seinen Vorschlag (nicht zuletzt infolge der Vorstellungen des päpstlichen Nuntius)[246]) zurück. Er hätte jenes nur im Scherze gesagt und würde sich nach einem anderen Kandidaten umsehen, wenn der Kurprinz nicht den Glauben wechselte. Zwar wäre, so schloß Niemiricz, die Stimmung für eine brandenburgische Kandidatur ständig im Wachsen, doch bestände Aussicht auf eine Wahl ohne Glaubenswechsel nur bei einer drohenden Invasion der Türken und Tataren oder

---

[242]) UA., XIX, 23, v. 9, XII, 1673.
[243]) UA., XIX, 23, n. 2.
[244]) Schwerins Antwort durch Niemircyz, den Mittelsmann zwi-
[244]) Schwerins Antwort durch Niemircyz, UA., XIX, 27 f., am 28. Dezember 1673.
[245]) Am 26. Dezember 1673, UA., XX, 253 f.
[246]) Vgl. darüber unten S. 56.

bei der Gefahr eines Bürgerkrieges zwischen der französischen und lothringischen Partei[247]).

Einen wirklichen Glaubenswechsel lehnte der Kurfürst aber nach wie vor ab. Trotzdem gab er die Sache noch nicht verloren und beauftragte Hoverbeck mit der Fortführung der Verhandlungen, deren Hauptpunkt eben der Erlaß des Glaubenswechsels war.

Hoverbeck reiste Anfang Januar nach Polen mit dem offiziellen Auftrag, der Königin anläßlich des Todes ihres Gemahls zu kondolieren und den Wunsch des Kurfürsten nach einer einhelligen und friedlichen Wahl zum Ausdruck zu bringen[248]).

In Wirklichkeit bearbeitete Hoverbeck von Anfang an die öffentliche Meinung in Warschau für die Wahl Karl Emils doch ohne einen Glaubensübertritt: Hätte der Kurfürst das gewollt „die beiden letzten Könige sollten ihm wohl nicht sein vorkommen[249])"

Auch Hoverbeck berichtete von Anfang an von der äußerst günstigen Stimmung für die brandenburgische Sache; doch verlangten die Polen jetzt neben dem Religionswechsel wieder die Inkorporation Preußens. Würde der Kurfürst aber darauf eingehen, so wäre die Wahl seines Sohnes unzweifelhaft sicher. Für ein Nachgeben der Polen in der Religionsfrage konnte auch Hoverbeck nur die früheren Hoffnungen auf die „andrängenden Türken" wiederholen[250]), durch die die Polen zur Annahme der brandenburgischen Hilfstruppen und zum Verzicht auf den Religionswechsel gezwungen werden könnten.

Ende Januar kam der polnische Edelmann Opacki[251]), den die Republik an mehrere auswärtige Höfe mit der Bitte um Hilfstruppen gegen die Türken gesandt hatte, auch nach Berlin. Friedrich Wilhelm sagte ihm nicht nur die Steellung von 1200 Mann zu, wozu er vertragsmäßig verpfichtet war, sondern versprach außerdem, die Verpfegungskosten seiner Truppen für ein halbes Jahr selbst zu tragen.

Der Kurfürst hoffte dadurch die Stimmung der Polen für die brandenburgische Kandidatur zu steigern[252]). Doch hatte auch Opacki in Berlin nur katholischen Bewerbern Aussicht eingeräumt[253]).

In Warschau war die Lage noch völlig ungeklärt: Niemand wollte „seine Inclination für ein gewisses Subjectum eröffnen[254])". Trotzdem berichtete Hoverbeck auch weiterhin von den großen Aussichten des Kurprinzen: Die Gegner wüßten „den Weg nicht mehr zu verlegen, als daß sie die Sache mit dem Religionseifer bescheinigen".

Vielfach wurde Hoverbeck bestürmt, seinen Einfluß für eine Glaubensänderung des Kurprinzen geltend zu machen. Der Vize-

---

[247]) Berichte vom 8. und 15. Januar 1674, UA., XIX, 30 f. u. 32 f.

[248]) Instruktion vom 4. Dezember 1673, UA., XIX, 22.

[249]) Vgl. die vorige Note.

[250]) Bericht Hoverbecks vom 16. Januar 1674, UA., XIX, 34.

[251]) UA., XX, 1, 261 ff.; ferner UA., XIX, 37 ff., u. Westpr., 43, 102 f.

[252]) Westpr., 43, 102 f.

[253]) UA., XX, 1, 261 f.

[254]) Hoverbeck am 27. Januar, GStA., a. a. O.

kanzler Olszowski rühmte der Königin „hohe Talenta", „die mit keinem mehr als dem Kurprinzen symbolisieren" würden: „in etlichen hundert Jahren werde sich dem Kurfürsten keine solche Konjunktur bieten, wie die gegenwärtige; doch ohne Glaubenswechsel zum Thron zu kommen, wäre eine pure Impossibilität, auch wenn sich alle Affectionirten noch so hoch bemühten[255])". Die Königin selbst erklärte sich gegenüber Hoverbeck wiederholt für die Wahl Karl Emils[256]).

In Litauen wollte man im Falle einer Doppelwahl und einer dadurch zu befürchtenden Auflösung der Union Polens und Litauens sich an keinen anderen schlagen als den Kurfürsten[257]).

Inzwischen war der Anfang der Wahl auf den 14. April festgesetzt worden, und noch immer war die Frage der Thronbesetzung vollkommen ungelöst. Die neutralen Kandidaten verwarf man alle mehr oder weniger, und Brandenburg wollte nicht katholisch werden.

Was half es dem Kurfürsten, daß die Stellung und Verpflegung der Truppen, die er Opacki zugesagt, und wovon dieser inzwischen in Warschau berichtet hatte, „den Respekt und die Dankbarkeit der Polen" gegen ihn, noch steigerte: Da weder er noch die Polen in der allein strittigen Glaubensfrage nachgeben wollte, kam die Wahlangelegenheit nicht vorwärts[258]).

Noch einmal im Februar wandte sich der Kurfürst an den Großkanzler Lescynski durch Scultetus (der schon 1667 bis 1668 die Verbindung des Kurfürsten mit dem polnischen Adel aufrecht erhalten hatte) ob nicht doch die Möglichkeit einer Thronbesteigung ohne Religionswechsel bestände. Wieder verneinte Lescynski[259]).

Inzwischen wandten sich die Kandidaten der „aemulierenden" Großmächte, Lothringen[260]) und Neuburg[261]) an den Kurfürsten mit der Bitte um seine Unterstützung in Polen, sofern er nicht für sich oder sein Haus nach der Krone trachte. Friedrich Wilhelm konnte natürlich bei der eigenen Bewerbung nichts ungelegener kommen als solche Wünsche. Den Prinzen von Lothringen speiste er sogleich mit leeren Versprechungen ab (Januar 1674)[262]). An Neuburg war zuerst ein Konzept ausgefertigt worden[263]), worin dem Pfalzgrafen spezielle Ratschläge zur Beförderung der Kandidatur seines (des Pfalzgrafen) Sohnes erteilt wurden. Diesen Entwurf legte der Kurfürst zur Begutachtung dem Geheimen Rate vor. Die Mehrzahl der Minister entschied sich für eine allgemeine Fassung, da man nicht von vornherein den Anschein einer Bindung an der Neuburger Sache erwecken sollte. Meinders, einer der älteren Räte, stellte jedoch klar gegenüber: Wolle der Kurfürst die für die Wahl seines Sohnes so günstige Stimmung in Polen benutzen, so seien in

---

255) Hoverbeck am 30. Januar, ebenda.
256) Hoverbeck am 6. Februar, u. a. GStA.
257) Hoverbeck am 30. Januar, GStA.
258) Vgl. Westpr., 43, 116, Act., II, 2., S. 1413, III, 1., S. 2.
259) Vgl. über die Sendung GStA., Rep. 9, 26a, 4; UA., XII, 69; Waddington, II, 341, n. 1, u. a.
260) UA., XIX, 20.
261) UA., XIX, 28.
262) UA., XIX, 32.
263) Vgl. dar. UA., XIX, 36, n. 2.

der Antwort an Neuburg die „Specialia zu abstrahieren", anderenfalls fände er an dem Konzept nichts zu ändern.

Bezeichnenderweise antwortete der Kurfürst Neuburg ganz allgemein: Lothringen hätte sich bereits an ihn in der gleichen Angelegenheit gewandt, zudem seien die polnischen Verhältnisse noch ganz unklar; daher könne er sich jetzt noch nicht entscheiden[264]).

Der brandenburgischen Kandidatur fehlte es indessen auch nicht an Gegnern.

Mit Besorgnis hatte Verjus am Berliner Hofe der brandenburgischen Bewerbung zugesehen: Der Kurprinz würde wegen der Stimmung in Berlin gegen Ludwig XIV. von allen Kandidaten für Frankreich der schlechteste sein[265]). In der Tat war die neutrale Haltung Friedrich Wilhelms seit dem Vossemer Frieden höchst unzuverlässig.

Vergeblich versuchte Verjus den Kurfürsten zur gemeinsamen Unterstützung Neuburgs mit Frankreich zu bewegen. Aber Friedrich Wilhelm, der 1667 bis 1668 Frankreich vergeblich für die gemeinsame Unterstützung der Neuburgischen Kandidatur zu gewinnen versucht hatte, konnte jetzt Ludwig XIV. mit gleicher Münze heimzahlen.

Da Frankreich, wie wir bereits sahen, infolge des Krieges dem Kurfürsten in Polen nicht entgegentreten konnte, hetzte es ihm die Schweden auf den Hals, die sich seit 1672 wieder an Frankreich angeschlossen hatten[266]).

In Stockholm hatte man Verdacht geschöpft, als der Kurfürst im November 1673 in Stockholm anfragen ließ, ob jener französisch-schwedische Geheimvertrag von 1661 zur Unterstützung der damaligen Kandidatur des Herzogs Enghien in Polen noch bestände[267]).

Nun wußte Schweden, daß Brandenburg eine eigene Kandidatur im Sinne hatte. Damit aber liefen seine Interessen denen des Kurfürsten zuwider[268]), denn eine polnisch-brandenburgische Union mußte die schwedische Ostseestellung bedrohen. Daher wollte man, ebenso wie in Paris, auch in Stockholm den Kurfürsten auf eine gemeinsame Kandidatur festlegen: Brandenburg sollte einen dahingehenden Vorschlag machen. Doch in Berlin zeigte man sich den schwedischen Absichten wenig zugänglich: sie sollten sich zuerst „rationi candidatus eröffnen[269])".

Ebenso erging es dem schwedischen Gesandten in Warschau, der Anweisung erhalten hatte, sich mit Hoverbeck wegen der gleichen Sache in Verbindung zu setzen[270]). Der Schwede merkte bald, daß sein brandenburgischer Kollege für die Wahl des Kurprinzen arbeite und gab zu verstehen, daß sein König sich einer solchen Wahl mit den äußersten Mitteln wider-

---

[264]) UA., XIX, 36, Januar 1674.

[265]) UA., XX, 1, 249, vom 6. Dezember 1673.

[266]) UA., XVII, 143 ff.

[267]) Bericht Verjus' vom 26. November 1673, UA., XX, 1, 244.

[268]) Bericht Verjus' vom 27. November 1673, UA., XX, 1, 245.

[269]) UA., XIX, 40, n. 4.

[270]) Instruktion Karls X. an seinen Gesandten vom 29. Dezember 1673, GStA., 26a, 3.

setzen würde. Hoverbeck meinte dazu, „wie wohl man sich dieseshalben an sie (die Schweden) nicht groß kehren durft, wenn nur der Religionspunkt zu ajustieren wäre[271])".

In Warschau selbst war die Seele der Gegnerschaft gegen eine brandenburgische Wahl der päpstliche Nuntius Francesco Buonvisi, der übrigens auch von den großen Aussichten Brandenburgs im Falle einer Glaubensänderung berichtete[272]). Sein Werk war es, daß der Bischof Olszowski jene vorgeschlagene Scheinbekehrung wieder fallen ließ[273]).

Gegenüber Hoverbeck war Buonvisi besonders argwöhnisch. Vielleicht, so schrieb er nach Rom, würde der brandenburgische Gesandte angesichts der Aufforderungen, die er von allen Seiten erhielt, doch die Konvertierung des Kurprinzen anbieten. Schon drohte er den Polen, der Papst würde im Falle der Wahl eines Ketzers keinen Nuntius in Warschau halten[274]).

Im März 1674 forderte man Hoverbeck, der seinen Kurprinzen „laut aller Welt Rede stark recommendierte", wieder auf, dem Kurfürsten die „Avantages" vorzustellen und ihn zum Uebertritt zu veranlassen[275]).

Sobieski, der schon vorher nach Condé den Kurprinzen an zweiter Stelle vorgeschlagen hatte[276]), riet dem Kurfürsten, er möge seinen Sohn in Polen und trotzdem später auch im Himmel krönen lassen[277]).

Dann wurde versucht, Hoverbeck zu überrumpeln: der schon erwähnte Bischof von Krakau Trzebicki wollte plötzlich aus Berlin Nachricht erhalten haben, daß Friedrich Wilhelm den Glaubenswechsel seines Sohnes erlaubt hätte[278]). Doch Hoverbeck erklärte, er hätte dergleichen Meldung nicht erhalten, wünschte sie sich auch nicht zu erleben[279]).

Friedrich Wilhelm wies im März nochmals seinen Gesandten an, dafür Sorge zu tragen, daß die „meisten auf einen aus unserem Kurhause ungeachtet der Religion stimmen dürften[280])."

Selbst die Armee wollte den Kurprinzen zum König: Ende März hatten „zu Lublin die vornehmsten Häupter der Armee, E. Ch. und des Kurprinzen Dhltt. Gesundheiten mit großen Contestationes ihres gehorsamsten Respektes . . . getrunken und unter dero Botmäßigkeit und Regierung zu leben und sterben gewünscht[280*])".

Von seiten der französischen Partei berichtete die Gemahlin Sobieskis und der Krongroßmeister Andreas Morstein ebenso

---

[271]) Hoverbeck am 3. März 1674, GStA.

[272]) Am 3. Januar 1674, PRK., I, 41 ff.

[273]) PRK., I, 42, 3.

[274]) Berichte vom 21. Februar, 7., 14. u. 28. März 1674; PRK., I, 42, n. 3, 44, 45, n. 1.

[275]) Westpr., 43, 122.

[276]) UA., XIX, 31, 41, n. 1 u. 2.

[277]) GStA., Rep. 26a, 4.

[278]) GStA., Rep. 26a, 4.

[279]) Die gelegentlichen Gerüchte von anderer Seite über einen beabsichtigten Religionswechsel des Kurfürsten entbehren jeder Grundlage; vgl. Hein, 256, n. 12.

[280]) UA., XIX, 42 f., am 8. März 1674.

[280*]) Hoverbeck am 27. März, GStA.

von der Stimmung für Brandenburg [281]) wie der Danziger Resident[282]).

Die Verhandlungen waren indes keinen Schritt weiter gekommen, denn Friedrich Wilhelm beharrte auf seinen glaubenstreuen Standpunkt.

Da sollte durch den Bericht Hoverbecks vom 3. IV. 1674[283]) die letzte Hoffnung des Kurfürsten vernichtet werden.

Es war ihm, so teilte er mit, nach und nach immer verdächtiger erschienen, daß „auf die übergroßen Avantagen, so ich (vor mich selbst) ins Mittel gebracht[284]), kein einziger Vorschlag von Moderation in Puncto Religionis bishero geschehen. Sondern allerdings, als ich ausgebracht, daß kein einziger Candidatus der Republik mit soviel, so gutem und so fertigem Volke bei jetziger Not zu Hilfe kommen könnt, als E. Ch. Dhltt., wollte solches damit extenuiert, ja vor unannehmlich ausgedeutet werden, daß keine Mittel vorhanden wären, solche Völker zu unterhalten, zumal man Nachricht hat, **daß der Türk, weil er wegen der Pest und Unwillens seiner Untertanen** (welche nun um das dritte Jahr allein zu Felde zu gehen schuldig) **so stark als er wohl vermeinte, diese vorstehende Campagne nicht könnte ins Feld kommen,** und derethalben nur Defensive gehe . . ."

Damit war die Hoffnung auf die „andrängenden Türken" zusammengebrochen, die nach Ansicht von Niemirycz und auch Hoverbeck eine brandenburgische Thronbesteigung ohne Religionswechsel allein hätten ermöglichen können. Denn die andere Aussicht: Die Polen würden sich ungeachtet der Religion auf den Kurprinzen als neutralen Kandidaten zwischen den „aemulierenden" Parteien Sobieskis und Pac einigen, war gering. Gab es doch genug neutrale katholische Bewerber, und Hoverbeck teilte gleichfalls am 3. April mit, daß bei der Partei Sobieskis die Kandidatur Condés nur Vorwand wäre: vielmehr sei alles: „auf einen mächtigen Piastum angesehen und ausgespielt"

Seit Anfang April hielt sich dann Hoverbeck „ganz stille[285])", obwohl auch weiterhin genug Stimmen für Karl Emils Wahl allerdings immer unter der Glaubensbedingung laut wurden[286]).

Nun entschloß sich der Kurfürst doch zur Unterstützung Neuburgs, wies aber Hoverbeck an, auch Lothringen an der Hand zu behalten[287]). Trotzdem hegte er noch immer Hoffnung, es werde ihm angesichts des Streites der Parteien die Krone angetragen werden[288]).

Hoverbeck, dem in Warschau vom lothringischen und neuburgischen Gesandten „laue Recommendation" vorgeworfen

---

[281]) Act., III, 1, S. 4 f. u. 19.
[282]) Westpr., 43 u. a. S. 119 f.
[283]) GStA., Rep. 9, 26a, 3.
[284]) Er hatte zuletzt nach seinem Bericht vom 20. März 1674, GStA., 20 000 Mann Hilfstruppen angeboten.
[285]) Westpr., 43, 126.
[286]) Vgl. den Bericht Hoverbecks vom April 1674, GStA.
[287]) UA., XIX, 51, 55.
[288]) An Hoverbeck am 30. April, UA., XIX, 53, n. 1.

wurde[289]), entledigte sich seiner schwierigen Aufgabe mit wahrhaft diplomatischem Geschick. Er machte nicht nur ihnen, sondern auch Sobieski, dessen große Aussichten auf die Krone er richtig eingeschätzt hatte, Hoffnung bei seiner Bewerbung[290]).

Als Friedrich Wilhelm dann endlich die alleinige Unterstützung Neuburgs empfahl[291]), war es zu spät. Sobieski aber, der am 19. Mai 1674 gewählt wurde, bedankte sich bei Hoverbeck für die „Complimente" des Kurfürsten[292]).

e) Zusammenfassung

So ging auch die letzte Gelegenheit einer polnischen Thronbesteigung, die sich Friedrich Wilhelm während seiner Regierungszeit bieten sollte, trotz aller Bemühungen ohne Erfolg vorüber. Nie war die Lage für ihn so günstig gewesen, wie gerade 1674, da Frankreich und Habsburg miteinander im Kampfe lagen und sich dem Kurfürsten nicht hätten in den Weg stellen können. Ihre Parteien in Polen standen einander feindselig gegenüber, und allenthalben wünschte man die neutrale Wahl des Kurprinzen[293]). Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Karl Emil erwählt worden wäre, hätte sein Vater einen Glaubenswechsel zugelassen.

Friedrich Wilhelm hat eifrig nach einer Wahl seines Sohnes gestrebt. Er wandte sogar gegen die vorgeschlagene Scheinkonvertierung des Kurprinzen nichts ein. Als dann dieser Ausweg verlegt wurde, hoffte der Kurfürst weiterhin auf die Krone auch unter Beibehaltung der Religion: Die „andringenden Türken" hätten vielleicht die Republik gezwungen, im Punkte der Religion nachzugeben und die angebotenen brandenburgischen Hilfstrupen anzunehmen.

Aber da die Türken durch die Niederlage bei Chozim 1673 geschwächt waren und daher keine neue Offensive für 1674 vorbereiteten, wurden die letzten Hoffnungen Brandenburgs vollends zerstört.

Vergleicht man die Bemühungen des Kurfürsten um die polnische Krone von 1673 bis 1674 mit denen von 1661 bis 1662, so ergibt sich als Hauptunterschied: Während die Sorge um Frankreichs polnische Pläne das Thronprojekt von 1661 veranlaßt hatte, trat dieses Motiv 1674 vollständig in den Hintergrund: Der Wunsch nach der polnischen Krone war die alleinige Veranlassung dieser letzten Bewerbung Friedrich Wilhelms.

Doch haben daneben beide Kandidaturen auch Parallelen: Beide Male hatte der Kurfürst gerade eine Einbuße erlitten, als sich ihm Gelegenheit bot, sie durch den Erwerb der Polenkrone wieder wett zu machen. Bei beiden Wahlen wären die Großmächte Frankreich und Oesterreich nicht im Stande gewesen, die Bewerbung des Kurfürsten zu hindern; weshalb umgekehrt Friedrich Wilhelm gerade in diesen Mo-

---

[289]) Westpr., 43, 136 f.
[290]) Hoverbeck am 12., 15. und 19. Mai 1674, UA., XIX, 57 ff.
[291]) Am 17. Mai, UA., XIX, 59.
[292]) Bericht Hoverbecks vom 26. Mai, UA., XIX, 64 f.
[293]) Vgl. noch ferner dazu ein reichsdeutsches Zeugnis: „Diar. Europ.", 30, 142, und ein französisches: Pomponne, I, 426.

menten kandidierte. In beiden Jahren wurde dem Kurfürsten von Seiten der Polen anläßlich seiner Bewerbung große Sympathie bezeugt, und er hätte sicher Aussicht auf Wahl gehabt, wenn er sich zur Aenderung seiner Religion entschlossen hätte. Schließlich ist, wenn auch nicht mit aller Sicherheit die Möglichkeit zur Annahme vorhanden, daß Friedrich Wilhelm 1661 wie 1674, an eine Umgehung des Religionshindernisses gedacht hat, das eine Mal durch eigene Konvertierung, im zweiten Falle durch den scheinbaren Uebertritt seines Sohnes. Doch hat sich der Kurfürst zu einem tatsächlichen Glaubenswechsel oder zur Duldung eines solchen bei seinem Sohne nicht entschließen können — und brachte sich dadurch beide Male um die Krone.

Die Ergebnisse der Forschung über das Wahlprojekt des Kurfürsten von 1674 sind ebenso wenig einheitlich, wie die vorigen.

Droysen war der Ansicht[294]), daß der Kurfürst von vornherein nicht daran gedacht hätte, seinen Staat in die Konkursmasse der Republik zu werfen, oder gar seinen Kurprinzen daran zu geben.

Ebenso abwegig wie dieses Urteil ist das Waddingtons, der Kurfürst sei durch Klagen der Preußen über drückende Einquartieeung zu dieser Kandidatur veranlaßt worden[295]): Weder bei Waddington selbst noch in den Akten ergibt sich dafür irgendein Beweis.

Die übrigen Forscher haben dann diese Absichten nicht geteilt.

F. Hirsch wendet sich direkt gegen Droysen: Seine Behauptung sei „den zwischen Schwerin und Morstein und dessen Gesinnungsgenossen gewechselten Schreiben und den eignen Aeußerungen des Kurfürsten gegenüber nicht haltbar[296])".

Aehnlich urteilt Hiltbrandt[297]). Doch seiner Ansicht, Friedrich Wilhelm hätte wohl einen seiner Söhne die Religion wechseln lassen, wenn er völlig sichere Aussicht auf die Krone gehabt hätte, kann nur insofern zugestimmt werden, als Friedrich Wilhelm vielleicht einen scheinbaren, nicht aber tatsächlichen Uebertritt zum Katholizismus gestattet hätte.

Zuletzt haben sich Hein[298]) und Petersdorff[299]), im ganzen übereinstimmend mit Hirsch, zu der Frage geäußert. Besonders Peterdorffs Urteil trifft sich mit dem hier gewonnenen Ergebnis: ,;Diesmal regte sich wieder bei Friedrich Wilhelm der Ehrgeiz, für sich oder für seinen ältesten Sohn die Krone der Jagellonen zu erwerben. Er hatte die Sache eine Weile nicht für aussichtslos gehalten".

---

[298]) 1924, a. a. O., 178.
[299]) 1925, a. a. O., 159.
[294]) 1872, a. a. O., III, 3, 314 f.
[295]) 1908, a. a. O., II, 339.
[296]) 1901, in HZ., 87, 231, n. 4; vgl. a. Einleitg. z. Bd. XIX d. UA.
[297]) 1908, in PHI., XI, 331 f.

Ergebnisse

So ist also trotz aller gegenseitigen Bemühungen eine Union Brandenburgs und Polen nicht zustande gekommen.

Das Haupthindernis bildete dabei nicht die verschiedene Nationalität der beiden Völker, sondern die verschiedene Religion. An der Unmöglichkeit einer Einigung in diesem Punkte ist die Wahl des Kurfürsten zum polnischen König letzten Endes gescheitert.

Von vornherein hat jedoch Friedrich Wilhelm nur, wenn er aus politischen Gründen an einen Thronerwerb nicht denken konnte, mit dem Argument des Glaubens abgelehnt. Erstrebte er aber die Krone, so richtete er seine Bemühungen vor allem darauf, die Polen von der Forderung seiner Konvertierung abzubringen.

Die Ursache für die wechselnde Stellungnahme des Kurfürsten zu den polnischen Möglichkeiten war die jeweils besondere allgemein politische Lage seines Staates.

1641 und 1648 lehnte Friedrich Wilhelm die polnischen Angebote ab, da er sich ganz auf die Befriedung und Sicherung seines Staates während und nach dem Dreißigjährigen Kriege konzentrieren mußte.

Ebenso ist er während der unruhigen Zeit des ersten Nordischen Krieges auf die Vorschläge der Polen 1655 — 1658 nicht eingegangen, sondern hat allein die Behauptung der preußischen Souveränität als nächstes Ziel im Auge gehabt.

1661 zwangen die durch die französisch-polnischen Thronpläne drohende Umklammerung seines Staates Friedrich Wilhelm, dieser Gefahr zu begegnen. Da bot ihm Lubomirski als Haupt der antifranzösischen Partei in Polen den Thron an. Die Großmächte besonders Frankreich und Oesterreich waren mit sich selbst beschäftigt und hätten einer brandenburgischen Kandidatur nicht entgegentreten können.

Der Kurfürst hat denn auch, von dem Wunsche nach einer Krone mächtig entflammt, sich eifrig darum beworben. Vielleicht hat er sogar eine kurze Zeit mit dem Gedanken eines Religionswechsels gespielt. Aber bald war er wieder fest und wollte um keinen irdischen Preis seinen Glauben abschwören: Die Möglichkeit einer Neuwahl zu Lebzeiten des Königs wurde einige Wochen später durch die ablehnende Haltung des polnischen Adels vereitelt.

Die französischen Thronabsichten lebten kurze Zeit danach wieder auf. Dagegen knüpfte der Kurfürst Ende 1661 mit dem polnischen Adel von neuem Verbindungen an und erhielt wiederum die Krone angeboten. Auch diesmal hat Friedrich Wilhelm nicht abgelehnt. Ob er jetzt noch auf den Thron zu kommen hoffte, steht nicht fest.

1663—1666 tauchten Gerüchte über eine neue brandenburgische Kandidatur auf, die aber jeden Grundes entbehrten. Dagegen wurde dem Kurfürsten seit 1667, als die Abdankung Johann Kasimirs schon in Aussicht stand, bis zur Wahl 1669 die Krone vielfach von den Polen angeboten. Friedrich Wilhelm lehnte eine eigene Bewerbung ab: Er wollte nicht die gerüsteten

Großmächte, besonders Frankreich offen herausfordern, das wieder und heftiger als vorher den Polenthron begehrte. Doch saß der Kurfürst angesichts dieser neuen Gefahr einer Einschnürung seines Staates nicht stille und hat die Kandidatur des Neuburger Pfalzgrafen gegen die französische eifrig unterstützt.

Die letzte Möglichkeit einer polnischen Thronbesteigung bot sich dem Kurfürsten 1673/74 für seinen Sohn. Frankreich und Oesterreich führten gerade Krieg. Ihr Anhang in Polen stand sich drohend gegenüber und die neutrale brandenburgische Kandidatur wurde in weitesten Kreisen Polens begrüßt. Friedrich Wilhelm hat sich denn auch aufs eifrigste für seinen Sohn um die Krone beworben. Selbst gegen eine von den Polen vorgeschlagene Scheinbekehrung hat er sich nicht gewandt. Als jedoch dieses „Temperamentum religionis" zurückgezogen und der tatsächliche Uebertritt verlangt wurde, wollte der Kurfürst den Thron unter dieser Bedingung für seinen Sohn nicht annehmen.

Leicht wird, 1661 wie 1674, einem so feurigen Charakter wie Friedrich Wilhelm der Verzicht „auf ein so großes Aufnehmen seines Hauses" nicht gewesen sein. Und daß er auch religiösen Anfechtungen ausgesetzt war, ist zwar nicht sicher zu beweisen wäre, aber psychologisch durchaus verständlich. Als Spiegel seiner heftigen Wünsche ist die Geheiminstruktion vom 24. VI. 1661 äußerst bezeichnend, und bestätigt die Gesamtauffassung Friedrich Wilhelms, wie sie Erich Marcks treffend gezeichnet hat[390]): „Im Kerne seines Wesens ist er ein leidenschaftlicher Mensch, stürmisch, feurig, gebieterisch, . . . mit dem Drange, rücksichtlos durch seine Welt dahinzubrausen. Doch überall fesseln ihn die Verhältnisse; äußerlich Gegner überall, innerlich Mangel an Mitteln; er ist doch nur der Herr einer Zukunftsmacht, an sich noch kein großer Potentat".

Wie dieses Einengende und Beschränkende seiner Lage für sein heißes Bemühen um Machtsteigerung durch einen Erwerb der polnischen Königskrone ebenso wie für seine vorsichtige Zurückhaltung den mächtigen Rivalen Frankreich und Oesterreich gegenüber, denen er noch nicht offen entgegentreten konnte, Veranlassung war, hat die Arbeit hoffentlich deutlich gezeigt.

———

390) „Männer und Zeiten", 6. Aufl., I, 215.

Exkurs

Hat Friedrich Wilhelm anläßlich seiner polnischen Thronbewerbung 1661—1662 sich mit dem Gedanken eines Glaubenswechsels getragen?

Vgl. dazu von noch nicht angegebenen Werken:

F. Flaskamp: „Die Religions- und Kirchenpolitik Friedrich Wilhelm nach ihren persönlichen Bedingungen" (in: „Hist. Jahrbuch der Görres-Gesellschaft", Bd. 45, 1925).
F. Hirsch: „Die Briefe der Kurfürstin Louise Henriette von Brandenburg an den Oberpräsidenten Otto von Schwerin" (in: FBPG., VIII, 1895, S. 173—206).
H. Landwehr: „Die Kirchenpolitik Friedrich Wilhelms", 1894.

Ueber Friedrich Wilhelms Religiösität[301]) hat Landwehr das heute noch anerkannte[302]) Urteil gefällt: „Während seiner ganzen Regierungszeit blieb Friedrich Wilhelm ein eifriger Verfechter der Freiheit des Evangeliums (S. 4). Um keines weltlichen Respektes willen wollte er seine Religion ändern" (S. 8).

Gegen den Katholizismus hatte Friedrich Wilhelm rein persönlich einen starken Widerwillen. Doch hat ihn dieser nie zum Fanatismus und zur Verfolgung der Andersgläubigen geführt (S. 357 ff.)[303]).

Ueber die Stellung des Kurfürsten zu der polnischen Wahl von 1661 meint Landwehr: „Der Kurfürst erachtete die polnische Krone „ Nicht einer Messe wert" (S. 8).

Als abschließendes Urteil kann dieser Satz aufgenommen werden. Doch daß dadurch die Haltung Friedrich Wilhelms nicht in allen Einzelheiten erschöpfend charakerisiert wird, sollen die folgenden Ausführungen darzulegen versuchen.

Friedrich Wilhelm hatte seinen ernsthaften Wunsch nach der polnischen Krone in der Instruktion vom 26. 4. 1661 zum Ausdruck gebracht, die er an Schwerin nach Königsberg am 4. Mai sandte[304]).

---

[301]) Flaskamps Aufsatz bringt die Literatur dazu.
[302]) Vgl. Flaskamp, S. 254.
[303]) Das von Höfler in seinem Aufsatz: „Kurfürst Friedrich Wilhelm und sein Verhältnis . . zur katholischen Kirche" (in: „Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen", Bd. XI, 1853, S. 41 ff) mitgeteilte angebliche Testament des Kurfürsten, in dem eine Vorliebe für die katholische Religion sich ausdrückt, ist bereits von Droysen („Geschichte der preußischen Politik", IV, 4, 130 ff.) als Fälschung erkannt worden. Vgl. dazu auch M. Lehmann, „Preußen und die katholische Kirche", I, 1878, 42, und Ribbeck, „Ein Brief über den erwarteten Uebertritt des Großen Kurfürsten zum Katholizismus" (in: FBPG., VII, 1874).
[304]) UA., IX, 824, vgl. oben S. 24.

Gleichfalls im Mai 1661[305]) schrieb die Kurfürstin Louise Henriette von Cleve aus, wo sie gerade mit dem Kurfürsten weilte, folgenden Brief an Otto von Schwerin, mit dem sie seit langen Jahren in vertrautem Briefwechsel stand: „Ich beschwöre Sie [Schwerin][306]) . . . im Namen des großen Gottes . . ., in der bekannten Sache (affaire connue) nichts zu unterlassen: Sie [nämlich die Sache] geht mir weder Tag und Nacht aus dem Sinn . . . Ich weiß, daß Sie daran [d. h. an der Verhinderung des Planes] sorgfältig arbeiten und Gott wird Ihnen beistehen und diese Bemühungen vergelten, denn e r ist stark (daran) interessiert (car il est trop interessé)[307])"

Die Kurfürstin verlangt ferner von Schwerin, ihre Korrespondenz darüber geheim zu halten. Schließlich ermahnt sie ihn, in der „bekannten Sache" sich alle Mühe zu geben, da er eines Tages darüber Gott Rechenschaft ablegen müsse[308]).

Die Kurfürstin schreibt also an Schwerin über das polnische Wahlwerk[309]) und zwar in einer Art, die besonders durch die häufige Beziehung auf Gott von vornherein darauf hindeutet, daß ihre Besorgnis über die Angelegenheit religiöse Gründe hat.

Schwerin muß darauf hin der Kurfürstin Mut zugesprochen und ihr seinen Beistand versichert haben. Denn im nächsten ihrer Briefe an ihn antwortete Louise Henriette[310]): „Die Versicherung, die Sie mir geben, daß Sie Ihr Möglichstes darin tun werden, freut mich sehr. Ich zweifle nicht, daß Sie darin viel Einfluß haben . . . es gibt so viele weltliche Erwägungen, die uns bedrücken, daß ich daran nicht ohne Bitterkeit denken kann (Il y a tant de considération mondaines qui nous pressent, que je n'y pense sans amertume). Meine ganze Hoffnung ist, daß Gott mit so vielen armen Menschen, die leiden, Mitleid haben wird . . ."

Die Kurfürstin spricht hier offenbar von zwei Seiten der polnischen Wahlsache: Von „considérations mondaines" und dem „y", welches aber, als im klaren Gegensatz zum ersteren gesagt, in die Sphäre des geistlich-religiösen gehören würde. Diese Gegenüberstellung wird sich in einem späteren Schreiben noch klarer ausdrücken. (Die Kurfürstin war zur Zeit der Abfassung dieses Schreibens von Friedrich Wilhelm, der auf einer Reise begriffen war, getrennt).

Unzweifelhaften Aufschluß über die wirklichen Beweggründe für die Besorgnis der Kurfürstin gibt dann aber das

---

305) Zur Datierung der Briefe vgl. den hier angegebenen Aufsatz von Hirsch, besonders S. 206.

306) Die eckigen Klammern schließen von dem Verfasser Hinzugefügtes ein.

307) Dieses il könnte sich auch auf den Kurfürsten beziehen. Geh. Rat Prof. Dr. Marks machte den Verfasser gütigst darauf aufmerksam, daß es besser zu Dieu bezogen wird. Diese letztere Auffassung wird in folgendem zugrunde gelegt; doch würde auch bei der ersten sich am Ergebnis nicht das geringste ändern.

308) Orlich, a. a. O., III, 435, Nr. 14.

309) Diese Beziehung ist bisher nirgends angezweifelt worden.

310) Orlich, III, 433, Nr. 12. Hirsch datiert ihn S. 190 auf den Juni 1661.

Schreiben Schwerins an sie vom 3. 6. 1661 aus Königberg[311]).

Friedrich Wilhelm hatte Schwerin am 17. 5. mitgeteilt[312]), daß er sich auf die Krone große Hoffnungen mache. Die Polen würden vielleicht seine großen Offerten annehmen und den Punkt der Religion fahren lassen. Doch wollte er die Religion auf keinen Fall wechseln, da er das Zeitliche nimmer für das Ewigliche begehre. Dieser Brief war aus Cleve abgesandt und muß ungefähr zwischen dem 30. 5. und 1. 6. 1661 in Königsberg gewesen sein[313]).

Schwerin will die Kurfürstin, die offenbar noch immer von ihrem Gemahl getrennt ist, beruhigen, und teilt ihr am 3. Juni von der empfangenen Nachricht mit: Sie möge sich nicht beunruhigen „Denn ich bin versichert", daß nichts mehr von dieser Seite (de ce costé) zu befürchten sei; der „Principal interessé" hat „mir auf mein Schreiben mit großer Bestimmtheit geantwortet, daß, wenn er es [womit natürlich die Krone gemeint ist] nur unter dieser Bedingung [nämlich der des Religionswechsels] haben könne, er nicht mehr daran denken wolle". Er [Schwerin] haben dem Kurfürsten darauf geantwortet, ohne dies sei überhaupt keine Hoffnung darauf, er solle lieber garnicht mehr daran denken. Schließlich bittet er die Kurfürstin nochmals, die Angst von sich zu jagen und auf Gott zu vertrauen.

Womit beruhigt also Schwerin die Kurfürstin? Nicht mit der Mitteilung, daß Friedrich Wilhelm nicht mehr nach der Krone trachte, sondern damit, daß er sie nur unter Beibehaltung seines Glaubens erwerben wolle. Die Kurfürstin hat sich demnach also nicht um die Bemühungen ihres Gemahls um den Thron an und für sich, sondern um Konvertierungsabsichten im Zusammenhang mit seiner Bewerbung geängstigt, die sie — ob mit Recht oder mit Unrecht mag vorerst unbeantwortet bleiben — beim Kurfürsten vermutete.

Sie antwortet denn auch im Juli[314]) Schwerin auf seinen Brief: Sie habe sich nicht wenig darüber gefreut, daß die bekannte Sache sich in nichts auflöse (qui l'affaire connue se dissipera en rien) [Der polnische Reichstag hatte der Wahlsache ein Ende gemacht]. „Ich bete täglich zu Gott, daß Sie nichts unterlassen werden, um es vollkommen demjenigen aus dem Sinn zu nehmen, auf den ich vor allem anspiele".

Im August lebten die Wahlintrigen wieder auf. Am 22. September wurde zwischen Frankreich und Schweden der Geheimvertrag zur Unterstützung der polnischen Kandidatur Enghiens geschlossen[315]).

Gleichfalls im September 1661 schrieb die Kurfürstin, die damals wieder bei ihrem Gemahl in Cleve weilte, an Schwerin nach Königsberg[315*]): „Was Sie mir von den Nachrichten über

---

[311]) UA., IX, 826 f.

[312]) UA., IX, 825 f.; vgl. oben S. 24 u. 27.

[313]) Die gewöhnliche Dauer war 10—14 Tage; vgl. die Empfangsvermerke an den Urkunden UA., XV, 503, 532, 536, 538, 566.

[314]) Orlich, a. a. O., III, 438, Nr. 18; vgl. Hirsch, 192. Die Kurfürstin war wiederum nicht bei ihrem Gemahl.

[315]) Vgl. oben S. 29.

[315*]) Orlich, III, 440 f., Nr. 20; Hirsch, 193.

die „bekannte Sache" mitteilen, die Sie vom Kanzler (Chancellier)[316]) haben, versetzt mich in nicht geringe Sorge, denn ich muß sehen, daß diese Sache noch nicht begraben ist. Ich ermahne Sie noch einmal im Namen Gottes, nichts darin zu unterlassen, bis dieser Gedanke völlig ausgerottet ist. Meine Schwäche [Sie erwähnt zu Anfang des Briefes, daß sie krank sei] ist so groß, daß ich bei dem Gedanken daran zittere . . . Es ist jetzt noch Zeit, daß man es verhindern kann. Ich habe Sie immer so treu in Sachen der Welt gefunden; darum verspreche ich mir noch mehr von Ihnen für eine Sache, von der das Heil sehr vieler abhängt. (Je vous ai toujours trouvée si fidèle en des choses du monde, c'est pourquoi je me promets encore plus de Vous pour une affaire de la quelle dépend le salut de plusieurs)".

Die bekannte Sache ist also wieder im Gange. Zwar hat die Kurfürstin noch keinen Grund zu wirklicher Sorge, noch kann man „es" unterbinden. Dazu wendet sich die Kurfürstin an Schwerin, den sie in weltlichen Dingen erprobt hat. Hier tritt ganz klar der Gegensatz zwischen den „choses du monde" und dem „salut" hervor: Es ist das Seelenheil sehr vieler, d. h. des Kurfürsten, seiner Familie und Umgebung und seiner Untertanen, das durch seine Konvertierungsabsicht in Gefahr wäre. Ebenso wird jene Antithese aus dem zweiten Brief der Kurfürstin vom Juni 1661 (vgl. S. 63) in dem gleichen Sinne aufzufassen sein „Es gibt so viele weltliche Erwägungen, die auf uns lasten, daß ich d a r a n" (y), also an die religiösen, Sorgen in der Sache, „nicht ohne Kummer denken kann".

Dann ermahnte die Kurfürstin noch einmal im Oktober 1661 Schwerin[317]): „Ich hoffe, daß Sie nach ihrem Gewissen handeln werden und daran denken, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen".

Schwerin soll also alle politischen Erwägungen in der Sache den religiösen Bedenken unterordnen.

Bei diesem Briefwechsel zwischen der Kurfürstin und Schwerin ist zu beachten, daß die Andeutungen absichtlich so kurz gehalten sind: handelt es sich doch, wie wir lasen, um einen geheimen Meinungsaustausch; zudem ließ Louise Henriette, wie sie in einem der angeführten Briefe schreibt, ihrem Gemahl gegenüber nichts von ihrem — berechtigten oder unberechtigten — Verdachte merken.

Im Januar 1662 kam der französische Gesandte de Lesseins nach Berlin[318]). In einem seiner Berichte nach Paris heißt es (vom 21. 3. 1662)[319]): Es sei ihm zu Berlin hinterbracht worden, der Kurfürst habe schon vor seiner (de Lesseins) Ankunft mit den Konföderierten in Polen durch Goltz über eine Thronbesteigung verhandelt und einen Religionswechsel anbieten lassen. Darüber habe die Kurfürstin damals bitter geweint, und Friedrich Wilhelm habe auch eine Zeit lang davon

---

[316]) Wahrscheinlich ist dies der Unterkanzler Leschynski, mit dem der Kurfürst wegen der polnischen Aegelegenheit in Verbindung stand. Vgl. oben S. 32.
[317]) Orlich, III, 442 f., Nr. 21; vgl. Hirsch, 193.
[318]) Vgl. oben S. 29.
[319]) Vgl. oben S. 31.

geschwiegen. Aber dann habe der Kurfürst noch einmal an eine Glaubensänderung gedacht und seine Gattin, der er davon mitgeteilt, sei vor Aufregung darüber krank geworden: Sie hüte noch gegenwärtig das Bett.

Was ist von diesen Erzählungen zu halten, die de Lesseins nach eigenen Angaben, von zweiter Hand hat?

Was die erste Behauptung betrifft, so hatte Goltz nach seiner Instruktion und seinem Berichte vom Januar 1661[320]) lediglich die Stimmung in Bezug auf die Wahl im Allgemeinen, im Besonderen auf die Kandidatur Frankreichs hin zu sondieren Auch sollte er, wie ihm ausdrücklich befohlen war, den Polen nichts Schriftliches geben. Wie leicht konnten da hinter ihm her alle möglichen Gerüchte über den Zweck seiner Sendung entstehen. Außerdem aber sollte er auf seiner Reise „die Kundschaft . . . polnischer Herren sonderlich evangelischer Religion suchen[321])".

Zu Verhandlungen über eine Kandidatur des Kurfürsten hatte also Goltz weder den Auftrag, noch hat er solche gemäß seinen Berichten von sich aus unternommen. De Lesseins war also hier durch seine Gewährsleute nur Hofklatsch berichtet worden.

Dann aber berichtete der Franzose, die Kurfürstin hätte infolge der Aufregung über die Goltzsche Sendung Tränen vergossen. Wir sahen aus den Briefen der Kurfürstin, wie sie zeitlich nicht allzulange nach der Sendung Goltzens, im Mai und Juni 1661, sich darüber gegrämt, daß der Kurfürst ihrer Meinung nach die Religion zu wechseln gedächte. Zu dieser Zeit wurden tatsächlich zwischen Friedrich Wilhelm und Lubomirski durch Hoverbecks Vermittlung über die brandenburgische Kandidatur geführt. Dies war der wirkliche Anlaß für die Sorge der Kurfürstin. De Lessein bekam dagegen eine falsche Ursache erzählt.

Das zweite Gerücht, von dem de Lesseins erzählt, war daß Friedrich Wilhelm noch einmal von einem Religionswechsel gesprochen habe, und daß die Kurfürstin darüber erkrankt sei. Es bleibt festzustellen, wann dieses vorgefallen sein kann.

Untersuchen wir daher sämtliche z. T. hier noch nicht erwähnten Briefe der Kurfürstin an Schwerin vom Ende 1661 bis ungefähr April 1662 (de Lesseins Brief am 21. 3. 1662) daraufhin, ob in einem von ihnen zugleich von der Krankheit der Kurfürstin und von ihrer Sorge um die „bekannte Sache" als Anlaß dazu die Rede ist.

F. Hirsch hat (a. a. O. 206) von den in der Publikation Orlichs enthaltenen Briefe der Kurfürstin die schon besprochenen Nummern 20[322]) und 21[323]) (vgl. oben S. 63) auf den September und Oktober 1661 datiert; die Nummer 16, 15, 22

---

[320]) Vgl. oben S. 18.
[321]) UA., IX, 202.
[322]) Orlich, III, 440 f.
[323]) Ebenda, 442 f.
[324]) Orlich, III, 436 f.
[325]) Ebenda, 436.
[326]) Ebenda, 443 f.
[327]) S. 437 f.

und 17 (Anm.324, 325, 326, 327) entfallen nach ihm auf die Zeit vom November 1661 bis ungefähr April 1662. In diesen 4, bisher nicht zitierten, Briefen ist zwar, wie fast in jedem Brief der Kurfürstin, von ihren „maladies" und „indispositions" doch nicht von der geheimen Sache die Rede. Von den beiden übrigbleibenden ersten Briefen spricht der vom Oktober, wie wir sahen, wohl von der Sorge der Kurfürstin um die polnische Angelegenheit, doch nicht von einer Krankheit. Aber in dem ersten Schreiben Nummer 20 vom September 1661, in dem sie von ihrer wiedererstandenen Sorge spricht, berichtet sie auch, daß sie einige Tage totkrank gewesen sei; ihre Schwäche sei infolgedessen so groß, daß sie nur mit Zittern an die „affaire" denken könne.

Nun sahen wir oben, daß nach dem Wortlaut dieses Schreibens ein tatsächlicher Grund zur Besorgnis für die Kurfürstin noch nicht vorlag: weil das polnische Wahlnegotium wieder im Gang war, fürchtete sie, eine neue Bewerbung Friedrich Wilhelms und damit die Entstehung neuer Konvertierungsabsichten.

De Lesseins ist aber erzählt worden, der Kurfürst habe wirklich davon schon gesprochen. Auch hier zeigt sich wieder die Umbiegung des wahren Sachverhaltes durch den Hofklatsch; man wußte um die Krankheit der Kurfürstin, und auch um ihre Sorge — und nahm weiter an, sie hätte bereits tatsächlichen Grund dazu, was jedoch nicht der Fall war. Außerdem wurde de Lesseins als Neuigkeit erzählt, was ein halbes Jahr zurücklag.

Um festzustellen, ob Friedrich Wilhelm jemals wirklich einen Religionswechsel in Erwägung gezogen hat, müssen wir uns zu jenen Briefen der Kurfürstin vom Mai und Juni 1661 zurückwenden, in denen sie sich Sorge um die — ihrer Meinung nach — wirkliche Absicht ihres Gemahls macht, die Religion um der polnischen Krone willen zu ändern.

Louise Henriette ruft, um noch einmal zusammenzufassen, in diesen Briefen an Schwerin im Zusammenhang mit der „affaire connue" stets Gott an. Sie spricht neben den weltlichen Bedenken von denen, um die es sich hierbei besonders für sie handelt, also den religiösen. Schwerin beruhigt sie dann am 3. 6. 1661 allein schon durch die Mitteilung von Friedrich Wilhelms Entschluß, er wolle die Krone nur unter Beibehaltung seiner Religion annehmen.

Soweit der klare Wortlaut, der schon ganz offenbar ergibt: Die Kurfürstin befürchtete einen Religionswechsel ihres Gemahls um des polnischen Thrones willen.

Denn warum hätte die Kurfürstin auch an und für sich einen Plan mißbilligen wollen, der ihren Gemahl so großes „Aufnehmen" zu bringen schien.

Ist nun aber anzunehmen, daß die Kurfürstin im Sommer 1661 jene Besorgnis ohne allen Grund gehegt hat?

Daß also Louise Henriette kränklich und nervös-reizbar wie sie war, in ihrer religiösen Empfindlichkeit schon wegen der bloßen Verhandlungen des Kurfürsten über einen polnischen Thronerwerb Anlaß zur Besorgnis zu haben glaubte, ohne daß Friedrich Wilhelm geschwankt hätte? Denn daß die Polen keinen evangelischen König dulden würden, lag auf der Hand.

Vielleicht hat die Kurfürstin auch gerade von den Beteuerungen Friedrich Wilhelms hinsichtlich seiner Glaubenstreue nicht gewußt: Die Instruktion vom 26. IV. war ja in „hochster Geheimb" gehalten, und zur Zeit des Briefes ihres Gemahls an Schwerin vom 17. 5. weilte sie wohl nicht in Cleve (vgl. oben S. 64).

Doch sprechen auf der anderen Seite für eine begründete Furcht der Kurfürstin folgende Umstände: Louise Henriette weilte bei der Abfassung ihres ersten Briefes bei ihrem Gemahl (vgl. oben S. 63). Dann wird sie doch wohl aufs beste über alles unterrichtet gewesen sein und hätte sich wohl nicht ohne eine reale Veranlassung um das Gewissen ihres Gemahls gesorgt. Weiter aber wäre es psychologisch durchaus verständlich, daß ein so temperamentvoll veranlagter Charakter wie Friedrich Wilhelm wirklich in der Frage des Glaubens hat mit sich kämpfen müssen. Ist doch die Instruktion vom 26. IV. 1661 ein beredtes Zeugnis für die Größe seiner Hoffnungen: Der Glaube war schließlich der einzige Punkt, der einem so „großen Aufnehmen seines Hauses" im Wege stand. Kann er da nicht nachher geschwankt haben, ob er sich um der Krone willen nicht doch einem in den Augen der Zeitgenossen „unverdammlichen Actus" unterziehen sollte. Und hier ist auch zu bedenken, daß der Kurfürst bei seinen eifrigen Bemühungen um die Krone 1674 die von den Polen vorgeschlagene Scheinkonvertierung seines Sohnes nicht abgelehnt hatte.

Die kritische Periode, in der der Kurfürst geschwankt haben könnte, ist die Zeit zwischen dem 26. IV. 1661 und dem 17. V. 1661, die Zeit, in deren Anfang die Kurfürstin noch bei ihrem Gemahl weilte.

Am 17. V. war Friedrich Wilhelm jedenfalls wieder entschlossen, um „keines irdischen Preises" willen den Glauben zu wechseln. Davon konnte seine Gemahlin aber nichts wissen, da sie nicht bei ihm weilte: Ihre Schreiben, die noch auf das erste folgen, sind sicherlich ein Produkt der einmal gefaßten Besorgnis, mag sie begründet oder nicht gewesen sein. Friedrich Wilhelm konnte aber um den Verdacht seiner Gemahlin auch nichts wissen, da sie sich ihre Angst von Anfang an nicht anmerken ließ. So konnte Louise Henriette erst durch Schwerins Brief vom 3. Juni beruhigt werden.

Ob also, um zur Fragestellung zurückzukommen, der erste Brief der Kurfürstin an Schwerin begründeten Anlaß zu einer Glaubensschwankung ihres Gemahls hatte, ist nicht sicher zu entscheiden. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht wohl dafür. Auf jeden Fall kann die oben angeführte Behauptung Landwehrs von der nie ins Schwanken geratenen Glaubensfestigkeit des Kurfürsten nicht als unanzweifelbar gelten.

Die Forschung hatte die ganze Frage bisher noch nicht mit eingehender Quellenanalyse untersucht.

Krebs[328]) vermutet bloß: „Es kann kein Zweifel obwalten, daß Friedrich Wilhelm, wenn auch nur für einen Moment geschwankt hat, ob nicht ein Königsdiadem einer Messe wert sei. Waddington[329]) prüft nicht weiter nach, ob die Furcht der Kurfürstin vor einem Uebertritt ihres Gemahls auch be-

[328]) A. a. O., 171.
[329]) II, 85

rechtigt war. Auch G o l l u b[339]) hat hierauf nicht geantwortet

Ebenso zu weitgehend wie Krebs äußert der englische Forscher Maurice in seinem Buche über den Großen Kurfürsten (1926)): „Again many advantages seemed likely to be secured by this arrangement; but the Electress pressed on her husband the recollection of those scruples which had formerly induced to refuse this proposal; and the Electors own con science strengthened by the warnings of his wife and Schwerin led him again to refuse the change of faith, which must have accompanied the acceptance of the Polish crown" (S. 94) Quellenbeweise werden für diese These nicht gebracht.

Aus den eigenen Aeüßerungen Louise Henriettens haben wir aber entnommen, daß sie ihre Furcht vor ihrem Gemahl verbarg: Von „warnings of his wife" dürfte also demnach keine Rede sein.

---

339) S, 57.

Inhaltsverzeichnis

Lebenslauf

Am 6. September 1907 wurde ich, Max Lekus, Jude, als Sohn des Kaufmanns Leo Lekus zu Memel geboren. Ich besuchte in Berlin, wo ich seit 1910 mit meinen Eltern wohne, das Luisen-Gymnasium, an dem ich Ostern 1926 die Reifeprüfung bestand.

Seit dem Sommer-Semester 1926 studierte ich, ständig in Berlin, Geschichte, Anglistik, Philosophie. Ich besuchte Vorlesungen und Uebungen bei den Herren Professoren: Marcks, Brackmann, Baethgen, Meinecke, Onken, Perels, Stählin; Dibelius, Dessoir und Liebert.

Die vorliegende Arbeit entstand als selbstgewähltes Thema unter der gütigen Beratung meines hochverehrten Lehrers, des Herrn Geheimrats Professor Dr. Erich Marcks.

